

Crim.

100

n

Von Fehmgerichten

mit

besonderer Rücksicht auf Schlesien.

Eine rechtsgeschichtliche Abhandlung

von

Dr. Ernst Theodor Gaupp,

Königlichem Geheimen Justizrathe und Professor der Rechte an der Universität zu Breslau.

Breslau,

bei Josef Max und Komp.

—
1857.

Crim.

Gaupp

100 n

Von Fehngerichten

besonderer Hartnäckigkeit aufschreiben

Eine rechtsgeschichtliche Abhandlung

von Dr. Karl Theodor Gumpel

Lehrer an der Universität zu Bonn

Bonn

Verlag von Max und Sohn

1873

Von Fehmgerichten

mit

besonderer Rücksicht auf Schlesien.

Eine rechtsgeschichtliche Abhandlung

von

Dr. Ernst Theodor Gaupp,

Königlichem Geheimen Justizrathe und Professor der Rechte an der Universität zu Breslau.

Breslau,

bei Josef Max und Komp.

1857.

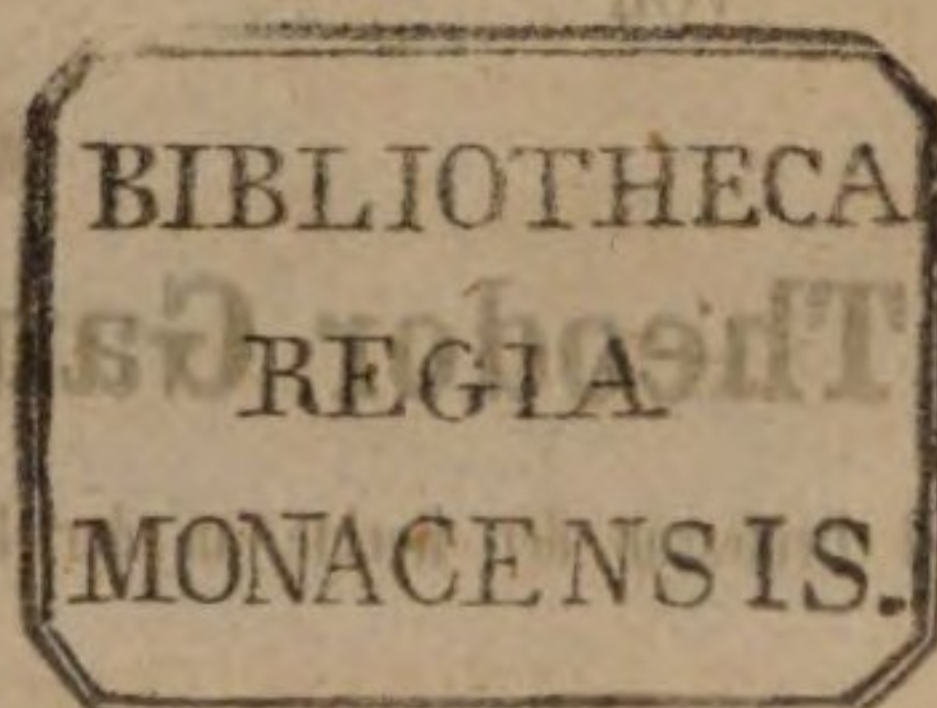
19 = A

Von Feinungserichten

mit

besonderer Rücksicht auf Schlesien.

Eine rechtsgeschichtliche Abhandlung



Breslau.

bei Josef Max und Comp.

1857.

Vorwort.

Der in den folgenden Blättern behandelte Gegenstand ist so umfassend und bietet so viele Seiten der Betrachtung dar, dass die Forschung hier noch lange Zeit einen reichen und unerschöpften Stoff vorfinden wird.

Man hat schon längst gewusst, dass es auch ausserhalb Westphalens, in verschiedenen Gegenden von Deutschland, sogenannte Fehmgerichte gegeben hat, welche aber doch keine heimlichen oder Stillgerichte waren. Was mir darüber bekannt geworden, habe ich hier zusammengestellt, und die Annahme scheint gerechtfertigt, dass dadurch auch ein helleres Licht über einzelne wichtige Punkte der westphälischen Freigerichte verbreitet werde.

Indem ich mich hierauf zu den letzteren wandte, suchte ich diesem so bedeutungsvollen Institute in der Entwicklung des gesamten Reichsstaatsrechts eine bestimmtere Stelle anzuweisen; ausserdem aber auch die in ihnen hervortretende Gerichtsverfassung mit den Grundzügen des älteren Gerichtswesens in genauere Verbindung zu bringen. Denn von den karolingischen Zeiten an lässt sich hier eine stufenweise Fortbildung verfolgen, und was die Rechtsbücher, insonderheit der Sachsenspiegel, darüber enthalten, greift selbst wieder in weit frühere Zustände zurück und kann nur durch diese verständlich werden.

Der Uebergang zu Schlesien lag dann für mich sehr nahe, und hier hat mich zugleich das Glück darin begünstigt, dass ich manche neu aufgefundene interessante Urkunden mitzutheilen vermochte.

Inhaltsanzeige.

Von Fehmgerichten

mit besonderer Rücksicht auf Schlesien.

Abschnitt I. Von den ausserhalb Westphalens vorkommenden Fehmgerichten.

- § 1. Aufzählung solcher Fehmgerichte..... 1
§ 2. Besondere Merkmale dieser Fehmgerichte. Das Wort veme,
Fehme 10

Abschnitt II. Von den westphälischen Fehmgerichten.

- § 3. Einleitung. Rothe Erde..... 20
§ 4. Reichsunmittelbarkeit dieser Fehmgerichte. Zusammenhang
jener Reichsunmittelbarkeit mit andern Erscheinungen in den
letzten Jahrhunderten des Mittelalters..... 24
§ 5. Die wahre Bedeutung jener Reichsunmittelbarkeit..... 29
§ 6. Kurze Uebersicht der wichtigsten charakteristischen Besonder-
heiten der westphälischen Fehmgerichte..... 34
§ 7. Eine Vermuthung über den ersten Keim dieser Gerichte..... 40
§ 8. Die Stuhlherrschaft. Abweichung von den Grundsätzen des
Sachsenspiegels in der Ausbildung derselben..... 43
§ 9. Die sächsische Gografschaft..... 52

Abschnitt III. Einwirkungen der westphälischen Fehmgerichte auf Schlesien.

- § 10. Einleitung..... 56
§ 11. Trennung Schlesiens von Polen und Verbindung des Landes
mit dem deutschen Reiche..... 61
§ 12. Wirkliche Eingriffe der westphälischen Fehmgerichte in
Schlesien 63

- Anhang. Beschreibung des in Braunschweig in alten Zeiten üblich
gewesenen Fehmgerichts..... 90

Anmerk. Ich schreibe: **Fehmgericht**, lediglich aus dem Grunde, weil mir diese Schreibweise mit unserer Aussprache des Worts am meisten übereinzustimmen scheint.

Abschnitt I.

Von den ausserhalb Westphalens vorkommenden Fehmgerichten.

§ 1. Aufzählung solcher Fehmgerichte.

Man ist gewohnt, bei dem Worte Fehmgericht in der Regel nur an die nach ihrem Hauptsitze so genannten westphälischen heimlichen oder Stillgerichte zu denken. Aber auch in anderen und sehr verschiedenen Gegenden von Deutschland werden Fehmgerichte angetroffen; nur dass den ausser Westphalen und einem kleinen Theile von Engern befindlichen, so bezeichneten Gerichten nichts von derjenigen Heimlichkeit beiwohnte, welche als das charakteristische Kennzeichen der westphälischen angesehen werden muss. Ich will hier zusammenstellen, wo mir der Name Fehmgericht in andern Theilen von Deutschland aufgestossen ist, halte es aber für sehr wahrscheinlich, dass sich dieses Verzeichniss noch wird vermehren lassen. Schon bei Theod. Berck in seiner Geschichte der westphälischen Fehmgerichte findet sich übrigens ein eigener Abschnitt (Buch 1. Cap. 7. S. 231 fg.) über andere fälschlich für westphälische Fehmgerichte ausgegebene Justizanstalten ausserhalb Westphalens. Die dort gegebenen Nachrichten können aber bereits jetzt bedeutend vervollständigt werden.

1. Im 14. Jahrhundert sind wiederholt in Braunschweig Fehmgerichte gehalten worden, über welche in einem alten Aufsätze, der sich bei Rehtmeier, Braunschweig-Lüneburgische Chronica Th. I. S. 626 findet, und eine der ältesten obrigkeitlich genauen Beschreibungen ist, sehr interessante Mittheilungen geliefert werden. Aus denselben hat Spittler in der Geschichte des Fürstenthums Hannover Th. I. S. 60—67 seine Darstellung des Gegenstandes entlehnt. Der Zweck dieser Gerichte ging dahin, geheim gehaltene oder nicht mit Klage verfolgte Verbrechen zu bestrafen und die Stadt von Missethättern zu säubern. Dabei fand insofern eine gewisse Heimlichkeit Statt, dass die Zeit des Gerichts allen Leuten ausser den obrigkeitlichen Personen, welche dasselbe veranlassten, bis zum Augenblicke seiner Zusammenberufung verborgen blieb. Wenn es nach Lage der Umstände nöthig schien, wieder einmal in solcher Weise einzuschreiten, so besprachen sich die zwei Meister des Rathes mit den angesehensten und namhaftesten Rathsherrn, und nun wurde beschlossen, den nächsten Tag ein Fehmgericht zu veranstalten. Um Mitternacht kamen jene Herren auf dem Kirchhof St. Martini zusammen, und entboten eben dahin auch alle andern Mitglieder des Rathes. Hierauf besetzte man alle Thore, Pforten, Winkel und Brücken, welche auf das Freie hinausführten, mit Wachen, um jeden Fluchtversuch zu hintertreiben. Nachdem der Tag angebrochen war, wurde der Einwohnerschaft verkündet, der Rath wolle ein Fehmgericht (vemeding) halten, und sobald man die Glocken läuten würde, sollten sich alle auf dem Markte versammeln. Der Vorsitzende des Gerichts hiess der Fehmgraf (vemegreve); diejenigen aber, welche verpflichtet waren, die ihnen schon früher oder jetzt eben erst kund gewordenen Verbrechen anzuzeigen, wurden vemenoten genannt. Reinigungseid und das Gottesurtheil des glühenden Eisens waren die Exculpationsmittel, mit denen

sich der Angeschuldigte nach Beschaffenheit der Umstände von der Klage los machen konnte. Nach Rehtmeier haben solche Gerichte in Braunschweig namentlich in den Jahren 1312. 1314. 1319. 1321. 1322. 1323. 1326. 1329. 1331. 1334. 1337. 1345. 1362 Statt gefunden. Uebrigens gedenken die alten Statuten von Braunschweig jener Gerichte mehrfach; so namentlich Stück 1. § 54. St. 2. § 1. St. 5. § 16, an welcher letzteren Stelle es heisst: Swe enem scrodere bringt want, dar he eme cledere van sniden scal, vorkoft eder vorsat de scrodere dat want, des dat want is de scal id to sek ten up den hilghen ane broke, unde me scal deme scrodere volghen mit der veme. Leibnitz, script. Brunsvic. III. 437. 445. Zur Litteratur sind ausser den älteren, bei Rehtmeier angeführten Werken noch zu nennen: J. C. Dove in Siebenkees jurist. Magazin Bd. I. S. 502. — Götting. Gel. Anz. von 1846 S. 501 fg. (von Unger), und Desselben Altdeutsche Gerichtsverfassung § 34. Offenbar verdorben ist die Bezeichnung jus veniae, welches für jenes braunschweigsche, ja selbst für die westphälischen Fehmgerichte (vgl. Rolevink bei Leibnitz l. l. III. 624) zuweilen gebraucht worden ist.¹⁾

2. In Celle ist noch in der Mitte des 16. Jahrhunderts ein ähnliches Fehmgericht gehegt worden, worüber Franz Algermann, der Rath des Herzogs Julius († 1589) in seiner Biographie des letzteren, nach der vermehrten Handschrift von 1608 eine Beschreibung liefert. Von Spittler, Gesch. v. Hannover Th. I. S. 66 wird ein Excerpt daraus mitgetheilt, welches ich hier folgen lasse.

„Wenn das Vimrecht angestellet, so mussten alle Einwohner in einem Gericht oder Amt, so über zwölf Jahr alt, auf einer Heiden oder grossen Platz unausbleiblich erschei-

¹⁾ Den bei Rehtmeier befindlichen Aufsatz über das Vemeding in Braunschweig werde ich hinten als Anhang mittheilen.

nen, sich auf die Erde niedersetzen, da wurden dann in der Mitten etzliche Tische gesetzt; dabey sass dann der Landesfürst, seine Rätthe und Vögte, und mussten dann die heimlichen Richter die Deliquenten und Delicta anmelden; die gingen dann mit einem weissen Stabe rings herumb und schlugen die Verbrecher auf die Beine. Wer dann ein böses Gewissen hatte, und sich einer Leibesstrafbaren Missethat schuldig wusste, dem war vergönnet aufzustehen, und in Tag und Nacht das Land zu räumen, und möchte auch wohl den andern Schlag aushalten.

Wann er aber zum drittenmahl getroffen wardt, so war der Nachrichter oder Scharfrichter dabey, undt ein Pastor reichte ihm das Sacrament, und zum nächsten Baum mit ihm zu.

Wer aber nur einmahl oder zweymahl getroffen wardt, das war eine väterliche Warnung sich hinführo zu bessern, daher es dann *jus veniae*, dass noch Gnade dabey war, welches darnach *corrumpiret* undt *Vimrecht* genennet worden.

Undt hat ein solches Gerichte Herzog Wilhelm zu Lüneburg vor vierzig Jahren ungefährlich noch das letztemahl meines Angedenkens in der Person bey Zelle geheget und gehalten, welches ich von wegen der Jugend undt dass bisweilen in den Historien dieses Vimrechtes gedacht wird, allhie mit berühren wollen.“

Nach dem Zeugniß von Letzner, *Historia Caroli M. c. 15* bei Rehtmeier a. a. O. S. 82, und Schottel, *de singularibus quibusdam et antiquis in Germ. juribus cap. 29. § 11.* fand sich das nämliche Institut auch in der Grafschaft Wölpe und in der Vogtei zum Rotenwalde, und wurde daselbst erst durch den Herzog Erich zu Braunschweig und Lüneburg, den älteren, auf Betrieb des Doctor Justin Gobler aufgehoben. Ihren Angaben zufolge pflegten die heimlichen Richter, wenn sie in ihrem Gebiete einen wussten, der sich in seinem Handel und Wandel nicht allzurichtig verhalten,

demselben zuvörderst eine wohlmeinende heimliche Warnung zu geben, indem sie ihm in der Nacht ein Zeichen an seine Thür machten, oder bei Zechen und Gelagen Glas oder Kanne an ihm vorübergehen liessen. Erst wenn diese Warnungen nichts fruchteten, wurde zur Haltung des Gerichts geschritten. Schottel hat seine Nachrichten aus Letzner, und dieser theilt keine Quellen mit; aber seine Schilderung stimmt im Wesentlichen mit der von Algermann überein.

Berck hat übrigens bereits hervorgehoben, dass hier durchaus nicht an ein Fehmgericht nach Art der westphälischen zu denken sei; denn die westphälischen Richter und Schöffen hatten das Leben verwirkt, wenn sie einem Verbrecher den entferntesten Wink gaben.

3. Auch in Goslar hat das hohe Criminalgericht vielleicht die hohe Fehme, vemeding geheissen. In den Statuten von Goslar (bei Leibnitz l. l. III. 499. § 47; bei Götschen S. 36) findet sich folgende Bestimmung: We enne misdedighen man utwinnen wel, de scal ine ghebunden mit ghescreye vor gherichte bringhen, unde ine umme de scult beklaghen unde bitten der sattinghe. Wanne he ghesat is, so swere de sakwolde uppen hilleghen uppe des beklaggheden mannes hövede, unde spreke dat de man Osten Westen Suden unde Norden der hoghen veme vorscult hebbe, also also he to rechte sin lif vorwarcht hebbe u. s. w. Von jener Satzung handelt Sachsensp. III. 88. und das Verfahren dabei ist bei Ulr. Fr. Kopp, Bilder und Schriften der Vorzeit Bd. I. S. 129 sehr anschaulich dargestellt. Auch das Schwören des Klägers auf das Haupt des beklagten Mannes, so wie es die mitgetheilte Stelle angiebt, findet dort seine Bestätigung.

4. Das Recht von Goslar ist höchst wahrscheinlich das Mutterrecht von Altenburg. (Meine D. Stadtrechte Bd. I. S. 206.) An letzterem Orte aber heisst die Richtstätte

(locus ultimi supplicii) noch 1555 die Feimstette. Walch, Beitr. zum teutschen R. Th. 3. S. 97.

5. Der Markgraf Woldemar von Brandenburg befahl 1313 seinen Vasallen in den Burgen Sternberg, Lebus und Falkenhagen und den daran hängenden Districten, so wie den Bürgern und Bauern der benachbarten Landschaften die Errichtung eines Fehmgerichts. Wohlbrück, Gesch. von Lebus I. 326. „Ex instinctu nostrorum fidelium in advocatia Frankenvordensi morantium decrevimus vobis dare presentibus firmiter in mandatum, quatenus post receptionem presentium ad edictum nostri advocati dni Henrici de Werbyn convenire debeatis, conspirato animo iudicium provinciale quod vocatur veyhemdink instituendo, iudices vobis ad hoc aptos eligentes, qui huiusmodi iudicium secundum oportunitatem temporum omnibus vobis ad id vocatis celebrabunt.“ Die Hauptabsicht ging dahin, das Land gegen Diebe und Räuber, Mörder und Landbeschädiger sicher zu stellen.

6. In Magdeburg hat es ein sehr eigenthümliches Fehmgericht gegeben, über welches eine in Neuwaldensleben von dem Pastor Behrends zu Nordgermersleben erst in neuerer Zeit aufgefundene und jetzt im Stadtarchiv zu Magdeburg befindliche Urkunde nähere Kunde verbreitet. Dieselbe ist von Fr. Wilh. Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg, Bd. I. (1845) S. 511 bekannt gemacht worden, und ich will dieselbe um ihrer Wichtigkeit willen hier vollständig mittheilen:

Witlik si allen den de dessen bref hören unde seen dat wie der stad mestere unde de Ratmanne unde de mestere von den groten vif Inningen unde de borghere ghemene to magdeburch den veme alsus halden alse hir na bescreuen steit. Sie kiesen viere vemegreuen twene utme rade twene ghemene borghere, de viere sweren vppe den hilighen vorme rade, dat sie rechte richten nach

vemes rechte alse sie berichtet werden mit klage de hire na bescreuen steit. Is sake dat yemant vor den vemegreuen beröchtighet wert oder beklaghet vmme rof vmme mort vmme verretnisse oder vmme brant oder vmme düue, swie mit desser stücke eyn beröchtighet wert. so scolen de vemegreuen heghen eyn veme ding unde scolen dar den klegere klaghen laten to dren dingen vnde to deme vierden dinge scalmen en in eyne achte bringen. Were ok dat de sake de stat an trede, so schal der stadmaster klaghen alse vore benömet is. Were ok dat eyn sake velle de y daghes ghescheen were wolde man de beklaghen, so scholen de vemegreuen eyn vemeding heghen to der klaghe vnde scolen deghedingen des avendes ouer de dwere nacht vnde des morghens heghen eyn vemeding vnde ene vorvemen. Wolde ok yemand sik üteren vnde sik borghen wolde laten vmme sine vnschult, de schal dar na bynnen vierteynachten vorekomen in dat vemeding vnde schal sik der sake üteren self seuede alse verne he eyn vmbesproken man si. Were ok dat de sake den vemegreuen also witlik is dat sie de sake mit irme ede vppe en behalden willen, so sint se des naher en ouer togaende nach vemes rechte denne he is entgan moghe self seuede. Dit selue recht schalmen alsus halden in der klaghe van dingen to dingen wente in dat vierte ding. Were ok dat utwendighe lüde kemen in die stad vor die Ratmanne vnde vor de vemegreuen sie weren wie sie weren, vnde beschuldighen wolden vmme der stücke yenich de vore benömet sint, moghen die seluen lüde die Ratmanne vnde die vemegreuen also wis maken mit iren Eden vnde also war, so moghen de vemegreuen bat uppe sie wynnen vnde halden mit iren Eden, denne yene is moghe entgan also verne se is en getruwen willen. Ok moghen die Ratmanne setten in irer stad in den warden (= Werder, Insel) to twene vemegreuen vnde de scholen mit den borgheren komen in eyn ghemeyne vemeding dat die borghere

heghen, dar scholen sie de anderen vemegreuen vraghen, die seluen viere de dat vemeding heghen, ofte en icht weder varen si in den warden dat weder die stad vnde weder den veme si, des scholen sie sie berichten bi yreme Ede, dat scholen denne die viere vemegreuen richten nach vemes rechte. Ok moghen die Ratmanne alle iar kyesen nyge vemegreuen. To ener openbaren betughinge vnde ener stedicheyt desser versprokenen dinghe so hebbe wie Ratmanne vnde de mestere van den groten vif Inningen dessen brief ghegheuen beuestenet vnde bese-ghelet mit vnser stades anehanghende ingeseghele van magdeburch. Na goddes ghebort ouer dusent Jar drehundert Jar an deme neghen vnde twinteghesten Jare an deme neesten na sinte katherinen daghe der hilighen jungurouwen. (26. November 1329.)

Beachtenswerth erscheint der weite Sinn, in welchem hier das Wort vemegreue gebraucht wird. Die vier in der Stadt gewählten sind allerdings als wirkliche Richter thätig, und diess entspricht der alten Bedeutung des Grafenamtes. Aber die zwei von den Rathmannen an ihrer Statt in den Warden, den Elbinseln angesetzten vemegreuen sollen nur als öffentliche Ankläger auftreten, wenn dort Verbrechen begangen und zu ihrer Kunde gelangt sind, die vor das vemeding gehören. Das Richten über dieselben gebührt auch hier den in der Stadt befindlichen vier vemegreuen.

7. Sehr bekannt und vielfach besprochen ist das Fehmgericht, welches Karl IV. 1355 oder um 1355 für die Oberlausitz, die Sechsstädte und die dazu gehörigen Landschaften ins Leben rief, und welches dann von Kaiser Wenzel 1381 und 1409 bestätigt wurde. Aufrechthaltung des Landfriedens und allgemeine öffentliche Sicherheit erscheint auch hier als der Hauptzweck, mithin „daz alle strassen vnd wege gefreyet, geschutzet vnd beschirmet werden vor busen luten, vnd das allermenniglich vor obiltettern, rowbern

vnd andern sicher vnd vnbeschädigt varen vnd czihen moge.“ Das Gericht bestand aus dem Fehmrichter und den Schöffen, und der erstere scheint der Regel nach aus der Zahl der landesherrlichen Vasallen gewesen zu sein. Die Wahl desselben erfolgte durch die Städte in Verbindung mit dem Lande, und das Gericht selbst wurde je nach den Umständen in den verschiedenen Städten der Oberlausitz gehalten. In den Rathsrechnungen von Görlitz zu Ende des 14. und am Anfang des 15. Jahrhunderts werden die Convente „des vemes wegen,“ die Fehmrichter und Schöffen häufig erwähnt. So wurde zu Görlitz 1398 Fehmgericht gehalten. Lib. Voc. sub h. a. „Er Czaslaw von Gersdorf der Femrichter der sass femding.“ Desgleichen 1419: „in die Marie Magdalene, als der femrichter her kam vnd vhemgerichte sass.“ In Löbau fand 1392 ein städtischer Convent mit dem Fehmrichter Statt. Ausser der bei Stenzel, Urkundensammlung S. 223 angeführten Litteratur, ist zu vergleichen Theodor Neumann, Magdeburger Weisthümer S. XXII., Derselbe, Gesch. von Görlitz S. 134, ganz besonders aber Jancke, Einige Beiträge zu den Oberlausitzer Rechtsalterthümern, die an einem Orte, wo man dergleichen nicht vermuthen sollte, den Abhandlungen der naturforschenden Gesellschaft zu Görlitz, Bd. 4. Heft 1. S. 121 fg. mitgetheilt werden. Von dort sind mehrere der obigen Notizen entlehnt, und ebendasselbst wird auch noch mehr Litteratur über das Fehmgericht der Oberlausitz angeführt.

8. In Zerbst hat ein Fehmgericht bestanden. Beckmann, Historie des Fürstenthums Anhalt Tom. I. p. 273. 274 liefert eine nähere Beschreibung davon. Hiernach wurde von dem Rathe der Stadt aus dessen Mitte ein eigener Fehmrichter für die peinlichen Sachen bestellt, und demselben einige Beisitzer gegeben, welche Fehmschöppen oder auch Fehmgrafen hiessen. Dieselben mussten einen Eid leisten: „Wir schwören dieses Jahr Vehmgrafen zu sein, und zu

richten nach vehmischer Weise, und nach der witzigsten Rathe, was uns vehmlich geklaget wird, auch vehmliche Sachen, die uns angegeben werden, gegen niemandes von des Vehmers Verwandten ruchbar zu vermelden, als uns Gott also und alle seine Heiligen helfen.“ Dieser Eid soll in einem Buche auf dem Rathhause, die Alte Brade geheissen, angegeben sein. Von dem Fürsten Magnus wurden bestimmte Kosten zur Erhaltung „der Herrlichkeit des Vehms“ angewiesen, und noch der Fürst Bernhard gedenkt der Einrichtung in dem Vergleich von 1568: „Der Vehmrichter aber soll sammt den Fehmgrafen und ganzem Rathe in peinlichen Sachen präsidiren.“ Nach alten im rathhäuslichen Archiv befindlichen Verzeichnissen wurden im Jahre drei Fehmdinge gehalten, das erste am Donnerstag vor Lichtmess oder Purificationis Mariae, das zweite am Donnerstag Johannis Baptistae, das dritte am Donnerstag vor Martini; seit 1572 aber ist das Amt des Fehmrichters mit dem des ordentlichen Richters verbunden geblieben. Ausdrücklich wird aus dem Jahre 1405 berichtet, dass sich in demselben zwei des Diebstahls beschuldigte Personen von dem Fehmgerichte los geschworen.

§ 2. Besondere Merkmale dieser Fehmgerichte.

Das Wort veme, Fehme.

Alle hier aufgeführten, von den schlechthin so genannten westphälischen wohl zu unterscheidenden Fehmgerichte gehören dem Umfange des alten Sachsenlandes und derjenigen wendisch-deutschen Länder an, in welche das Sachsenrecht eingedrungen war. Dem südlichen Deutschland scheint die Bezeichnung völlig fremd zu sein. Im Einzelnen hat sicher auch bei jenen Gerichten wieder viel Verschiedenheit Statt gefunden, wie sich diess selbst aus den mitgetheilten Beschreibungen ergibt; aber charakteristisch bei

ihnen allen ist die Eigenschaft von Strafgerichten, welche mit bürgerlichen Rechtssachen nichts zu thun haben. Damit stimmt nun auch der Sprachgebrauch in Betreff verschiedener andern Worte überein, welche grade in den bezeichneten Gegenden häufig angetroffen werden. So bedeutet Vemer den Scharfrichter, und ganz ungewöhnlich ist wohl diese Benennung für den Angeklagten, wie in der bei Zerbst angeführten Stelle, wenn dieselbe nicht etwa verdorben ist; Vemestat ist das Hochgericht, wo Todesstrafen vollzogen werden (Wigands Archiv I. Heft 4. S. 113. 114), und diese Bezeichnung war unter andern in Kirchscheidungen, Leipzig, Pirna, Naumburg an der Saale, Stameln nahe bei Leipzig, dafür hergebracht. Vemsäule, Vemstock als Zeichen der hohen Strafgerichtsbarkeit werden an verschiedenen Orten des nördlichen Deutschlands angetroffen. (Haltaus s. v. Faemer, Faemsäule, Faemstock, Faemstatt.)

Die oben genannten Fehmgerichte sind vielleicht zum Theil schon im 13. Jahrhundert entstanden; aber vorzugsweise scheinen sie Schöpfungen des 14. und 15. Jahrhunderts zu sein, was selbst für die Entwicklung der westphälischen nicht unwichtig sein dürfte; hier und da haben sie sich bis ins 16. Jahrhundert fort behauptet, sind aber seitdem mehr und mehr erloschen. Zunächst aber lässt sich hier fragen, ob diese Fehmgerichte noch neben den ordentlichen Gerichten als etwas ganz Besonderes bestanden haben, oder ob sie mit diesen selbst zusammengefallen seien? Ich möchte das Erstere für das Wahrscheinlichere halten. Schon der Umstand scheint dafür zu sprechen, dass es dieselben vermuthlich überall nur mit der Bestrafung gewisser Verbrechen, und zwar derjenigen, welche die öffentliche Sicherheit am unmittelbarsten in Gefahr setzten, zu thun hatten. Die Ausübung der regelmässigen Gerichtsbarkeit wollte hier in jenen wilden Zeiten sehr häufig nicht mehr genügen, und so glaubte man zum Zwecke der allgemeinen Sicherstellung

auch zu wirksameren Mitteln greifen zu müssen. Ausserdem liegt aber auch die andere Frage sehr nahe, ob nicht eine besondere Eigenschaft jener Gerichte nachgewiesen werden könne, vermöge deren ihnen grade der Name Fehmgerichte zu Theil geworden sei?

Biener, Beiträge zur Geschichte des Inquisitionsprocesses S. 138 fg. hat in vortrefflicher Weise entwickelt, wie sich in den letzten Zeiten des Mittelalters hauptsächlich zwei Institute ausgebildet haben, in denen ein Aufgeben mancher Eigenthümlichkeiten des älteren accusatorischen und eine Annäherung an den Inquisitionsprocess zu erkennen ist. Es sind diess das so höchst merkwürdige Richten auf bösen Leumund, und das Klagen von Amtswegen. Das erstere bestand darin, dass ein als schädlich angesehener Mensch, welchen die Mehrzahl der das Gericht bildenden Personen auf den von ihnen geleisteten Eid als einen solchen erkannte, der besser todt als lebend sei, lediglich auf Grund dieser Ueberzeugung der Urtheilssprecher, selbst mit der Todesstrafe oder doch mit anderen schweren Leibesstrafen belegt werden konnte. Zu dieser Art von Gerichtsbarkeit scheint es eines kaiserlichen Privilegium bedurft zu haben, und hauptsächlich süddeutschen Städten sind dergleichen im 14. und 15. Jahrhundert häufig ertheilt worden. In Nürnberg, Esslingen, Ulm, Rotenburg, Weisenburg, Frankfurt am Main, Winsheim, Dünkelspiel, Kaufbeuren u. a. finden wir jene Einrichtung. (Haltaus s. v. Fäme und Leumund; Dreyer, Nebenstunden S. 32 fg.; Biener a. a. O. 139). Durch eine Urkunde von 1418 erhält Kaufbeuren von Kaiser Sigismund „die besondere Gnad, dass sie all und yelich schedlich Leute und Personen, Mordbryner, Rouber, Diebe, oder wie die genant sind, die öffentlich oder heimlich schedlich Leute sind, die dem meren Theil des Rates der Stat zu Kaufbeuren, die ytzund des Rates dasind, oder in künftigen Tzyten des Rates da werdent,

dünket und uf ir Eyde erkennt und sprechend, dass sie schedlich Leut sint, und nützet und besser tod seyn den lebend, sollen und mögen umb ire Misstäte sollich Tode anlegen und sie töden nach Urtheil und Usspruch des meren Theil des Rades daselbst, oder ob sie sollichen Tod nit verschuldet hetten, dass sie denn aber solche misdedige und schedliche Leute an iren Leib sust mögen strafen, mit Ogen usszustechen, oder Oren abzuschneiden u. s. w.“ Das letztere, das Klagen von Amtswegen hat seinen Entstehungsgrund in der Beschaffenheit des alt deutschen Processes, welcher überall einen Ankläger als nöthig ansah. Da es aber doch in vielen und wichtigen Fällen an einem solchen gänzlich fehlte, oder der zur Klage Berechtigte dieselbe aus irgend einem Grunde nicht erheben mochte, so wurde nach und nach in vielen Orten und Landschaften verordnet, dass dann, wenn sich niemand freiwillig der Anklage unterziehen wollte, gewisse Amtleute, Pfleger oder Vögte von Amtswegen gegen den Verbrecher auftreten sollten. Schon der Sachsenspiegel I. 2. § 4 weiset dem Bauermeister ganz allgemein eine Verpflichtung dieser Art zu, und seit dem 14. Jahrhundert wurden solche Klagen von Amtswegen immer häufiger eingeführt und in bestimmtere Formen gebracht. Sehr ausführlich mit Angabe vieler Beispiele hat darüber Maurer, Geschichte des altgerm. Gerichtsverfahrens S. 151 fg. gehandelt.

Lassen sich nun die obigen Fehmgerichte in irgend einer Art diesen neu hervortretenden Formen des Criminalprocesses ein- und anfügen, und hängt vielleicht grade damit ihr Name zusammen? So weit hier unsre Quellen reichen, ist von einem Richten auf blossen bösen Leumund bei ihnen durchaus nichts zu entdecken. Ueberall ist vielmehr von einem wirklichen Kläger die Rede, und es scheint auch ganz der übrigen Gesamtentwicklung von Deutschland mit Rücksicht auf den Unterschied von Süden und Norden zu

entsprechen, dass im letzteren, wo sich grade jene Fehmgerichte fanden, die Formen des alten accusatorischen Processes länger festgehalten wurden. Ich glaube sonach, dass ein Richten auf bösen Leumund bei jenen Gerichten, wo der Name auch immerhin angetroffen werde, nicht Statt gefunden hat, und daraus folgt weiter, dass auch ihre Bezeichnung damit nicht zusammenhängen kann. Anders verhält es sich wenigstens zum Theil mit dem zweiten Puncte. Bei einzelnen der oben genannten Gerichte giebt es Personen, die zum Klagen von Amtswegen bestimmt sind, wie diess z. B. bei den vemenoten in Braunschweig der Fall ist. In Magdeburg liegt nach der mitgetheilten Stelle den veme greuen in den warden eine ähnliche Verpflichtung ob; doch soll erst eine Frage der in der Stadt befindlichen vemegreuen vorhergehen, ob in den warden etwas vorgefallen sei, was vor das vemeding gehöre? Man sieht deutlich, dass in diesem nun auf eine grössere Zahl von Personen übertragenen Klagen von Amtswegen, wie wir dasselbe auch bei solchen Fehmgerichten finden, der schon im Sachsenspiegel I. 2. § 4 im Allgemeinen anerkannte Grundsatz nur eine festere Ausbildung und Erweiterung gefunden hat. Der Name Fehmgericht scheint aber damit gar nicht in Verbindung zu stehen. Bekanntlich giebt es sehr viele Versuche, das Wort veme, Fehme zu erklären, und es hat hier nicht an den lächerlichsten Deutungen gefehlt. Schon der alte Carthäusermönch Werner Rolevink (um 1495) hat sich mit dieser Frage beschäftigt und dabei sogar an das lateinische *Vae mihi* gedacht. In seiner Schrift *de antiquorum Saxonum situ et moribus lib. 2. c. 6* (bei Leibnitz, script. Brunsv. III. 624) sagt derselbe: *(Carolus) jus vetitum instituit, quod usque in praesens veniae vocatur. Videtur autem hoc nomen tractum a latino, et quidem de more habent etiam Teutonici, ut dicant Wemy, quando aliquid triste vel terribile vident vel audiunt, quasi vae mihi; sic hoc pragmatico et formidabili*

et peremptorio jure promulgato ilico responderunt: Wemi, quasi animo consternati pro tam severa constitutione palam sancita. Die Stelle ist nur interessant als ein Zeugniß, wie sehr die Urtheile der heimlichen Acht gefürchtet wurden. Andere Ableitungen sind die von Fahne, Vehm (separatio), von Fehde, von ve (heilig). Karl Phil. Kopp, Verfass. der heimlichen Gerichte § 161. Berck, Geschichte des Fehmger. S. 175. Möser dachte an fahmen = rahmen, anberahmen, citare, bannire; Frisch in seinem Wörterbuche leitete fem, fehme von der Aussprache des Wortes fünf ab, weil diess die Zahl der Gerichtsmitglieder gewesen sei. Nach Leibnitz, T. III. script. rer. Brunsv., in introduct. p. 14. und Haltaus im Glossar soll der Ausdruck von fama entlehnt sein, und zu dieser Ansicht haben sich in neuerer Zeit ausser manchen Andern auch Th. Berck S. 177 a. a. O. und von Richthofen im Altfries. Wörterbuche bekannt, welcher letztere das Vorhandensein einer deutschen Wurzel ganz bestreitet. Von Bernh. Thiersch in den zwei Schriften: Vervemung des Herzogs Heinrich von Baiern S. 142, und der Hauptstuhl des westphäl. Vemgerichts auf dem Königshofe von Dortmund S. 1, wird die Erklärung des Namens von dem Zeichen des heimlichen Gerichts, der wyt (in ältester Zeit mit vimen bezeichnet) für die wahrscheinlichste gehalten, so dass also vervemen heissen sollte zum Hängen verurtheilen. Aber gegen diese Beziehung des Namens auf eine besondere Eigenthümlichkeit der westphälischen Stillgerichte dürfte schon der Umstand sprechen, dass die Ausdrücke veme, vemeding, wie oben gezeigt worden, auch bei so vielen andern Gerichten in Deutschland vorkommen. Jacob Grimm in einem von Wigand, Femgericht S. 307 fg. mitgetheilten Aufsätze glaubte, dass Fehme ganz allgemein den Sinn von Ding, Gericht, causa, judicium habe, und für diese Erklärung hat sich auch Wächter, Beiträge zur deutschen Gesch. S. 146 entschieden. In den D. Ralt. 681 aber

setzt Grimm das Wort in eine bestimmtere Verbindung mit gewissen Arten von Gerichten, und sagt, dass feme zuweilen Strafe, zuweilen Strafgericht zu bedeuten scheine.

Ich würde geneigt sein, auf solche Stellen das meiste Gewicht zu legen, wo das Wort in unjuristischen Schriften gebraucht ist. In Gedichten aber, wie in dem Bruchstück von Atys und Prophlias (Wigands Archiv II. Heft 1. S. 109) kommt veme als Strafe, supplicium vor. Denselben Sinn hat es in dem Bruchstück der Susanna im Bade (Neues vaterländ. Archiv, Lüneburg 1824 Heft 3): Daz ich mich der schande scheme, und lide ane schult die veme. Auch Schmeller, Bayer. Wb. I. 532 hebt diese Bedeutung ganz besonders hervor, bemerkt aber zugleich, dass ihm das Wort aus bayrischen Urkunden nicht rememberlich sei. Meines Erachtens ist das Wort Fehmgericht wirklich aus deutscher Wurzel abzuleiten, und in demselben ist in der That der Begriff von Strafgericht enthalten. Aber eine andere Frage bleibt es, ob dasselbe unmittelbar oder nur mittelbar zu diesem Sinne gelangt sei? Ich erkläre mich für das Letztere und gehe hier von folgenden Voraussetzungen aus.

Es lag in diesen Fehmgerichten in der That etwas Neues und Eigenthümliches, worin sich eine Abweichung von der bisherigen Gerichtsverfassung kund gab. Wie wäre sonst z. B. der Markgraf Woldemar von Brandenburg dazu gekommen, seinen Vasallen, Bürgern und Bauern in den oben bezeichneten Landschaften die Errichtung eines Fehmgerichts zur Pflicht zu machen? Denn an andern ordentlichen Gerichten hatte es doch gewiss auch schon vorher daselbst nicht gefehlt; wie hätte sonst Karl IV. ein solches Fehmgericht in der Lausitz als etwas in dieser Form noch nicht da Gewesenes ins Leben rufen können, und woher käme überhaupt die doch wiederholt hervortretende Idee, dass ein Fehmgericht dieser Art für die Sicherheit des Landes eine stärkere Bürgschaft als die bisherigen Gerichte darbieten werde?

Worin aber bestand dieses Neue? Der Begriff der Heimlichkeit dürfte es nicht gewesen sein, denn dann hätte es nicht auch ausser Westphalen so viele Fehmgerichte geben können, die doch keine Stillgerichte waren. Die natürlichste Auffassung scheint mir folgende zu sein. Nach der älteren Gerichtsverfassung kannte man eine Unterscheidung von Criminal- und Civilgerichten gar nicht. In denselben Gerichte wurden peinliche und bürgerliche Rechtsachen hinter einander entschieden. Nur eine andere Sonderung, die in *causae majores et graviores* und *minores et leviores* wird namentlich in den Capitularien häufig angetroffen. Bekanntlich aber galt in der fränkischen Gerichtsverfassung die Regel, dass der Graf in allen Sachen Gerichtsbarkeit hatte, und dass diese sogar für gewisse Sachen eine ausschliessliche war, indem über schwerere mit Todesstrafe zu belegende Verbrechen, persönliche Freiheit und Eigenthum an Grundstücken oder Unfreien, nur im Gericht des Grafen oder der königlichen Missi ein Urtheil gefunden werden konnte, während bei allen übrigen geringeren Sachen auch die Gerichte der Centenarien als competent angesehen wurden. Cap. III. a. 812. c. 4. von Savigny, Gesch. d. R. R. im MA. I. § 81. Dass aber z. B. der Graf die unter seinem Vorsitze zu haltenden Gerichte dann wieder in zwei verschiedene Classen eingetheilt hätte: solche wo über Verbrechen, und andere wo über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zu erkennen gewesen wäre, davon ist in älteren Zeiten keine Spur anzutreffen. Eben hieraus scheint sich nun ein gewisses Licht über das Neue und Eigenthümliche jener Fehmgerichte zu verbreiten. Dieselben beruhen, und diess gilt von den westphälischen eben so wie von allen auch anderswo vorkommenden, auf einer hier zuerst bestimmt durchgeführten Ausscheidung von Straffällen und andern Rechtssachen. Ja bei diesem einfachen Gegensatze darf man nicht einmal stehen bleiben. Wie schon

oben hervorgehoben wurde, sind ihnen sehr häufig keinesweges alle, sondern nur gewisse peinliche Sachen überwiesen gewesen, und zwar grade diejenigen Verbrechen, durch welche die allgemeine Ordnung und Sicherheit des Landes in jenen wilden Zeiten des Faustrechts am meisten in Gefahr gesetzt wurde, und welche eben deshalb besonders zusammengefasst und behandelt werden sollten. Für die ursprüngliche Bedeutung des Wortes erscheint es gleichgültig, dass namentlich die westphälischen Fehmgerichte in späteren Zeiten unter mancherlei Vorwänden ihre Competenz viel weiter, selbst über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, auszuweiten suchten. Die oben mitgetheilte Urkunde über das Fehmgericht in Magdeburg nennt als diejenigen Verbrechen, über welche von den Fehmgrafen gerichtet werden soll, ausdrücklich nur Mord, Verrätherei, Brandstiftung, Raub und Diebstahl. Es sind also hier eine Menge von andern Verbrechen nicht aufgeführt, offenbar doch wohl deshalb, weil sie an sich seltener vorzukommen pflegten, auch für die allgemeine Sicherheit minder verderblich erschienen, und bei ihnen sonach die ordentlichen Gerichte als ausreichend zu betrachten waren. Allerdings lag aber in dem Vorhandensein von besondern Strafgerichten wegen solcher Verbrechen, die der öffentlichen Ruhe und Ordnung am bestimmtesten entgegentraten, für diese letztere selbst eine grössere Gewähr, als wenn hier Alles nur dem gewöhnlichen Gange überlassen geblieben wäre. Zudem knüpfte sich hier und da wie z. B. in Braunschweig an diese Fehmgerichte auch die Ergreifung vorzüglich strenger Massregeln, durch welche das Erreichen des gewünschten Zweckes erleichtert werden sollte.

J. Grimm hebt in dem bei Wigand, Fehmgericht S. 309 mitgetheilten Aufsätze hervor, nach Schottel, *de singularibus et antiquis Germ. juribus*, Wolfenb. 1671. p. 562 liege in den Wörtern *vemen*, *vervemen*, der Begriff: *separatio*

ad certum aliquem actum; er scheint dabei zugleich dieser Erklärung einen höheren Werth einzuräumen, und erinnert an die im Niederdeutschen vorkommende Redensart: Schweine fehmen, d. h. in den Wald zur Mast bringen, also von den im Hause bleibenden absondern; ausfehmen, die im Walde gemästeten wieder in Haus und Hof zurücknehmen, die vorhanden gewesene Absonderung wieder aufheben. Frisch, Wörterbuch S. 255, wo sich auch der Ausdruck Fehmmal findet, d. h. signum, quod porcis in quercetum agendis inuritur. Wenn es nun richtig ist, dass die Fehmgerichte aus einer besondern Zusammenfassung und Auscheidung der Strafsachen oder doch gewisser peinlichen Fälle von allen übrigen Rechtssachen hervorgingen, so lässt sich doch wohl die Frage aufwerfen, ob nicht auch in dem Worte vemeding jener Begriff der Abtrennung und Zusammenstellung des Abgetrennten als der ursprüngliche, der Sinn von Strafe aber, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der so von den übrigen gesonderten Sachen, als der abgeleitete zu betrachten sei? ¹⁾

¹⁾ Mein Freund, der hiesige Prof. Rückert theilt mir in Betreff des Wortes feme, veme, in Fehmgericht, vemeding, folgende Bemerkungen mit:
„1. Hochdeutsche Analogien.

Ahd. fin acervus. Daneben auch fina in Compos. z. B. wituvinu Haufen Holz.

Dazu sicher Nhd. Feime Getraidehaufen, und vielleicht femeln, Schmeller I. 531., aus Früchten, die auf dem Felde stehen, die reifen herauslesen. (Schmellers Erklärung scheint verfehlt.)

2. Niederdeutsche Analogien.

Fehm Haufen gefälltes Holz (also = ahd. fin).

Fehmen für die Mast der Schweine (Schwenck D. Wörterbuch erklärt: Einzäunen des Waldes für die Schweinemast).

3. Angels. Alts. Altnord. Analogien.

Gehört ags. Faemne virgo, anord. feima Substant., feima Verb. sich schämen, hierher? Alts. fêmea, Fries. fârne ist dasselbe Wort und an eine Entlehnung aus dem Lat. nicht zu denken.

Ueber ags. fifel s. unten.

Abschnitt II.

Von den westphälischen Fehmgerichten.

§ 3. Einleitung. Rothe Erde.

Meine Absicht geht in den folgenden Blättern nicht dahin, über Ursprung und Wesen der westphälischen Fehmgerichte eine genauere Darstellung zu liefern. Abgesehen von einigen allgemeineren Bemerkungen darüber, will ich nur wenige Punkte etwas sorgfältiger entwickeln, welche mir in der Verfassung derselben besonders deshalb stets sehr schwierig erschienen sind, weil sie sich mit den Grundzügen der im Sachsenspiegel vorliegenden Gerichtsverfassung durchaus nicht in Einklang bringen lassen. Der Umstand, dass in jenen Gerichten so Vieles nachgewiesen werden kann, was mit dem Ssp. in schlagendster Weise

Altn. Fimbul, nie allein, sondern immer nur als erster Theil in Subst. Compos. z. B. fimbultyr, ein (oder der) ausgezeichnete Gott, fimbulliod, ein besonderes Lied, fimbulvetr, der grosse Winter, der dem Weltuntergang vorhergeht. Damit hat J. Grimm das ags. fifel zusammengestellt, das gleichfalls, aber mit dunkler Bedeutung als erstes Glied von Compos. erscheint, z. B. fifeldor, fifelcyn. Grimm hat jedoch diese Vermuthung, die von Kemble festgehalten ist, selbst zurückgenommen. Mythol. 2. Ausg. S. 785. Sprachlich ist gegen diese Zusammenstellung nichts einzuwenden.

Neunord. ist im Schwed. famna, umfassen, vielleicht hierher zu ziehen.

Ob das durch alle germanischen Sprachen verbreitete Wort feim sammt Ableitungen = lat. spuma zu demselben Stamme wie die vorigen gehört? Nach den Regeln des Ablauts ist es eine ganz richtige Bildung.

Endlich ist auch schon von Pott die 5 Zahl (fünf) mit fin acervus zusammengestellt und mit verwandten Wurzeln verglichen worden (s. auch Diefenbach Goth. Wörterb. 1, 339 2, 756).

Aus allen Wurzeln und Ableitungen scheint sich die Urbedeutung des Zusammenraffens und besonders Stellens, Legens, zu ergeben.“

übereinstimmt, — und namentlich von Wächter ist wiederholt eben diess hervorgehoben worden, — hat wie mir scheint zuweilen übersehen lassen, dass es darin auch an wesentlichen Abweichungen von gewissen Hauptgrundsätzen jenes Rechtsbuchs nicht fehlt. Ohne sich aber grade diese Verschiedenheiten recht klar gemacht zu haben, wird man über manchen höchst wichtigen Begriff, wie z. B. über die meist sehr kurz abgefertigte sogenannte Stuhlherrschaft immer im Dunkeln bleiben.

In Betreff der Quellen und der Litteratur des Instituts verweise ich auf K. Phil. Kopp, Verfassung der heiml. Ger. S. 8 fg., Th. Berck, a. a. O. S. 171 fg., und ganz besonders auf die sehr sorgfältigen Nachweisungen bei Wächter, Beiträge zur D. Geschichte S. 113—144. Noch jünger als Wächter sind die Angaben bei Zöpfl, D. St. u. Rgesch. Bd. 2. Abth. 2. Aufl. 2. § 133. — Ferd. Walter, D. Rgesch. § 585—590. — Phillips, D. Reichs- u. Rgesch. Aufl. 3. § 113. — Es giebt wenig Gegenstände der deutschen Rechtsgeschichte, über welche ein solcher Reichthum von Schriften vorhanden wäre. Grade das viele Räthselhafte, die auf so manchen Puncten des weiten Gebiets ruhende Dunkelheit hat die Forschung immer vorzugsweise angelockt. Aber leider muss man sagen, dass die Beschaffenheit des Gegenstandes nicht selten auch auf die Schriftsteller darüber zurückgewirkt, und hier und da eine grosse Unklarheit der Darstellung oder doch eine Art von Halbdunkel erzeugt hat, in welchem die verschiedensten Dinge durch einander fliesen. Eichhorn und Wächter sind wiederholt im Zweifel, was Wigand mit dieser oder jener Aeusserung eigentlich habe sagen wollen, und ob die wirkliche Meinung desselben von ihnen richtig aufgefasst worden sei? Ich muss jedoch gestehen, dass es mir mit mancher Behauptung Eichhorns nicht besser geht, wie ich mir denn z. B. bei den Sätzen in § 419 seiner D. Rgesch.: die Gografschaft und die Freigraf-

schaft seien allerdings aus der Gaugrafschaft gemeinschaftlich entsprungen, und jeder Gogerichtssprengel sei ursprünglich immer auch zugleich ein freier Stuhl gewesen, nichts Klares zu denken vermag.

Es sollte jemand, der aber an Ort und Stelle sein müsste, einmal die Geschichte eines einzigen oder einiger benachbarten Freistühle, so weit sich hier irgend etwas aus Urkunden ermitteln liesse, zu entwickeln suchen. Jedenfalls wird es bei den Gesamtdarstellungen des ganzen Instituts immer die grösste Berücksichtigung verdienen, dass sich auch die westphälischen Fehmgerichte in einer lebendigen Fortbildung befunden haben; und was in einer Fehmgerichtsordnung aus dem Ende des 15. Jahrhunderts steht, ist darum noch nicht für den Anfang des 14. Jahrhunderts als gewiss anzunehmen. Unverkennbar hat auch über gar manche sehr wichtige Punkte, z. B. über den Umfang der denselben zustehenden Competenz, selbst gleichzeitig unter den einzelnen Gerichten bedeutende Verschiedenheit geherrscht. Endlich aber bewegt man sich hauptsächlich im Gebiete der Urkunden nicht selten deshalb auf einem höchst unsichern Boden, weil sich fragen lässt, ob man es mit einem Missbrauche, — und deren rissen bekanntlich nach und nach ungemein viele ein, — oder mit der Anwendung irgend eines unbedingt als rechtlich anerkannten Grundsatzes zu thun hat?

Darüber waltet kein Bedenken ob: die westphälischen Fehmgerichte waren kaiserliche Gerichte, und sie behaupteten sich als solche, während in den übrigen Theilen von Deutschland die meisten älteren Gerichte dieser Art in die Hände der Landesherrn übergegangen waren. Die Freigrafen, d. h. die in ihnen den Vorsitz führenden Richter im Sinne des Mittelalters, sind offenbar an die Grafen, und nicht an die Gografen des Sachsenspiegels anzuschliessen; das Urtheil aber wurde gefunden von Freischöffen, welche

als solche auf rother Erde, nämlich in Westphalen besonders aufgenommen sein mussten, und sich an einer geheimen Losung erkannten. Ueber den Namen rothe Erde sind sehr verschiedene Deutungen versucht worden, und noch keine darunter hat es zu einer allgemeineren Anerkennung gebracht. Wächter, welcher dieselben a. a. O. S. 178 mittheilt, meint, dass am Ende die Vermuthung von Berck doch noch die wahrscheinlichste bleibe, wonach die Bezeichnung von dem in manchen Gegenden Westphalens anzutreffenden röthlichen Erdreich abzuleiten sei. Diese Ansicht theile ich nicht, glaube vielmehr der Bezeichnung roth einen symbolischen Sinn beilegen zu müssen, indem damit auf die Blutgerichtsbarkeit hingewiesen wird. In mehreren Städten, z. B. in Breslau, finden sich als Grenzen des städtischen Blutbanns rothe Brücken; der Gefängnisthurm heisst häufig der rothe Thurm; die Rechtsbücher, worin von Blutstrafen gehandelt wird, führen wiederholt den Namen der rothen Bücher und wurden auch durch rothen Einband ausgezeichnet. So hat z. B. das auf der Rehdigerschen Bibliothek in Breslau befindliche Landrecht des Fürstenthums Breslau von 1356 die Aufschrift: *Roths Buch*, und selbst in Hermannstadt in Siebenbürgen gab es ein solches rothes Büchel. Ferdin. Bischoff, *Oesterreichische Stadtrechte* S. 39. An verschiedenen Orten wurden auch die Gerichte an der rothen Thüre, vor dem rothen Thore (*in rufo ostio, ad portam rubeam*) gehalten. J. Grimm, *D. Ralt.* 805. *Meine Deutschen Stadtr.* Bd. 1. S. 206. 213. Roth erscheint sonach als die symbolische Rechts- und Gerichtsfarbe, namentlich als die des Blutgerichts, und aus dieser Vorstellung ist es meines Erachtens abzuleiten, dass das mit den zur Blutgerichtsbarkeit bestimmten Stillgerichten bedeckte Westphalen die rothe Erde genannt wird.

Ich will aber jetzt noch einige jenes merkwürdige Institut betreffende Fragen besonders herausheben, dabei aber

nicht sowohl die processualistische als die staatsrechtliche Seite desselben zunächst berücksichtigen.

§ 4. Reichsunmittelbarkeit dieser Fehmgerichte. Zusammenhang jener Reichsunmittelbarkeit mit andern Erscheinungen in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters.

Es scheint doch immer noch der Untersuchung sehr werth zu sein, wie man das Fortbestehen der westphälischen Fehmgerichte als kaiserlicher Gerichte in die Entwicklung der Verfassung und des öffentlichen Rechts in Deutschland überhaupt gewissermassen einzufügen habe? Denn so eigenthümlich auch die Erscheinung an sich ist, so dürfte sie doch in ihrer Wurzel mit gewissen allgemeineren Richtungen in den Jahrhunderten des sinkenden Mittelalters genau zusammenhängen. In den ersten Jahrhunderten, welche der Auflösung des grossen karolingischen Reiches folgten, waren alle freien Bewohner von Deutschland reichsunmittelbar. So gewaltig auch die seitdem auftretenden Nationalherzöge häufig schalteten, und so gross ihre Ungebundenheit thatsächlich erschien: so konnten doch auch sie immer nur als königliche Beamte angesehen werden. Abgesehen von den Immunitäten des geistlichen und weltlichen Adels, mussten demnach alle Gerichte über freie Leute ursprünglich als königliche, als Gerichte des Reiches angesehen werden. Denn überall besassen diejenigen, welche an der Spitze derselben standen und die Gerichtsbarkeit wirklich ausübten, alle daran geknüpften Befugnisse nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern als Beamtenrechte vermöge unmittelbar oder mittelbar verliehener königlicher Gewalt. Dieses Verhältniss änderte sich durch die Entstehung der Landeshoheit. Jetzt bildete sich in der Mitte zwischen dem freien Volke und der von König und Reichstag dargestellten Reichshoheit eine neue öffent-

liche Gewalt, welche für die ihr zunächst unterworfenen Gebiete und deren Bewohner eine fortwährend steigende Wichtigkeit gewann. Eichhorn, D. St. u. Rgesch. § 299. lässt die Landeshoheit aus drei verschiedenen Bestandtheilen hervorgehen: 1) kaiserlichen oder königlichen Rechten, welche dem Landesherrn verliehen waren, und wozu wesentlich die Grafschaft gehörte; 2) lehnsherrlichen und 3) schutzherrlichen Rechten. Ich halte diess für einen logischen Fehler, und glaube, dass mit dieser Auffassung der richtige Gesichtspunct verrückt wird. Nur aus zwei in ihrer Wurzel wirklich verschiedenen Bestandtheilen ist die landesherrliche Gewalt erwachsen. Die einen sind staatsrechtlicher Natur, und diess sind die verliehenen königlichen oder kaiserlichen Rechte; die andern tragen einen privatrechtlichen Charakter an sich, und diese bestehen in dem den Landesherrn regelmässig zustehenden, ausgedehnten Grundeigenthum und den daran geknüpften schutzherrlichen Befugnissen. Die lehnsherrlichen Rechte dürfen den beiden andern Bestandtheilen nicht als etwas Selbstständiges an die Seite gestellt werden. Sie bilden keinen eigenen Grund der Landeshoheit, sondern sie werden nur dadurch hervorgebracht, dass der Landesherr die mannigfaltigen Befugnisse, welche in jenen oben genannten zwei wirklichen Bestandtheilen seiner Macht enthalten sind, in einer besondern Gestalt ausübt, indem er mit den darunter begriffenen Grundstücken, Rechten, Gefällen und Einkünften, Belehnungen vornimmt, und sich auf diese Weise ein Heer von abhängigen Vasallen und Dienstleuten schafft. Bekanntlich ist die Umwandlung des mit höchst umfangreichen Rechten ausgestatteten Beamten, welcher regelmässig zugleich ein grosser Grundherr war, in einen wahren dominus territorii hauptsächlich durch die immer bestimmter anerkannte Erblichkeit der grossen Reichsämtel vermittelt worden. Während sich in dieser Erblichkeit ein allgemeines Princip vollzog, wel-

ches in dem gesammten Lehnwesen zur Herrschaft gelangte, ist bei dem Streben der weltlichen Grossen, diese Erblichkeit sobald als irgend möglich durchzusetzen, gewiss auch eine Vergleichung mit der sehr günstigen Stellung der geistlichen Grossen von unmittelbarem Einfluss gewesen. Wenn einem Bischof eine Grafschaft geliehen worden war und derselbe mit Tode abging, so verstand es sich von selbst, dass die Grafschaft auch bei dem Nachfolger verblieb, weil als der mit ihr Beliehene im Grunde nicht der einzelne Bischof, sondern der keinem Wechsel unterworfenene Stiftsheilige angesehen wurde. Ganz anders verhielt sich die Sache, wenn der König einen weltlichen Herrn mit einer Grafschaft beliehen hatte. Hier war er nach dem Tode des Besitzers dem ältern Rechte zufolge unbedingt befugt, die Grafschaft so wie andere unter den Begriff der beneficia fallende Gegenstände, auch einem andern als dessen Sohne zu übertragen, und ehe sich die Erblichkeit der Lehen zur Regel erhoben hatte, haben die Könige dieses Recht, selbst den mächtigsten Fürsten gegenüber, auch wirklich sehr häufig ausgeübt. So giebt Thietmar von Merseburg I. 4. als den eigentlichen Grund der Streitigkeiten zwischen König Konrad I. und dem späteren König Heinrich I. den Umstand an, dass der letztere nach dem Tode seines Vaters, des Herzogs Otto von Sachsen (912) zwar den grössten Theil der vom Vater besessenen Lehen, aber doch nicht alle ohne Ausnahme von dem König erhalten habe. Was war natürlicher, als dass sich auch bei den weltlichen Grossen das Verlangen entwickelte, die einträglichen Rechte und Besitzthümer, welche unter dem Titel der Beneficien von den Königen ausgingen, ihren Familien bleibend zu erhalten? Und seit dem Anfange des 13. Jahrhunderts darf man die Landeshoheit im Allgemeinen als fest begründet ansehen.

Man würde sich jedoch sehr irren, wenn man glaubte, das Emporkommen derselben wäre auf gar keinen Wider-

stand gestossen. In mannigfaltigen Richtungen ist ihr ein solcher aus der Mitte des Volks heraus entgegengesetzt worden, und dem Anschein nach sehr verschiedenartige Bestrebungen sind doch zuletzt auf denselben gemeinsamen Grund zurückzuführen. Hier tritt uns jedoch zuvörderst eine sehr beachtenswerthe Verschiedenheit zwischen den westlicheren, von echt deutschen Stämmen bewohnten und den sogenannten wendisch-deutschen östlicheren Ländern entgegen. In einem grossen Theile der letzteren entwickelt sich der Staat aus der Markgrafschaft, und diese erscheint von Anfang an in militärischer wie in richterlicher Beziehung (die *marcgreve dinget bi siner selves hulden Ssp. III. 65*) weit unabhängiger gestellt als die übrigen Reichsämter. Auch die Mischung der Bevölkerung ist für die Beschaffenheit der hier emporkommenden Staatsgewalt von grossem Einfluss gewesen. Ueber den slavischen Theil der Bewohner besass der Landesherr ausgedehntere Befugnisse; allmählig aber wurden dieselben auch immer mehr und mehr auf die deutschen Einzüglinge übertragen, und es wiederholt sich hier eine ähnliche Erscheinung, wie sie uns in den germanischen Reichen begegnet, welche im 5. und 6. Jahrhundert in ehemaligen römischen Provinzen gegründet wurden. Denn hier stand dem König über die Römer, hinsichtlich deren er im Grunde der Erbe des römischen Kaisers geworden war, eine weit grössere Fülle der Macht als über die Germanen zu; aber im Laufe der Zeit wurden auch diese immer mehr in den Kreis der zunächst nur für die Römer vorhanden gewesenen Unterthanschaft hineingezogen. Aus obigen Gründen ist in den wendisch-deutschen Ländern von einem dauernden und erfolgreichen Widerstande gegen die Landeshoheit als solche nicht die Rede, und selbst die Bischöfe haben sich ja hier der Landsässigkeit nicht zu entziehen vermocht. Dass grade aus diesen östlichen Markgrafschaften die heutigen deutschen Grossstaaten erwachsen sind, ist

keinesweges als etwas Zufälliges anzusehen, sondern hat mit den ersten natürlichen Grundlagen dieser Staaten in dem genauesten Zusammenhange gestanden.

Betrachten wir aber nun die westlicheren echt deutschen Länder, so tritt jene Opposition gegen die Landeshoheit am sichtbarsten darin hervor, dass sich eine Menge von kleineren Landbezirken von derselben frei zu erhalten weiss. Diess gilt namentlich von den Reichsstädten, zu denen in einigen Gegenden des mittleren und südlichen Deutschlands sogar eine Anzahl von Reichsdörfern hinzukommt; nächst dem von den reichsritterschaftlichen Besitzungen. Im Allgemeinen ist das südliche und südwestliche Deutschland der fruchtbarste Boden für diese Formen gewesen. In Westphalen aber wirft sich der Widerstand gegen die Landeshoheit in die Gerichtsverfassung hinein, und die Folge davon ist die Erhaltung der westphälischen Freigerichte als kaiserlicher Gerichte. Unter den deutschen Stämmen ist überhaupt keiner vorhanden, der so sehr das Bewusstsein in sich trägt, ein eigenes, besonderes Recht und Gericht zu haben, und der mit solcher Zähigkeit daran hängt als die Sachsen. Selbst der Pabst mag kein Recht setzen, womit er der Sachsen Recht kränken würde. Aber noch vor den andern sächsischen Stämmen zeichnen sich wieder die Westphalen durch die grösste Festigkeit in der oben bezeichneten Richtung aus. Die Sachsen sind nicht so wie die Thüringer, Schwaben und Baiern den Franken unterworfen worden; sie sind von Anfang an mehr wie gleich berechtigte ins fränkische Reich aufgenommen gewesen. Der erste weltliche Fürst unter dem König ist allerdings der Herzog von Franken, an dessen Stelle später nach Erlöschen dieses Herzogthums der nächste weltliche Fürst in Franken, nämlich der fränkische Pfalzgraf oder der Pfalzgraf am Rhein tritt; aber der nun gleich folgende ist der Herzog von Sachsen. Auch dass die Krone nach dem Tode Konrads I. von

den Franken zuerst an die Sachsen kam, ist schwerlich als etwas ganz Zufälliges zu betrachten, sondern hat ebenfalls mit dem allgemeinen Verhältniss dieser beiden Hauptstämme in Verbindung gestanden. Eben so giebt sich jene besondere Stellung von Sachsen in der Theilung des Reichsvicariats unter den Pfalzgrafen am Rhein und den Herzog von Sachsen kund. (Aur. Bull. cap. 5. § 1. 2.). Und so behauptete sich nun auch grade in einem Theile von Sachsen, unterstützt durch manche für denselben einflussreiche politische Ereignisse, der alte Grundsatz, dass alle hohe Gerichtsbarkeit ihre Quelle und Wurzel nur in dem König oder Kaiser habe, viel länger als in den meisten übrigen Theilen von Deutschland. Das hohe Gericht entzog sich der ausschliesslichen Unterwerfung unter die Landeshoheit; es blieb in gewisser Beziehung reichsunmittelbar, und darin lag dann auch wieder ein Grund, weshalb die Kaiser trotz wiederholter Verbote gegen die wachsenden Missbräuche und Uebergriffe, welche sich die Fehmgerichte erlaubten, im Ganzen doch meist sehr glimpflich mit denselben umzugehen pflegten.

§ 5. Die wahre Bedeutung jener Reichsunmittelbarkeit.

Aber was blieb denn bei den westphälischen Fehmgerichten eigentlich reichsunmittelbar? Auch diese Frage scheint noch keinesweges für überflüssig gehalten werden zu dürfen; denn auch hierüber finden sich zum Theil ziemlich dunkle Aeusserungen. Wächter a. a. O. S. 14 sagt: „Allmählig griff auch in Westphalen die Territorialgewalt immer weiter um sich. Es gelang den Territorialherrs, die Freigrafschaften, die in ihren Gebieten lagen, in ein Abhängigkeitsverhältniss zu sich zu bringen, und mit der Grafschaft selbst als sogenannte Stuhlherren, als Gerichtsherrs, vom Kaiser erblich belehnt zu werden und von den Freien die

alten Reichsabgaben für sich als Ertrag der Gerichtsbarkeit zu ziehen und diese Lasten wohl auch zu mehren. Dadurch erlosch freilich Vieles von den besonderen Verhältnissen der westphälischen Freien. Unter dem aber, was ihnen blieb, war hauptsächlich ihr altes Gericht; dieses wussten sie sich zu erhalten; es wurde ihnen nicht ein landesherrlicher Vogt gesetzt. An dieser Auszeichnung, an dem kaiserlichen Gerichte und ihrer Theilnahme daran, hielten sie daher auch um so mehr fest und legten in sie mit Recht um so höheren Werth. Sie hielten nach alter Weise an den alten Mahlplätzen (Freistühle, sedes liberae) noch fort ihr Gericht. Den Vorsitzenden bei demselben, den Freigrafen, musste der Stuhlherr dem Kaiser oder dem Herzoge präsentiren, damit er von diesem den kaiserlichen Bann und das Recht zu richten unmittelbar erhielt; die Stuhlherren selbst erhielten die Freigrafschaft als Stuhlherren vom Reich zu Lehen und mussten, wenn sie etwa selbst als Freigrafen zu Gericht sitzen wollten, von dem Kaiser auch für ihre Person erst den Bann empfangen.“

In dieser Darstellung scheinen mir manche Verhältnisse unter ein etwas schiefes Licht gebracht zu sein. Erstens wird von der Territorialgewalt der Territorialherren in Westphalen so gesprochen, als ob dieselbe schon vorhanden gewesen wäre, ehe es denselben noch gelungen war, die in ihren Gebieten gelegenen Freigrafschaften in ein Abhängigkeitsverhältniss zu sich zu bringen, und mit den Grafschaften selbst vom Kaiser erblich belehnt zu werden. Das ist aber offenbar nicht richtig; denn sieht man von der eigenthümlichen Stellung der vorkarolingischen grossen Nationalherzöge ab, so ist überall und so denn auch in Westphalen die wirkliche Territorialgewalt vielmehr erst dadurch entstanden, dass den Fürsten Grafschaften von dem Kaiser dauernd, mit dem Recht der Erblichkeit geliehen wurden. Ja eben nur dadurch wurden die Mitglieder des Herrenstandes

zu wirklichen Fürsten erhoben, während sie vorher nur als grosse Grundherrn und beziehungsweise als kaiserliche Beamten angesehen werden mussten. Der Kaiser, sagt der Ssp. III. 52. § 2., mag nicht in allen Landen zugleich sein, und alle Verbrechen jederzeit selbst richten: darum leihet er den Fürsten Grafschaft, und den Grafen Schultheiss-
thum. Eine solche Verleihung hat aber in Westphalen ganz eben so, und auch keinesweges etwa später als im übrigen Deutschland Statt gefunden, und auch in Westphalen ist die eigentliche Territorialgewalt dadurch erst ins Leben gerufen worden. Zweitens aber sind in der Schilderung von Wächter zwei ganz verschiedene Dinge, das Gericht selbst und der Königsbann nicht genau genug von einander gesondert. Bekanntlich war es gewöhnlich, dass der mit der Grafschaft von dem Kaiser beliehene Fürst, welcher diese hiernach in zweiter Hand besass, dieselbe dann wieder an irgend ein Mitglied des Herrenstandes weiter verlieh, von welchem das Grafenamt wirklich verwaltet werden sollte. Auch diess ist in Westphalen eben so wie im übrigen Deutschland geschehen, und insofern erschien der wirkliche Graf (Freigraf) auch in Westphalen von dem Fürsten, der ihm die Grafschaft, oder wie sich der Ssp. III. 64. § 5. ausdrückt, das Gericht geliehen hatte, (seinem Stuhlherrn) abhängig. Im Ssp. II. 12. § 6. findet sich auch gradezu der Ausdruck, der Graf habe die Grafschaft von dem Fürsten, z. B. dem Markgrafen, wie denn seit Alters zu jeder Mark einige Grafschaften gehört zu haben scheinen, welche der mit der Mark und mit ihnen vom König beliehene Markgraf dann wieder weiter verleihen konnte. Otto Frising. gest. Frid. lib. II. cap. 32. Für das ganze Verhältniss zwischen dem Fürsten und dem Grafen, der erst von diesem wieder die Grafschaft erhalten hatte, sind als besonders lehrreich die Bestimmungen des Ssp. II. 12. über den Rechtszug hervorzuheben. Der nicht von dem Kaiser, sondern von dem

Fürsten mit dem Gericht über Hals und Hand beliehene wirkliche Graf, welcher in Betreff desselben als die dritte Hand erscheint (Ssp. III. 52. § 3.), wurde jedoch dadurch nach älterem Rechte noch nicht fähig, das Grafengericht nun auch wirklich zu halten. Dazu gehörte, dass er vorher vom König selbst den Königsbann empfangen musste. Bei Königsbann aber durfte niemand dingen, er hätte denn den Bann von dem König empfangen, und wer dawider handelte, der sollte seine Zunge wetten. Ssp. I. 59. § 1. Homeyer im Register s. v. Königsbann. Der König aber mochte sich mit Recht nicht weigern, demjenigen, welchem das Gericht gegeben war, den Bann zu leihen, und der von ihm mit dem Bann Beliehene hatte ihm dafür keinen Lehnseid zu leisten. Ssp. III. 64. § 5. „Ban liet man ane manscap.“ Dieses unmittelbare Leihen des Königsbannes, was in den Markgrafschaften, wo es einen solchen gar nicht gab, niemals gegolten hatte, und was seit dem 13. Jahrhundert auch in den meisten übrigen Theilen von Deutschland immer mehr aus der Gewohnheit kam: das ist es, was sich bei den westphälischen Fehmgerichten behauptete, und eben darin liegt die Reichsunmittelbarkeit derselben. So darf man denn also nicht das Gericht selbst als dasjenige bezeichnen, was der Freigraf von dem Kaiser empfangen hätte; vielmehr erhielt er dieses von einem sogenannten Stuhlherren; aber den Königsbann, die in seinem Amte liegende richterliche Gewalt musste er von dem König empfangen. Drittens können auch die Worte, die Stuhlherren hätten die Freigrafenschaft als Stuhlherren vom Reich zu Lehen erhalten, sehr leicht Missverständniss erzeugen. Allerdings ist die Quelle aller Stuhlherrschaft in dem König oder dem Reich zu suchen; aber nach der Art, wie sich dieses Institut später entwickelte, konnte die Stuhlherrschaft vom König als der ersten Hand an gerechnet, durch fortgesetzte Weiterverleihungen auch in eine entferntere, z. B. die dritte oder vierte

Hand gelangt sein, so dass sie also der wirkliche Stuhlherr wenigstens nur durch mehrfache Vermittelungen vom Reiche zu Lehen trug.

Uebrigens konnte es natürlich dem König niemand wehren, das Recht zur Verleihung des Königsbannes auch auf eine andere Person zu übertragen. Vor allen übrigen Fürsten aber erschien der Kurfürst von Köln zu einer solchen Stellvertretung des Königs am meisten geeignet; denn gestützt auf das Herzogthum, welches von Friedrich I. 1180 der erzbischöflichen Kirche von Köln über den westlichen Theil des ausgedehnten Sachsenlandes verliehen worden war, (Pertz, Monum. Germ. hist. T. 4. [legum T. II.] p. 163.), hatten die Kurfürsten von Köln nach und nach über die Freistühle und Freigrafen in Westphalen sehr weit gehende Befugnisse in Anspruch genommen und wirklich ausgeübt. Auch hatten die Kaiser schon in vielen einzelnen Fällen, wenn Stuhlherren oder Freigrafen darum baten, besondere Vollmachten zur Verleihung des Königsbannes auf Dritte, und vorzüglich auf den Kurfürsten von Köln ausgestellt. Im Jahre 1382 aber verlieh König Wenceslaus dem Erzbischof Friedrich von Köln ganz allgemein die Befugniss, solchen Freigrafen, welche aus irgend einem Grunde verhindert wären, die Investitur mit dem Königsbanne am königlichen Hofe unmittelbar nachzusuchen, diese Investitur im Namen des Königs und des Reichs selbst zu ertheilen. Ich kann übrigens in der Urkunde nicht finden, dass dieses Recht hier dem jedesmaligen Erzbischof von Köln als solchem verliehen worden sei. Es heisst nicht, dass die Befugniss zur Investitur der Freigrafen mit dem Königsbanne der ecclesia Coloniensis ertheilt werde, wie z. B. das Herzogthum im westlichen Sachsenlande 1180 an diese übertragen wurde, folglich von dem jedesmaligen Erzbischof als solchem verwaltet und geltend gemacht werden sollte; sondern König Wenceslaus scheint in der Urkunde von 1382

wirklich nur an eine persönliche Auszeichnung für den Erzbischof Friedrich zu denken; „tuam personam in hoc honorare volentes,“ sind die entscheidenden Worte. Aber vermuthlich hat sich daraus sehr bald ein bleibendes Recht des jedesmaligen Kurfürsten von Köln entwickelt, und den Freigrafen selbst mag diese Erweiterung der erzbischöflichen Rechte schon der grösseren Bequemlichkeit wegen ganz erwünscht gewesen sein. (Kopp a. a. O. § 283, wo auch die Urkunde von 1382 mitgetheilt wird.) Der Erzbischof von Köln heisst aber dann vermöge jener Gerechtsame in Urkunden wiederholt der Handhaber, Verweser, Beschirmer und selbst der Liebhaber der freien heimlichen Gerichte in Westphalen. Kindlinger, Münst. Beitr. 3, Urk. 218, lit. A. 219 u. a. Als solcher hatte er namentlich dafür zu sorgen, dass es den Freigrafen nicht an den zu ihrem Amte nöthigen Eigenschaften fehlte.

§ 6. Kurze Uebersicht der wichtigsten charakteristischen Besonderheiten der westphälischen Fehmgerichte.

In den Darstellungen, welche die Eigenthümlichkeiten dieser Gerichte zusammenfassen, wie bei Eichhorn a. a. O. § 419 — 422; Wächter a. a. O. S. 5 fg. und Walter a. a. O. § 585 — 590., wird bald auf diesen, bald auf jenen Punct ein vorzügliches Gewicht gelegt. Am klarsten treten dieselben heraus, wenn man sich den Gang einer einzelnen Fehmsache von Anfang bis zu Ende vergegenwärtigt; abgesehen hiervon kommen aber zunächst noch die Personen in Betracht, aus denen diese Gerichte zusammengesetzt waren.

1. Ein freies, heimliches Gericht, Stillgericht, *judicium occultum, arcanum*, bestand aus dem Freigrafen, dem Frohnboten und den Freischöffen, deren mindestens sieben gegenwärtig sein mussten. Wächter a. a. O. S. 27. 181 fg. Aber jeder Freigraf und Freischöffe durfte erscheinen, und

an der Urtheilsfindung durften alle überhaupt gegenwärtigen Freischöffen Theil nehmen. Bei manchen Gelegenheiten sind mehrere hundert erschienen, und an einer über den Herzog Heinrich von Baiern ausgesprochenen Verfehmung im Jahre 1434 sollen sich 18 Freigrafen und 800 Freischöffen betheiligt haben. Wächter S. 25. Jeder Freischöffe musste übrigens als solcher feierlich aufgenommen werden, und diess konnte nur auf rother Erde, an einem Freistuhle in Westphalen in der heimlichen Acht geschehen. Durch einen feierlichen Eid musste er die treue Erfüllung seiner Pflichten und die Bewahrung der unverbrüchlichsten Verschwiegenheit angeloben, und hierauf wurden ihm die geheimen Erkennungszeichen, geheime Losung, mitgetheilt. Die Schöffen hiessen davon Wissende, sciti, vemenoti. Anfänglich hat es offenbar nur solche Freischöffen gegeben, welche durch ihren Wohnsitz dem Gebiet der Stillgerichte selbst angehörten; später aber je mehr sich bei dem Dahinschwinden der meisten übrigen kaiserlichen Gerichte diese Eigenschaft grade bei den Fehmgerichten in der von ihnen über ganz Deutschland in Anspruch genommenen Jurisdiction wirksam zeigte; je mehr sie selbst ein Gegenstand der Furcht und des Schreckens wurden, dessen Gefährlichkeit man durch Mitgliedschaft in denselben am besten vermindern zu können glaubte: desto weiter hat sich das Freischöffen-
thum auch ausserhalb Westphalens in den verschiedensten Gegenden von Deutschland ausgebreitet. Man erkennt deutlich, wie das in vielen Lebenskreisen, z. B. bei fürstlichen Räthen, bei Mitgliedern der Stadträthe u. a. hervortretende Verlangen, zu Freischöffen aufgenommen zu werden, und das Streben jener Gerichte selbst nach Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses sich jetzt gegenseitig die Hand boten. Uebrigens wurde wenigstens nach dem spätern Rechte jeder treue verständige Mann, der persönliche Freiheit besass, vom schlichten Landmann bis zum

Kaiser als fähig zu jener Aufnahme angesehen. Der Freigraf selbst aber musste seiner Abstammung nach dem Lande Westphalen angehören, und persönliche Freiheit besitzen. Adlicher Stand wurde nicht dazu erfordert. Wächter a. a. O. S. 25.

2. Allen Freischöffen lag die Verpflichtung ob, in der heimlichen Acht die ihnen bekannt gewordenen Handlungen anzuzeigen, welche zur Fehmwroge gehörten. Wächter a. a. O. S. 168 fg. Das Rügen schwerer Verbrechen an sich ist zwar den westphälischen Fehmgerichten nicht ausschliesslich eigen; denn schon der Sachsenspiegel I. 2. § 4. spricht von einer solchen Verbindlichkeit, welcher sich der Bauermeister in dem Gericht des Gografen und in jeglichem Vogtgerichte vermöge seines Amtes unterziehen sollte, und bei den Fehmgerichten ausserhalb Westphalens, z. B. in Braunschweig, kommt, wie oben gezeigt worden, zuweilen etwas Aehnliches vor. Aber dass sämtliche Schöffen ohne Ausnahme diese Verpflichtung hatten, das scheint nur bei den westphälischen Fehmgerichten gegolten zu haben, und musste bei der grossen Zahl der Freischöffen als ein besonders geeignetes Mittel erscheinen, der Straflosigkeit schwerer Verbrechen entgegen zu wirken. Unter den Beispielen des Anklagens von Amtswegen, welche Maurer, Gesch. des altgerm. Gerichtsverfahrens S. 151 fg. und Biener, Beitr. zur Gesch. des Inquisitionsprocesses S. 141 fg. mittheilen, findet sich doch keines, wo eine allgemeine Verbindlichkeit sämtlicher Gerichtsschöffen hierzu erwähnt würde.

3. Die heimliche Acht selbst, die beschlossene Acht (Stillgericht, *occultum judicium*) bestand in einem heimlichen, d. h. geheimen Gerichte, von welchem alle Nichtwissenden unbedingt ausgeschlossen waren, in welchem jedoch ein eigentlich inquisitorisches Verfahren keineswegs Statt fand, und im Wesentlichen überhaupt die Formen des alt sächsischen Beweisverfahrens beobachtet wurden. Eine nothwen-

dige Folge jener Ausschliessung bestand darin, dass als Kläger in dem geheimen Gerichte nur ein Freischöffe, entweder im eigenen oder im Namen eines Nichtwissenden auftreten konnte. Jene heimliche Acht ruhte aber gewissermassen auf einer breiteren Grundlage, welche offenbar für älter als sie selbst zu halten ist, und aus welcher sich dieselbe als etwas Besonderes herausgehoben hatte; diess war das öffentliche gewöhnliche Gericht, das offenbare Freigericht, vor welches der Regel nach alle Nichtwissenden zunächst geladen wurden, während gegen die Wissenden gleich von Anfang an ein Verfahren vor dem heimlichen Gerichte eintrat. Dass dieses letztere unter gewissen Voraussetzungen, namentlich wenn der Vorgeladene vor dem offenbaren Freigerichte nicht erschien, auch gegen Nichtwissende competent war, kann keinem Zweifel unterliegen. Wie weit jedoch diese Competenz gegangen sei, ist ein sehr bestrittener Punct, und vermuthlich hat darüber nicht immer und nicht überall bei den verschiedenen Freistühlen vollkommene Uebereinstimmung geherrscht. Wenn sich Wächter a. a. O. S. 164 dahin äussert, dass das ganze Verfahren der heimlichen Acht schon in früher Zeit gegen Wissende und Nichtwissende in gleicher Art gerichtet gewesen sei, nur dass später der Unwissende vor das offene Gericht, der Wissende aber gleich vor das heimliche Gericht geladen wurde: so scheint diese Annahme auf der Voraussetzung zu beruhen, dass sich die Competenz der heimlichen Acht gegen Nichtwissende im Laufe der Zeit vermindert habe: ursprünglich seien auch sie unmittelbar vor die heimliche Acht, aber erst später zunächst vor das offenbare Freigericht geladen worden. Dieser Ansicht dürfte jedoch der ganze innere Entwicklungsgang der heimlichen Gerichte nicht entsprechen, denn in der Zeit der Blüthe derselben macht sich von innen heraus selbst auf dem Wege des Missbrauchs fortwährend ein Streben nach Erweiterung ihrer

Wirksamkeit geltend, und es ist gewiss nicht wahrscheinlich, dass sie eine ursprünglich auch gegen Nichtwissende vom Beginn des Verfahrens an behauptete Competenz später selbst eingeschränkt haben sollten. (Die Urkunde, auf welche sich Wächter a. a. O. beruft, und welche angeblich von Heinrich V. 1111 der Stadt Bremen zur Bestätigung ihrer Freiheiten soll ausgestellt worden sein, trägt den Stempel der Unehchtheit so deutlich an sich, dass auf sie wohl gar kein Gewicht gelegt werden kann. Vgl. Lünig, Reichsarchiv P. Sp. Cont. 4. Th. I. S. 218. Meine D. Stadtrechte I. S. XXXVI.) Uebrigens konnte das offenbare Freigericht bekanntlich sofort in die heimliche Acht verwandelt werden, indem alle gegenwärtigen Nichtwissenden durch den Frohnboten aufgefordert wurden, sich von dem Gerichte zu scheiden. Kindlinger, Münst. Beitr. 3, Urk. 205. 217. Ein unwissender Mann, welcher diesem Gebot nicht Folge leistete, und sich später noch an der heimlichen Acht zeigte, wurde sofort mit der Weidenruthe, dem üblichen Vollstreckungsmittel der Todesstrafe, an den nächsten Baum, den man haben mochte, gehangen. Wächter a. a. O. S. 26.

4. Sollte nun aber das freie heimliche Gericht seinen Zweck auch wirklich erreichen, so musste zugleich für die Vollstreckung einer von ihm ausgesprochenen Verfehmung, aus welcher sich der Verurtheilte nicht etwa doch noch durch persönliches Erscheinen und den geführten Beweis seiner Unschuld herausgezogen hatte, mit einer gewissen Sicherheit gesorgt sein. Daher war es den Freischöffen zur Pflicht gemacht, ein gefälltes Urtheil durch Hinrichtung und zwar in der Regel durch Hängen mit der Weidenruthe selbst zu vollziehen. Jeder Freischöffe, welcher durch eidliche Versicherung anderer Fehmgenossen von der Verfehmung in Kenntniss gesetzt wurde, war verbunden hierbei hülfsreiche Hand zu leisten; die geringste Zahl von Freischöffen

aber, welche zu einer solchen Vollstreckung erforderlich waren, scheint drei gewesen zu sein.

5. Etwas Eigenthümliches trat jedoch noch ein, wenn ein Verbrecher bei einer That, welche zu den Fehmwrogen gehörte, von wenigstens drei Freischöffen auf handhafter That, oder wie die alten Quellen sagen, mit habender Hand, mit blickendem Schein und gichtigem Munde, ertappt und ergriffen wurde. Die handhafte That zieht nach uralt germanischer Ansicht die grösste Unmittelbarkeit der Strafe nach sich, weil sie sich in dem offenbarsten, sinnlich wahrnehmbaren Widerspruche mit dem regelmässigen Zustande, dem gemeinen Landfrieden befindet. Namentlich der Sachsenspiegel handelt darüber in einer Menge sehr interessanter Bestimmungen, die noch niemals ganz vollständig zusammengestellt worden sind. Der Kläger soll das Gerüchte erheben, und alles Volk soll sich aufmachen, um des Verbrechers habhaft zu werden. Konnte man aber dann den belehnten Richter nicht gleich haben, welcher über eine handhafte That, namentlich von Raub und Diebstahl zu richten gehabt hätte, so sollte ein Gograf zum mindesten von drei Dörfern zu diesem Zwecke gewählt werden, und selbst die Gewalt dieses Gografen hing nun davon ab, dass der Dieb oder Räuber binnen Tag und binnen Nacht überführt wurde, also die Strafe der That auf dem Fusse nachfolgen konnte. Fand jene Ueberführung nicht Statt, so trat das gewöhnliche Verfahren ein; der gewählte Gograf hatte nun kein Gericht mehr daran, sondern der belehnte Richter sollte darüber richten. Vgl. Ssp. I. 55—58. Homeyer im Register unter: Handhafte That, Gerüchte, Gograf. Man sieht deutlich: selbst die That verliert gewissermassen ihren Charakter als handhafte That, sie tritt in die Reihe der gewöhnlichen Verbrechen, wenn die Ueberführung des Verbrechers nicht unmittelbar dahinter erfolgt und wenn die Bestrafung übernünftig wird. Hiernach kann es nun nicht besonders auffallend

erscheinen, vielmehr liegt darin nur die in eine bestimmte Form gebrachte Anwendung eines allgemeineren rechtlichen Gedankens, wenn das Zeugniß von drei Freischöffen, dass ein Verbrecher in einer als Fehmwroge zu betrachtenden handhaften That von ihnen ergriffen worden sei, als hinreichend, sie selbst aber für berechtigt und verpflichtet angesehen wurden, die in solchem Falle unausbleiblich eintretende Verfehmung gleichsam zu anticipiren und sofort zur Vollziehung der Todesstrafe zu schreiten. Wächter a. a. O. S. 36 fg. 221.

§ 7. Eine Vermuthung über den ersten Keim dieser Gerichte.

Natürlich aber drängt sich immer wieder die Frage auf, wie man sich die Entstehung dieser heimlichen Gerichte eigentlich zu denken habe? Wie unsere Quellen hier beschaffen sind, wird man wohl niemals über das Gebiet der Hypothese hinauskommen. Wigand hat in seinem bekannten Werke S. 474 fg. den Gedanken eines Freischöffenbundes, einer freien Vereinigung der Fehmschöffen zu einem heimlichen Verfahren, welches von ihnen aus der ursprünglichen Gerichtsverfassung herausgebildet worden sei, weiter ausgeführt. Andere, wie Luden, Gesch. des deutschen Volks Bd. XII. S. 505 fg. und J. Grimm, D. Ralt. S. 829 sind ihm beigetreten, und schon vor Wigand hatte Th. Berck a. a. O. S. 288 von dem grossen Orden der Wissen- den gesprochen, dessen Mitglied jemand durch die Aufnahme zum Freischöffen geworden sei. Von Eichhorn § 422. a. a. O. und Wächter a. a. O. S. 168 ist jedoch jene Ansicht bekämpft und dagegen bemerkt worden, dass ein solcher Freischöffenbund weder innere Wahrscheinlichkeit noch einen historischen Beweis für sich habe. Und auch nach meiner Ansicht darf an eine mit Bewusstsein ausgebildete

Ordensverbindung durchaus nicht gedacht werden; denn nicht nur fehlt es an jedem Zeugniß hierüber, sondern es wird dabei auch eine viel zu künstliche Absichtlichkeit vorausgesetzt, welche dem Charakter jener Zeiten und dem Bildungstriebe, aus welchem die Schöpfungen jener Jahrhunderte hervorgingen, nicht entspricht. Die Hauptfrage scheint doch immer die zu sein, ob es nicht grade in der westphälischen Gerichtsverfassung gewisse Bestandtheile gegeben habe, welche der Entwicklung jener Gerichte besonders förderlich gewesen sind? Ich glaube diess allerdings annehmen zu müssen. In unserem wichtigsten Rechtsbuche, dem Sachsenspiegel, ist namentlich Ein Punct als in hohem Grade räthselhaft hervorzuheben: das ist die Verarbeitung von verschiedenen Bestandtheilen, welche theils auf Westphalen, theils auf Ostphalen hindeuten, zu Einem Ganzen. Unverkennbar trägt insonderheit das ganze ehe-liche Güterrecht, und dieses steht auch in solcher Beziehung gar nicht allein, einen ostphälischen Charakter an sich, und unter den Städten, welche für dieses Recht dann gleichsam einen Normaltypus bilden, ist vor allen andern Magdeburg zu nennen. Die Gerichtsverfassung dagegen ist westphälisch. Diese Gliederung der Freien in Schöffenbarfreie, Pflughafte und freie Landsassen, und die denselben entsprechenden Gerichte des Grafen, Schultheissen und Gografen, wohin passt sie anders als nach Westphalen? Hauptsächlich jenes Amt des Gografen, was uns im Sachsenspiegel noch in seiner ursprünglichsten Volksthümlichkeit geschildert wird, und was sich in Westphalen bis in den Anfang unsers Jahrhunderts behauptet hat, wo läßt es sich sonst, etwa mit Ausnahme einiger benachbarten engerschen Landstriche noch als ein dauerndes und lebendiges Glied der ganzen Gerichtsverfassung nachweisen?

Was aber nun die Schöffenbarfreien anbetrifft, so müssen bekanntlich genau unterschieden werden die eigentlich

ständigen Schöffen, welche die regelmässigen Urtheilsfinder in dem von dem Grafen unter Königsbann gehaltenen Gerichte waren, und die Schöffenbarfreien überhaupt. Von jenen ständigen Schöffen spricht der Sachsenspiegel III. 61. 69. I. 63; sie mussten in dem Gericht des Grafen gegenwärtig sein, und sie scheinen dieselben zu sein, welche II. 12. § 13. als die zu den Bänken Gebornen bezeichnet werden, und welche nach III. 26. ihren Schöffenstuhl auf den ältesten Sohn, und wenn kein Sohn da war, auf den nächsten und ältesten ebenbürtigen Schwertmag vererbten. Die Schöffenbarfreien im Allgemeinen sind die eigentlich dingpflichtigen Personen bei dem Gericht des Grafen; von ihnen ist im Ssp. I. 2. § 1. 2. die Rede, über sie wird nur unter Königsbann und zu echter Dingstatt gerichtet, und sie werden in III. 69. § 3. als die Genossen der ständigen Schöffen bezeichnet, weil diese letzteren dem Stande der Schöffenbarfreien angehören mussten. Vgl. Homeyer im Register unter: Schöffen und Schöffenbarfreie.

Das Verhältniss dieser Schöffenbarfreien zu den übrigen Freien scheint mir bei den Untersuchungen über den Ursprung der Fehmgerichte bisher noch weniger Berücksichtigung gefunden zu haben, als es nach meiner Ansicht verdient. Von ihnen wird in II. 12. § 2. gesagt, dass sie wohl über jeden Mann Urtheil finden mögen, dass aber da, wo es an ihr Leben, Ehre oder Erbe geht, Niemand als wer ihnen ebenbürtig ist, Urtheil zu finden und Urtheil zu schelten berechtigt sei.

Denken wir uns nun ein grosses offenbares Freigericht, in welchem der Graf (Freigraf) den Vorsitz führte, und wo sich Leute der ganzen Umgegend, auch solche, die nicht schöffenbar frei waren, zum Zuhören eingefunden hatten: liegt hier nicht die Annahme sehr nahe, dass dann, wenn gegen einen Schöffenbarfreien selbst eine Anklage wegen Ungerichts erhoben wurde, nur die Schöffenbarfreien gegenwärtig bleiben

durften, alle Uebrigen aber sich aus dem Gericht entfernen mussten? In diesem scheinbar unbedeutenden Keime könnte sehr wohl der Anfang der Heimlichkeit gelegen haben, dem sich dann später im Laufe der Zeit mehr und mehr andere Bestandtheile ansetzten. Sehr Vieles, was uns in den, von den Fehmgerichten unmittelbar handelnden Rechtsquellen über die Freischöffen berichtet wird, stimmt in auffallendster Weise mit demjenigen überein, was wir im Ssp. von den Schöffenbarfreien lesen, und die Ansicht, dass diese letzteren im Grunde selbst die ältesten Freischöffen gewesen seien, möchte kaum für zu gewagt gehalten werden können. Schon zur Zeit des Ssp. scheinen manche Grafschaften keine sehr grosse Zahl von Schöffenbarfreien mehr gehabt zu haben; wenigstens deutet darauf III. 81. hin, wo des gänzlichen Eingehens der „Scepenen“, d. h. hier doch wohl wie in anderen Stellen, z. B. I. 2. § 2. nicht der ständigen Schöffen, sondern der Schöffenbarfreien überhaupt in einer Grafschaft Erwähnung geschieht, und zugleich angegeben wird, wie in solchem Falle für neue Schöffenbarfreie gesorgt werden soll. Eben jene sich allmählig vermindernde Zahl dieser Classe von Personen könnte dann möglicher Weise auch eine von den Ursachen gewesen sein, weshalb man sich um so eher entschloss, auch freie Leute aus andern deutschen Ländern ausserhalb Westphalens zu Freischöffen aufzunehmen.

§ 8. Die Stuhlherrschaft. Abweichung von den Grundsätzen des Sachsenspiegels in der Ausbildung derselben.

Je mehr uns aber eine Menge von Bestimmungen, welche wir in den die Fehmgerichte betreffenden Ordnungen finden, an Stellen des Ssp. über das von dem Grafen gehaltene echte Ding erinnert, desto nöthiger erscheint es darauf hinzuweisen, dass in der weiteren Entwicklung der westphälischen Fehmgerichte ein Paar sehr wichtige Regeln der im Ssp. geschil-

derten Gerichtsverfassung mehr und mehr ausser Gebrauch gekommen sind. Diess steht dann zugleich in Verbindung mit dem Begriffe der Stuhlherrschaft, und dieser Name ist dadurch entstanden, dass der Ort, wo der Freigraf sein regelmässiges Gericht hielt, selbst als Freistuhl bezeichnet wurde. Stuhlherren aber waren diejenigen, welche das Recht hatten, den Freistühlen ihre Freigrafen vorzusetzen. Ihnen stand die Freistuhlsgerichtsbarkeit zu, und sie liessen dieselbe durch ihre Freigrafen ausüben. Kopp, a. a. O. § 296 fg.

Nun finden sich im Ssp. folgende Bestimmungen:
III. 52. § 3. „An die vierden hant ne mach nen len komen, dat gerichte si over hals unde over hant, wen scultheidum allene in der grafscap, durch dat nen richtere ne mach echt ding hebben ane scultheiten.“

Ferner III. 53. § 3. „Man ne mut ok nen gerichte delen, noch ganz lien noch del, de dem it dar gelegen is, so dat dar volge an si unde it die lantlúde liden solen; it ne si en sunderlik grafscap, die in en vanlen hore; die ne mut man san nicht ledich hebben.“ Und daran ist zu knüpfen III. 64. § 5. „Verliet en greve siner grafscap en deil, oder en voget siner vogedie, dat is weder recht. Die belende man ne mut dar over nenenkoninges ban hebben, als man ine von ime dulden dorve.“

Mit Ausnahme des Schultheissthums in der Grafschaft soll also ein Lehen an dem vom Könige stammenden Gericht über Hals und Hand nicht über die dritte Hand hinaus kommen, oder nur eine einmalige Afterbelehnung dabei Statt finden. Als die erste Hand erscheint der König, als die zweite ein Fürst, dem ein Fahnlehen geliehen ist, und die dritte ist der Graf, der wieder von dem Fürsten mit der Grafschaft d. h. mit der gräflichen Gerichtsbarkeit beliehen worden ist, welche dieser selbst zuerst von dem König erhalten hatte. Denn ausdrücklich heisst es in III. 52. § 2: dar umme liet (de koning) den vorsten grafscap, und auch ich bin der

von Homeyer, Des Ssp. zweiter Theil 2. S. 540 vertheidigten Ansicht, dass das letzte Wort jener Stelle zunächst nur die gräfliche Gerichtsbarkeit, nicht aber nach der von Eichhorn RG. II. § 290 gegebenen Erklärung alle Grafschaften bezeichnet, welche in dem fürstlichen Fahnlehen begriffen sind. Doch kommt im Wesentlichen die Sache auf Eins hinaus; denn wenn diess gleich nicht der eigentliche Sinn jener Worte zu sein scheint, so begriff die fürstliche Gewalt doch wirklich in der Regel alle Grafschaften des fürstlichen Sprengels unter sich. Dass übrigens auch eine Grafschaft selbst ein Fahnlehen sein konnte, ist bekannt, und es gehörte dazu eben nur, dass der eine solche Grafschaft erwerbende Graf der vorderste am Lehen, der *primus vasallus*, d. h. der vom König unmittelbar damit Beliehene war. So verhielt es sich mit der Grafschaft Aschersleben, welche in III. 62. § 2 unter den sieben im Lande Sachsen befindlichen Fahnlehen mit aufgezählt wird.

Homeyer wirft a. a. O. S. 535 die Frage auf, woher jene Beschränkung auf die dritte, bezüglich die vierte Hand, gekommen sei? Ein Zusammenhang mit der Bemerkung in II. Feud. 34. § 3. *in quibusdam tamen curiis ultra tertiam personam feudi concessio non extenditur*, liege allentwegen zu ferne; näher eine Rücksicht auf die Personen, in deren Hände das Lehen durch Verafterleihungen zu kommen pflegte. Denn gewöhnlich leihe der König ein Fahnlehen einem Fürsten, dieser die darin enthaltene Gerichtsbarkeit mit Inbegriff der peinlichen, etwa für ein bestimmtes Gericht, einem freien Herrn. Unter den Herrenstand habe nun, wie es scheine, die *justitia alta*, welche nach der alten Verfassung Cap. (3) *Aquisgranense* a. 812 c. 4 an die Grafen gebunden war, regelmässig nicht hinabsteigen sollen. Die fernere Uebertragbarkeit eines peinlichen Gerichts an den Schultheissen, der nur frei aber nicht edel zu sein brauchte, III. 61. § 2, sei vermuthlich aus dem Einflusse zu erklären, den die Spaltung

der Freien in verschiedene Stände, dem Princip der Genossengerichte zufolge, auf die Competenz der Richter gewinnen musste. So weit die Ansicht von Homeyer.

Der dabei zu Grunde liegenden Auffassung würde ich mich jedoch nicht anschliessen, glaube vielmehr die Sache in gewisser Hinsicht umdrehen zu müssen. Nicht woher die Beschränkung auf die dritte, bezüglich die vierte Hand, sondern woher diese Ausdehnung abzuleiten sei, scheint mir die nächste Frage zu sein. Natürlich aber musste dieser Ausdehnung, so lange noch an den ursprünglichen Grundlagen der Verfassung festgehalten wurde, selbst wieder eine Grenze gesetzt werden, und hier erklären sich frühere und spätere Verfassung gegenseitig. Die alte noch in karolingischer Zeit vorherrschende Idee ging offenbar dahin, dass der mit der Grafschaft Beliehene auch das Grafenamt in eigener Person verwalten sollte, weil sie in der Grafschaft überwiegend ein Amt, ministerium, erblickte. Zu dem comes scheint aber jederzeit ein vicecomes, vicarius comitis gehört zu haben, und dieses Vicecomitat wird im Sachsenspiegel bekanntlich Schultheissthum genannt. So lange diese Verfassung bestand, war also der Graf in Betreff der hohen vom König stammenden Gerichtsbarkeit die zweite, der vicecomes die dritte Hand. Allmählig aber wurde es immer gewöhnlicher, dass ganze Grafschaftsdistricte mit Grafenrechten darüber an Bischöfe und Erzbischöfe verliehen wurden. Diese wirklichen Inhaber der Grafschaften waren aber nun vermöge ihrer geistlichen Stellung unfähig das Grafenamt selbst zu verwalten, und so entstand die Nothwendigkeit, die darin enthaltene Gerichtsbarkeit zur wirklichen Ausübung wieder einem Andern zu verleihen, der aber nicht als ein blosser vicecomes angesehen werden konnte, weil er ja grade derjenige war, welcher den Königsbann unmittelbar aus der Hand des Königs zu empfangen hatte. Auf diese Art verwandelte sich der Graf in die dritte, der vicecomes in die

vierte Hand. Nachdem aber im Reichsstaatsrecht, und zwar zunächst in Betreff der geistlichen Fürsten, der Grundsatz einmal anerkannt war, dass der Inhaber der Grafschaft und der wirklich fungirende Graf verschiedene Personen, und der letztere erst wieder ein Lehnsmann des ersteren sein könnte, wurde diese Regel sehr bald auch auf die weltlichen Fürsten übertragen. In dieser Art wird das Verhältniss in den Rechtsbüchern, namentlich im Ssp. dargestellt, und als die regelmässigen Stuhlherren im obigen Sinne des Wortes sind hiernach die geistlichen und weltlichen Fürsten zu betrachten.

Sehr bald aber hat man sich innerhalb dieser Schranken nicht mehr gehalten, sondern die Spaltung ist immer weiter ausgedehnt worden. Schon die oben mitgetheilte Stelle des Ssp. III. 64. § 5, welche wohl zu den dem ursprünglichen Grundtexte später beigefügten Zusätzen gehört, deutet darauf mit Bestimmtheit hin. Die Grafen fingen nämlich an, Theile ihrer Grafschaften wieder an andere Personen zu verleihen, und zwar ist bei diesen Grafen offenbar nicht an die eigentlichen Inhaber der Grafschaften, die Fürsten, sondern an die wirklich fungirenden Grafen selbst zu denken. In jener Stelle wird aber noch davon ausgegangen, dass derjenige, dem ein Graf einen Theil seiner Grafschaft verliehen hatte, in diesem ihm geliehenen Districte derselben das Grafenamt selbst würde verwalten wollen, und dazu natürlich auch die Verleihung des Königsbannes an seine Person hätte nachsuchen müssen. Schon diess wird jedoch als etwas Widerrechtliches bezeichnet, obwohl man durch die Stelle zugleich zu dem Schlusse berechtigt scheint, dass ein solches Verfahren zur Zeit, wo sie geschrieben wurde, schon nicht mehr zu den Seltenheiten gehörte. Nach und nach ging aber dann die Zersplitterung immer weiter, und in dem Begriff der Grafschaft trat die Idee des Amts immer mehr zurück, dagegen die des Gerichtsbezirks in den Vordergrund. Sehr viele Grafschaften wurden nun wirklich

getheilt, was häufig auch auf dem Wege des Verkaufs oder der Verpfändung mit dem Vorbehalte der Lehnverbindlichkeit geschah. Kindlinger, Münst. Beitr. Bd. 1. S. 33. Note e. Diejenigen aber, welche ein Stück einer alten Grafschaft in solcher Art erworben hatten, dachten dann in sehr vielen Fällen gar nicht daran, das Grafenamt dort selbst zu verwalten, und nicht selten war diess ja auch durch die Beschaffenheit der Person des Erwerbers unmöglich gemacht, da bekanntlich einzelne Stücke von Grafschaften mit Freistühlen mehrfach auch in die Hände von Städten gelangt sind. Die Erwerber solcher abgezweigten Theile von Grafschaften hielten sich also für berechtigt, für diese Districte selbst als wirkliche Stuhlherren aufzutreten, d. h. einen oder mehrere sogenannte Freigrafen zu ernennen, welche die gräfliche Gerichtsbarkeit daselbst an eigenen Freistühlen ausüben sollten, zu diesem Endzwecke aber natürlich vom König oder seinem Stellvertreter mit dem Königsbann beliehen werden mussten. So waren also nun die in den oben mitgetheilten Stellen des Ssp. enthaltenen Grundsätze der früheren Gerichtsverfassung völlig zersetzt und aufgelöst, und es konnte sehr leicht geschehen, dass der wirklich fungirende Freigraf, dem das Gericht über Hals und über Hand geliehen war, in der Reihenfolge der Gerichtsgewalten erst die fünfte Hand vorstellte, indem sich die einzelnen Hände nun in der Ordnung folgten: König — Fürst — Graf — der eigentliche Stuhlherr, welchem von dem Grafen etwa nur ein Theil der Grafschaft geliehen worden war — und der von diesem ernannte, das Amt ausübende Freigraf; ja nachdem einmal die alte Regel umgestürzt war, scheint eine bestimmte Grenze, über welche in diesen Unterbelehnungen schlechterdings nicht hinausgegangen werden dürfte, gar nicht mehr bestanden zu haben. Ganz vorzügliche Beachtung verdient aber zugleich die Umwandlung, welche nun in dem Sinn des Wortes Freigrafschaft vorging. Ursprünglich ist bei diesem

Ausdruck an das Grafenamt (*ministerium comitis*) über einen vollen Grafschaftsdistrict zu denken, und vom Amte ging frühzeitig der Name auch auf diesen letzteren selbst über, ganz ähnlich wie es mit dem römischen Worte *provincia* geschah. Nachdem aber die Grafschaftsdistricte immer mehr zerstückelt worden waren, und der Besitz der in dem Grafenamte liegenden Gerichtsbarkeit, die Stuhlherrschaft, und die wirkliche Ausübung dieser Gerichtsbarkeit sich in den meisten Fällen von einander getrennt hatten, wurden die Rechte, welche anderwärts Stuhlherrschaft heissen, nun sehr häufig auch Freigrafschaft, *vrygraviatus*, genannt, und eine solche bezog sich oft nur auf einen kleinen District, zwei oder drei Kirchspiele. So erklären sich die zahlreichen Urkunden, wo ein freier Stuhl, d. h. die Stuhlherrschaft oder die Freigrafschaft über denselben verkauft oder versetzt wird, und da der Verkäufer oder Verpfänder jene Rechte regelmässig nur lehnweise von einem Höheren besass, so musste dann der Käufer oder Pfanderwerber die Belehnung damit bei diesem Lehnsherrn nachsuchen. Vgl. Niesert, Beiträge zu einem Münst. Urkundenbuche Bd. I. Abth. 2. Nr. 31, überhaupt die daselbst sub II. Gerichtsverfassung, von Nr. 24 an befindlichen, reichhaltigen Urkunden. In den darin gebrauchten Ausdrücken tritt der Unterschied zwischen der Freigrafschaft im Sinne von Stuhlherrschaft, und dem wirklichen Amte des Freigrafen zuweilen in interessanter Weise hervor. Das letztere wird in Nr. 27 als *officium vrygraviatus* bezeichnet, während die erstere in Nr. 35 die *jurisdictio vrygraviatus* heisst.

Legt man jenen Entwicklungsgang zu Grunde, so gewinnen die Notizen, welche von Kindlinger, Münst. Beiträge Bd. I. S. 30 fg. über die Schicksale der Freigrafschaften, freilich ohne jeden Versuch einer Anknüpfung an die Gerichtsverfassung des Ssp. mitgetheilt werden, ein erhöhtes Interesse. Die Grafen, bemerkt derselbe, vertheilten die Frei-

grafschaften, versetzten und verkauften solche mit den dahin gehörigen Freistuhlsgütern und Leuten stückweise, so dass manche Freigrafschaft in fünf und mehr Stücke zertheilt war und eben so viele Stuhlherren hatte; ja die Freigrafschaft Wesenfort wurde 1384 von Wilhelm Malmann und seinem Sohne Johann an sieben verschiedene Personen stückweise verkauft. Aus dem Gesagten aber erklärt sich zugleich, wie es geschehen konnte, dass nicht bloss Städte, wie Dortmund, Soest, Münster, Osnabrück, sondern häufig auch einfache Ritterbürtige zum Besitz von Stuhlherrschaften gelangten. Diese Thatsache selbst ist zwar auch schon von früheren Schriftstellern hervorgehoben worden, wie z. B. Eichhorn a. a. O. § 420 von Freigrafen spricht, welche von Stuhlherren des Ritterstandes bestellt wurden; aber ich habe in der Litteratur der Fehmgerichte nirgends einen Versuch angetroffen, welcher sich eine Vermittelung zwischen der erwähnten, an sich doch auffallenden Erscheinung und den Grundzügen der Gerichtsverfassung, wie sie in den obigen Stellen des Ssp. geschildert wird, zum Ziele gesetzt hätte. Mehrentheils wird in den älteren Schriften ausführlicher nur von den mit der Stuhlherrschaft verbundenen Rechten und Pflichten gehandelt, welche keiner besonderen Schwierigkeit unterworfen sind. Vgl. Kopp a. a. O. S. 319 fg., Berck a. a. O. S. 362 fg. Ein Verzeichniss von Stuhlherren und Freigrafen, welche auf einer 1490 von dem Erzbischof von Köln ausgeschriebenen Versammlung zu Arnsberg erschienen, findet sich bei Steinen, Westphäl. Gesch. Th. IV. Stück XXX. S. 1099 fg., und noch genauer bei Niesert a. a. O. Nr. 41. S. 102 fg. Dort wird zugleich bemerkt, dass 38 Stuhlherren und 62 Freigrafen ausgeblieben seien; die Zahl der gegenwärtig gewesenen Freischöffen wird auf einige hundert, und der Freifrohen auf 65 angegeben.

Sehr nahe liegt noch die Frage, wer denn bei dieser

Zerstückelung der alten Freigrafschaften als der eigentliche Landesherr zu denken sei? Wir müssen hier im Allgemeinen davon ausgehen, dass die Zersplitterung und Theilung der Gewalten in jenen Jahrhunderten des Mittelalters auf demselben Gebiete sehr häufig einen Grad erreicht hat, der für unsre heutigen Begriffe fast ans Unbegreifliche grenzt. In unsern Tagen strebt der philosophische Staat sich mehr und mehr in den wirklichen geschichtlichen umzusetzen, und sehr viele Erscheinungen, z. B. noch in neuerer Zeit die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, sind doch lediglich aus jenem Gesichtspuncte zu erklären. In damaliger Zeit dagegen wächst eine unendliche Fülle concreter Individualitäten, die sich dem Princip nach oft gegenseitig ausschliessen und daher nothwendig bekämpfen müssen, aus demselben Boden hervor, und Jeder sucht in seinem Lebenskreise zu behaupten, was sich eben behaupten lässt. Halten wir aber die obige Frage fest, so ergiebt sich die Antwort: als der Landesherr erscheint entweder der Fürst, der die Grafschaft unmittelbar aus der Hand des Königs empfangen hat, oder nach Verschiedenheit der Fälle der unter dem Fürstenamte stehende Graf, welcher die Grafschaft erst wieder von dem Fürsten empfangen, sich aber als Lehnsherr aller abgezweigten Theile derselben behauptet hat. Natürlich befand sich in sehr vielen, ja in den wichtigsten Fällen die Stuhlherrschaft und die Landeshoheit wirklich in derselben Hand vereinigt; aber die Stuhlherrschaft konnte auch getrennt davon, ohne Verbindung mit andern öffentlichen Gewalten vorkommen. Für sich allein gab dieselbe keine Landeshoheit, sondern sie erschien dann gewissermassen wie eine Art Patrimonialgerichtsbarkeit; die Landeshoheit aber war dann durch jene sie durchkreuzenden Rechte der Stuhlherrschaft und durch die damit wieder zusammenhängende Fortdauer der kaiserlichen Fehmgerichte in einem sehr wichtigen Puncte wesentlich eingeschränkt.

§ 9. Die sächsische Gografschaft.

Als einen schwierigen Gegenstand hebe ich schliesslich noch das Verhältniss der Gografschaften zu den Freigrafschaften hervor. Der sächsische Gograf ist nach meiner Ansicht dem fränkischen centenarius oder Centgrafen zu vergleichen, und vielleicht ist dieses Amt älter als die Unterwerfung der Sachsen unter die Franken, und die doch wohl erst von da an auch bei den Sachsen neu geschaffene Eintheilung des Landes in Grafschaften. Ursprünglich scheint dasselbe bloss auf der Wahl beruht zu haben, stützte sich also im Wesentlichen durchaus auf demokratische Grundlage; später jedoch wurde es in die Formen des Lehnstaats eingefügt, und zur Wahl kam nun die Belehnung hinzu, was ganz den monarchisch-aristokratischen Grundsätzen dieses Staats entspricht; zuletzt aber verschwand die Wahl und nur die Belehnung blieb übrig, und der Gograf lässt sich nun als der ordentliche landesherrliche Richter bezeichnen. Im Ssp. I. 55—58 werden drei Arten von Gografen unterschieden: 1) der von den Landleuten für bestimmte oder für lange Zeit frei gewählte Gograf. Diess ist offenbar das ursprüngliche regelmässige Verhältniss, und in der ältesten Zeit gründete sich das Recht dieses Gografen eben nur auf die Wahl, ohne dass es einer Belehnung desselben bedurfte. Später jedoch wurde diese als nothwendig angesehen, und in Art. 58 heisst es sonach: *Sven man aver küset to langer tiet, den sal die greve oder die markgreve belenen.* 2) Der ausnahmsweise im Falle einer handhaften That von Diebstahl oder Raub zum mindesten von drei Dörfern zu wählende Gograf, der nur dann eintritt, wenn man den belehnten Richter nicht haben mag, und dessen Gerichtsbarkeit erlischt, wenn der Dieb oder Räuber binnen Tag und binnen Nacht nicht überführt wird. Hier hat sich also die alte Regel, wonach zu der Wahl

eine Belehnung nicht hinzuzutreten brauchte, erhalten. 3) Der gar nicht gewählte, sondern bloss belehnte Gograf. An eine solche Belehnung soll der Lehnsherr, der Graf oder Markgraf, dem Lehnsman und seinen Kindern gegenüber zwar gebunden sein, aber die Landleute werden dadurch nicht verpflichtet, sondern können dieses Lehen mit ihrer rechten Kur brechen. Dieses freie Wahlrecht derselben ist jedoch im Laufe der Zeit mehr und mehr verschwunden.

Sehr dunkel bleibt die Verbindung, in welche der Ssp. I. 2. § 4. den Gografen und seine Gerichtsbarkeit grade mit der Classe der freien Landsassen bringt, d. h. derjenigen Freien, welche kein Eigen im Lande haben, sondern nach Gastes Weise, als hospites kommen und fahren, und auf fremdem Grund und Boden sitzen. Im Verhältniss zur Freigrafenschaft lassen sich die Kompetenzgrenzen der Gografschaft nicht genau angeben. Darüber jedoch kann nach I. 58 kein Zweifel sein, dass der belehnte Gograf auch wegen übernächtigen Ungerichts Gerichtsbarkeit hatte. Aus I. 58. § 2. geht zugleich hervor, dass der Schultheiss zwischen dem Grafen und dem Gografen keinesweges eine selbstständige Mittelstufe bildete. Seitdem übrigens das Gografenamt der Regel nach durch Belehnung erworben wurde, nahm der Erzbischof von Köln als Herzog von Westphalen und Engern das Recht in Anspruch, dass alle Gografen in ganz Westphalen ihre Gerichtsbarkeit nur vermöge einer ihnen von dem Herzog mit dem Symbol des Schwertes gewährten Belehnung ausüben dürften. Aber der Erzbischof konnte mit diesem Anspruche nicht durchdringen, und nach der älteren, im Ssp. I. 58. § 1. enthaltenen Regel musste derselbe auch für unbegründet angesehen werden. In der merkwürdigen Urkunde: Bestand des Marschallamts in Westphalen 1293—1300 (bei Seibertz, Urkundenbuch des Herzogthums Westphalen Bd. I. S. 598—644) werden am Schluss die unmittelbar dem Erzbischof gehörenden Gografschaften und Frei-

grafschaften übersichtlich aufgezählt. In Betreff der ersteren heisst es: *judices* (die Gografen) *ipse* (Archiepiscopus) *vel suus marscalcus* in eis instituit pro sua voluntate. Mit Rücksicht auf die letzteren wird gesagt: *isti judices dicti Vrygreuen auctoritatem judicandi immediate a Rege recipiunt, et idem servatur in omnibus comitatibus consimilibus.* Hieran knüpft sich aber dann die allgemeine Bemerkung: *Et simili modo omnes Gograuii per totam Westphaliā cujuscunque fuerint non debent judicare nisi auctoritate per gladium a Duce recepta. Modo quilibet Comes tales gograuios instituit et destituit, et judicant sine Duce, quod facere non possunt et infringunt jus judicis (ducis?)* Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden, dass bei dem Worte *comes* hier nicht etwa an einen fungirenden Freigrafen, sondern an den Inhaber einer Grafschaft, einen untergeordneten, unter dem Fürstenamte stehenden Landesherrn zu denken ist.

Zum Halten von heimlichen oder eigentlichen Freigerichten sind die Gografen offenbar niemals berechtigt gewesen, da es ihnen an der wesentlichen Bedingung dazu, dem Königsbann fehlte. In einer Urkunde von 1330 verpfändet ein Ritter, Sweder von Ringenberg im Verein mit seiner Ehefrau und vier Kindern die ihnen gehörige Freigrafschaft über die Kirchspiele Brünen und Dingden an den Bischof von Münster. Es scheint auf einem Irrthume zu beruhen, dass das, was vorn *vrygraviatus* heisst, weiter hinten mit dem Namen *gograviatus* belegt wird, da diese Begriffe sonst streng gesondert zu werden pflegen. Niesert a. a. O. Nr. 25. S. 65.

Ein eigenthümliches Verhältniss konnte aber dadurch entstehen, dass ein blosser Gograf, dessen Gewette dem Ssp. III. 64. § 10 zufolge entweder 6 Pfennige oder einen Schilling, wie es die Landleute festsetzten, betrug, der Stuhlherr eines Freigrafen wurde. Das Gografenamt scheint

mehrfach grade von ritterbürtigen Personen bekleidet worden zu sein, und milites, welche Gografen waren, kommen in Urkunden nicht selten vor. Vgl. z. B. von Ledebur, Diplom. Gesch. der Stadt und Herrschaft Vlotho S. 129. Urk. 12. Nun konnte aber die Stuhlherrschaft über einen Freistuhl, wie oben gezeigt worden, nach der späteren Ansicht auch an blosse Ritterbürtige gelangen. War nun ein solcher zugleich Gograf, so lag darin offenbar kein Grund, weshalb er jene Stuhlherrschaft nicht hätte besitzen können, und so fehlt es denn wirklich auch nicht an urkundlichen Zeugnissen, wo ein Freigraf einen Gografen als seinen Stuhlherrn angiebt. In einer Ladung an sämtliche Einwohner in Frankfurt a. M. vom 14. December 1410 nennt sich der Freigraf Hermann Losecke zur Norderna den Freigrafen seiner Jungherren, der Gaugreven; und noch deutlicher ist es, wenn sich eben derselbe in einer ähnlichen Ladung vom 2. December 1414 als den Freigrafen seines Junchern Hildebrandes Gogreben bezeichnet. Usener, Freigerichte S. 170. 174. Urk. 38. 41.

Im Laufe der Zeit ist übrigens die Gerichtsbarkeit der Gografen immer weiter ausgedehnt worden. Derjenigen freien Gerichtseingesessenen, welche sich grade in Betreff des Gerichts reichsunmittelbar behauptet hatten, und hiernach dem kaiserlichen Gerichte des Freigrafen unmittelbar unterworfen waren, der Schöffenbarfreien im Sinne des Ssp., wurden nach und nach immer weniger, und auch die Zahl der Freischöffen verminderte sich allmählig immer mehr. Die Gografen als die ordentlichen landesherrlichen Richter zogen nun auch jene Freien zu ihrer Competenz, und verwandelten dieselben in Betreff der Gerichtsbarkeit in mittelbare Unterthanen. Sie gestanden zwar dem Freigrafen, der mit seinen verwitterten Rechten fast wie ein judex extraordinarius erschien, noch eine Competenz über die Freischöffen zu, und räumten auch ein, dass gewisse Sachen vor den

Freistuhl gehörten; aber doch nur dann, wenn vor dem ordentlichen landesherrlichen Richter kein Recht zu erlangen war. So sank das Ansehn der Freistühle, welche mit ihren veralteten Formen, mit ihren wunderlichen Ansprüchen und Behauptungen nirgends mehr zu der neuen Jurisprudenz und zu den Schöpfungen der neuen Justiz passen wollten. Dieselben verloren ihre Jurisdiction und behaupteten sich nur hier und da als geringe Rügegerichte; die Landesherrn aber nahmen überall die hohe Criminalgerichtsbarkeit in Anspruch, und wiesen dieselbe ihren Gerichten zu. Sehr lehrreich in der genannten Beziehung sind die Mittheilungen bei Wigan, Denkwürdigkeiten aus dem Archiv des Reichskammergerichts zu Wetzlar, wo in den Abhandl. 12—19, S. 103—152 das allmähliche Absterben der Freigerichte und namentlich auch die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Freigericht und Gografengericht geschildert werden. Von dem unmittelbarsten Einfluss wurde insonderheit auch die Praxis des Reichskammergerichts, welches von Anfang an ernstlich darauf bedacht war, die Competenz der landesherrlichen Gerichte gegen die Uebergriffe der westphälischen Freigerichte zu schützen.

Abschnitt III.

Einwirkungen der westphälischen Fehmgerichte auf Schlesien.

§ 10. Einleitung.

Es wird sich kaum irgend ein beträchtlicheres Gebiet von Deutschland nachweisen lassen, wo die westphälischen Fehmgerichte ihre Arme nicht hingestreckt hätten. In die

verschiedensten Orte und Gegenden sind ihre Ladungen und Urtheile ergangen, und wir mit unsern heutigen Begriffen müssen uns freilich entsetzen vor einer Criminaljustiz, wie sie hier oft geübt worden ist: besonders wenn gegen ganze zahlreiche Gemeinden, deren Einwohner nur in Masse vorgeladen worden waren, ein Erkenntniss gefällt, und gegen alle denselben angehörige Mannspersonen eines gewissen Alters ein Todesurtheil gesprochen wurde. Ein Beispiel dieser Art führt Kopp a. a. O. S. 359 an, wonach der Freigraf Hans Volmar von Thwernn (Zweren) 1479 bezeugt, dass die von Benshausen und das ganze dazu gehörige Centgericht, alle Mannspersonen über 14 Jahre alt, weil sie ihrem Landesherrn, dem Landgrafen von Hessen, treulos und meineidig an ihrer Erbhuldigung geworden wären, und sich aus einer deshalb lange Zeit über sie verhängten kaiserlichen Acht nicht herausgezogen hätten, an rechter Dingstatt des Freistuhls zum Freienhagen nach Freistuhlsrecht zum Tode verurtheilt worden seien, also dass sie mit dem Strang ohne irgend ein anderweitiges Urtheil oder Recht gerichtet werden, alle Freischöffen aber bei ihren Eiden verpflichtet sein sollten, sobald sie um die Execution ersucht würden, dabei mit thätige Hülfe zu leisten.

Von Berck sind a. a. O. Buch 3. Cap. 2. unter dem Titel Evocationsunfug eine grosse Menge von Fällen aufgeführt worden, wo zuweilen auf Antrieb höchst nichtsnutziger Menschen und wegen durchaus unerheblicher Ursachen, besonders Stadtgemeinden und deren Räthe von den westphälischen Fehmgerichten durch Ladungen und Urtheilssprüche beunruhigt wurden. An allen Ecken und Enden begegnet man ihren Eingriffen, wie z. B. in Bremen und Lübeck, in den braunschweigischen Städten, namentlich Helmstädt, in Mühlhausen, Duderstadt, Frankfurt am Main, Esslingen, Augsburg, Weissenburg, Erfurt, Rosswein,

Nürnberg, im Elsass, Baiern, Mecklenburg, in der Lausitz, wo hauptsächlich Görlitz mit ihnen zu schaffen hatte. Und wie sich Joh. Voigt im Vorwort seiner Schrift: die westphälischen Fehmgerichte in Beziehung auf Preussen S. IX. äussert: „vielleicht kann kein anderes Land des damaligen deutschen Reiches einen solchen Kampf und einen so hartnäckigen Widerstreit mit den Gesetzwidrigkeiten, Annassungen und Willkürlichkeiten der heiligen Acht Westphalens aufzeigen, wie ihn der deutsche Orden in Preussen mit jenen Gerichten länger als zehn Jahre hindurch zu bestehen hatte.“

Die Freigrafen behaupteten, dass sie weder in die Acht noch in den Bann gethan werden könnten, weil sie als die Vorsitzter kaiserlicher, von den Päbsten bestätigter Gerichte handelten. Den nach und nach immer zahlreicher werdenden Privilegien gegen die Gerichtsbarkeit der Freigerichte wollten diese eine Wirksamkeit nicht zugestehen, ja selbst die von den Kaisern ertheilten achteten sie nicht, und bestritten das Recht der Kaiser, dergleichen zu verleihen. Selbst die mächtigsten Reichsfürsten konnten sich mehrfach jener Gerichte nicht erwehren, und eine Gerichtsbarkeit der Freigrafen über die Fürsten in peinlichen Sachen war zwar dem Ssp. III. 55. § 1., aber nicht dem Gebrauch des 15. Jahrhunderts entgegen, wie aus Erklärungen des Kaisers und der Fürsten selbst hervorgeht. Wächter a. a. O. S. 199. Im Jahre 1410 wurde der Wild- und Rheingraf vor den Freistuhl zu Nordernau, 1454 der Herzog Wilhelm von Sachsen vor den Freistuhl zu Limburg geladen, und der Kurfürst von der Pfalz hatte 1448 mit Schwierigkeiten zu kämpfen, um sich gegen ein fehmgerechtliches Urtheil zu schützen. Ja im J. 1470 hatten die Freigrafen Dietrich Dietmarstheim, Heinrich Smedt und Hermann Grote die Keckheit, dem Kaiser Friedrich III. selbst nebst seinem Kanzler Bischof Ulrich von Passau einen

Tag zu setzen, wo er vor dem Freistuhle „zwischen den Porten zu dem Wunnenberg“ im Hochstift Paderborn erscheinen sollte, um daselbst bei Strafe, dass er sonst für einen ungehorsamen Kaiser gehalten werden würde, seinen Leib und höchste Ehre zu verantworten. Die Veranlassung dazu war, dass das kaiserliche Kammergericht mehrere Freigrafen und ihren Stuhlherren, den Grafen Walrab zu Waldeck in die Acht erklärt hatte. Der Kaiser blieb natürlich aus, und wurde hierauf in einer zweiten nachdrücklichen Ladung gemahnt, dass seine Ehre und sein Leben daran hingen, wenn er nicht erschiene und seine Sache ausführe, indem das Recht bei Nichtbefolgung des Befehls seinen Fortgang nehmen würde. Eine ähnliche Drohung gegen den Kaiser erlaubte sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts der Freigraf Mangold in Freienhagen, wurde jedoch deshalb in einem uns noch erhaltenen Weisthum scharf zurechtgewiesen. Usener, die Frei- und heiml. Gerichte Westphalens S. 35. 161. Vgl. ausserdem Kopp a. a. O. § 13. 106. 182. Berck a. a. O. S. 402 fg. Usener a. a. O. S. 20 fg.

Im 15. Jahrhundert wurden fast auf allen Reichs- und Fürstentagen Beschwerden über die Missbräuche der Fehmgerichte erhoben, und gewiss war es nicht einer der geringsten, dass in so vielen Fällen über diejenigen Personen, welche man eigentlich als vorgeladen oder als verfehmt anzusehen hätte, die äusserste Unbestimmtheit herrschte. Aus jenen Missbräuchen erklären sich die zahlreichen von den Kaisern ausgehenden Reformationsversuche und Privilegien gegen die Competenz jener Gerichte. In ähnlicher Art schritten aber nach und nach auch sehr viele Landesherren und Städte ein, indem den Unterthanen und städtischen Einwohnern bei schwerer Strafe verboten wurde, gegen einen Angehörigen desselben Landes oder Stadt vor den Fehmgerichten Klage zu erheben, oder sich ohne besondere Erlaubniss zu Freischöffen aufnehmen zu lassen. Und wie

im 14. und 15. Jahrhundert so viele Bündnisse verschiedener öffentlichen Gewalten für gemeinsame Zwecke aller Art, namentlich Handhabung des Rechts und Sicherung des Landfriedens vorkommen, so ist dieses Mittel auch gegen die Uebergriffe der westphälischen Gerichte nicht unbenutzt geblieben. Ein Beispiel solcher Art ist die Vereinigung, welche 1461 zwischen einer ganzen Anzahl von Fürsten, den Pfalzgrafen am Rhein an der Spitze, Herren und Städten des südlichen Deutschlands zum Schutz gegen dergleichen Anmassungen zu Stande kam. Darin heisst es, die in der Verbindung begriffenen Fürsten, Herren und Stadträthe seien darüber einig geworden, mit offenem Aufrufe in allen ihren Landen, Städten und Gebieten ihren sämtlichen Unterthanen bei Strafe an Leib und Gut zu verbieten, dass niemand den andern um keinerlei Sache und in keinerlei Weise vor den westphälischen Gerichten belangen solle, es sei denn: erstens, dass derselbe seine Sache schon vorher an seinen eigenen Obern gebracht und diesen mit glaubwürdiger Kundschaft unterrichtet habe, dass es sich um solche Sachen handle, welche an das Gericht in Westphalen gehörig seien; zweitens, dass er denjenigen, gegen den er einen Anspruch erhebe, schon früher aufgefordert, vor seinem Obern zu Recht zu kommen, den Angesprochenen aber nicht habe zu Recht bringen können, von diesem ihm vielmehr durch Gewalt oder Widerspenstigkeit das Recht verweigert worden sei; und drittens, dass ihm sein Oberer die Erlaubniss ertheilt habe, sein Recht in Westphalen zu suchen. Ausserdem wird bestimmt, dass sich der Obere des Klägers in allen Fällen zuerst an den Oberen des Angeklagten wenden und von demselben begehren solle, dass er dem Kläger, dem Unterthan des ersteren, unverzüglich zu seinem Rechte ver helfe; und erst wenn zwei Monate verflossen seien, ohne dass der Obere des Angeklagten jenem Begehren nachgekommen, solle die Erlaubniss, das Recht in Westphalen zu

suchen, von dem Obern des Klägers ertheilt werden dürfen. Usener a. a. O. S. 22. 133 fg. Hiernach wird in dieser Eini-
gung, und grade diess erscheint von allgemeinerer Wich-
tigkeit, unter gewissen Voraussetzungen eine Gerichtsbar-
keit der westphälischen Gerichte selbst über die Untertha-
nen und Angehörigen der sich hier verbindenden Fürsten,
Herren und Städte immer noch wirklich zugegeben; offen-
bar aber hängt diess mit ihrer Eigenschaft als kaiserliche
Gerichte und mit dem in der goldenen Bulle Cap. 11 auch
hinsichtlich der kurfürstlichen Territorien anerkannten
Grundsätze zusammen, dass im Fall verweigerter Rechts-
pflege eine Berufung an kaiserliche Gerichte jederzeit Platz
greifen dürfe.

§ 11. Trennung Schlesiens von Polen und Verbindung des Landes mit dem deutschen Reiche.

Nach dem Gesagten darf es nun gewiss nicht als auf-
fallend angesehen werden, dass auch Schlesien von Ein-
griffen der westphälischen Fehmgerichte nicht verschont
geblieben ist. Sehr häufig scheinen dieselben jedoch nicht
vorgekommen zu sein, obgleich es freilich leicht möglich
ist, dass vorhanden gewesene Zeugnisse darüber verloren
gegangen sind, oder dass dergleichen bis jetzt noch in Ar-
chiven und Bibliotheken verborgen liegen. Dafür, dass sich
jene Gerichte zu einer Ausübung ihrer Jurisdiction selbst in
einem Lande wie Schlesien für berechtigt halten konnten,
liegt die Erklärung theils in den politischen Verhältnissen,
welche hier seit der luxemburgischen Zeit eingetreten waren,
theils in dem schon frühzeitig überwiegend deutsch gewor-
denen Charakter des Volksthum's daselbst, wodurch ein
sehr lebhafter Rechtsverkehr mit dem übrigen nördlichen
Deutschland, insonderheit mit Magdeburg, hervorgebracht
wurde.

Seit dem Ende des 13. Jahrh. waren die schlesischen Fürstenthümer nach und nach in Lehnsabhängigkeit von der Krone Böhmen gekommen, oder dieser letzteren ganz unmittelbar unterworfen worden. Schon König Johann von Böhmen hatte an der Aufhebung der alten Verbindung Schlesiens mit Polen gearbeitet. Unter Vermittelung des Königs von Ungarn, Karl I., wurde am 24. August 1335 zu Trenczin, einem an der mährischen Grenze in Ungarn gelegenen Städtchen, ein vorläufiger Tractat abgeschlossen, worin Johann gegen eine Summe von 20,000 Groschen den bis dahin von ihm geführten polnischen Königstitel und alle Ansprüche auf dieses Reich fahren liess, Kasimir II. König von Polen dagegen allen Rechten auf denjenigen Theil Schlesiens, welcher damals bereits unter böhmischer Herrschaft stand, entsagte. Die bischöflichen und schweidnitzischen Länder waren daher in dieser Entsagung nicht mitbegriffen. Aber auch diese geriethen kurze Zeit nachher in Abhängigkeit von Böhmen. Denn der Bischof Preczislau von Pogarell erklärte sich mit dem Domcapitel in Breslau zum Vasallen der böhmischen Krone und erhielt dafür den Rang als erster schlesischer Stand und den Titel eines Bundesfürsten von Böhmen. Dadurch wurde die Trennung der bisherigen Verbindung des Bisthums Breslau mit Gnesen veranlasst. Die Herzogthümer Schweidnitz und Jauer aber wurden von ihrem Besitzer Bolko II., nachdem derselbe seinen einzigen Sohn Bolko verloren hatte, Karl IV., welcher sich mit Bolkos, von diesem an Kindesstatt angenommenen Nichte Anna vermählt hatte, unter der Bedingung verschrieben, dieselben nach seinem Tode seiner Gemahlin, der Herzogin Agnes, lebenslänglich zu überlassen. Da sich der Vertrag von Trenczin auf diese Herzogthümer nicht mitbezog, so liess sich Karl von seinem Schwiegersohne, König Ludwig von Ungarn und designirtem König von Polen, 1353 einen besonderen Verzichtbrief ausstellen, worin derselbe allen Rechten auf jene Länder

entsagte. Kasimir bestätigte diese Verzichtleistung 1356, und als Ludwig 1370 König von Polen geworden war, sorgte Karl dafür, dass die Verzichtleistungen von 1335, 1353 und 1356 noch einmal ausdrücklich von ihm bestätigt wurden. K. Ad. Menzel, Geschichte Schlesiens Bd. I. S. 69. 89 fg. 94 fg. Das Streben, die auf solche Art allerdings anerkannten alten Rechte Polens auf Schlesien gänzlich zu beseitigen, hing sehr genau mit dem Wunsche zusammen, das neue Verhältniss, welches unterdessen durch Karl IV. für Schlesien begründet worden war, gegen jede künftige Störung sicher zu stellen. Durch eine feierliche Sanction hatte derselbe nämlich 1355 mit Beistimmung der geistlichen und weltlichen Kurfürsten des deutschen Reiches, Schlesien und die Lausitz der Krone Böhmen auf immer einverleibt und zugeeignet. Menzel, a. a. O. S. 95. Die Acte, welche diese Incorporation festsetzte, steht bei Du Mont, Corps univ. et diplom. Tom. I. P. 2. pag. 302. Hierdurch schien nun Schlesien ebenfalls ein Theil des deutschen Reiches geworden zu sein, und in der That wird es auch in den Reichssteueranlagen von 1431 und einigen folgenden Jahren mit aufgeführt. Dass unter diesen Umständen auch die Fehmgerichte Schlesien wie ein Reichsland betrachteten, kann nicht befremdend erscheinen, und es ist in dieser Hinsicht für gleichgültig zu halten, dass die späteren österreichischen Könige von Böhmen die Verbindung Schlesiens mit dem deutschen Reiche niemals zugegeben und das Land immer als ein von Deutschland getrenntes Erbherzogthum behandelt haben.

§ 12. Wirkliche Eingriffe der westphälischen Fehmgerichte in Schlesien.

Die mir bekannt gewordenen Fälle, wo die genannten Gerichte eine Jurisdiction in Schlesien ausgeübt oder auszuüben versucht haben, sind folgende:

I. Der Herzog Heinrich von Grossglogau hatte nürnberg-ger Kaufleute auf offener Heerstrasse beraubt. Als die Beraubten nirgends Recht erlangen konnten, wandten sie sich an das Fehmgericht. Erst erlässt der Freigraf Lambert Neddendik eine Ermahnung an den Herzog. Darauf erscheint ein Bevollmächtigter des Herzogs, und erklärt, dass dieser sich in der kaiserlichen Kammer zu Dortmund, d. h. vor dem daselbst befindlichen Freistuhle stellen wolle. Als nun Albert Swinde den Herzog nach Dortmund oder Limburg vorladet, dieser jedoch an keinem von beiden Orten erscheint, wird seine Sache als Fehmsache behandelt, und er selbst vor dem Freistuhle zu Limburg in die Acht gethan. So theilt Bernh. Thiersch in der Schrift: der Hauptstuhl des westphälischen Vemgerichts S. 128. Nr. 114. VIII. diese Begebenheit mit, und fügt noch hinzu: „Datum 1439 (?). Es ist ein sehr schlecht geschriebenes Concept, dazu hier und da von Würmern zerfressen. — Ueber dieselbe Sache noch Verhandlungen von 1441. No. 114. (VIII. B.).“ Nach der S. 114 befindlichen Notiz muss sich dieses Concept im Archiv der Stadt Dortmund befinden. Der Herzog, auf den sich die Angabe bezieht, scheint Heinrich X. († 1467) zu sein. Morgenbesser, Gesch. Schlesiens, hinten in der 3. Tabelle.

II. Das Rathsarchiv von Breslau bewahrt eine Urkunde des Kaisers Sigismund von 1436¹⁾, welche sich auf einen Rechtsstreit der Stadt bezieht, worin diese vor den Freistuhl zu Geisike auf der Steinkohle geladen worden war. Dieser letztere wird auch sonst mehrfach genannt, aber den Zusatz „auf der Steinkohle“ habe ich an andern Orten nicht ge-

¹⁾ Die Existenz derselben wird erwähnt in dem handschriftlichen, von Klose verfassten Repertorium über die in dem breslauer Rathsarchiv enthaltenen Urkunden. Eine Abschrift des ebendasselbst im Original befindlichen Repertoriums ist auch in das schlesische Provinzialarchiv übergegangen, und aus dieser hat mir Wattenbach eine Notiz darüber mitgetheilt. Herr Syndikus Anders hat dann die Güte gehabt, die Urkunde in dem Archiv selbst aufzusuchen und sie mir zum Gebrauch zu überlassen.

funden. Kindlinger, Münst. Beitr. 3, S. 721. Steinen, Westphäl. Gesch. IV. S. 1101. I. S. 1890. Die auf Papier geschriebene Urkunde, signirt DD. 9. a., lautet folgendermassen:

Wir Sigmund von gotes gnaden Romischer Keyser zu allenczeiten Merer des Reichs vnd zu Hungern zu Behem Dalmacien Croacien & Kunig, Empieten Nolleken von Mel-dreken Stulherren zu Geysike vnsirn vnd des Reichs lieben getrawen vnser gnade vnd alles gut, liebir getruer Als Wir dich vormols zu czwein malen vor vns geheischen vnd geladen haben von solcher spenne wegen die czwischen dein (sic) vnd Conrad von der lynden vff eyne vnd Burgermeister vnd Rat vnser Stad Breslaw vff die andern seyten sent, das dw gar vorachtet hast vnd vngehorsamlich vnd freuelich vss blebin bist, das vns zumole vbil von dir vordrewst, vnd dich doch mit den egnanten von Breslow gancz gerichtet vnd geeynet hast, das dw furbas in der sach kein gerichte wellest lossen gehen, Als das solche richtunge brieff vnder deynem Ingsiegel gegebin, clerlichen vsweyzet, den wir auch gesehn haben, dem dw doch nicht nackgangen bist, vnd sie dorober aber vor dein freygericht vor Geisike vff der Steynkolen geheischen hast das vns zumole fremde nympt, Nu sent die vorgeannten von Breslow itczund vor vns gewesen vnd haben sich gebeten vor vns zustehn vnd do dir vnd Conrad von der lynden antworten zu Eren vnd Recht vff den nehisten tage noch der heiligen dreier kunige tage Als dw vor vns geheischen bist nach vsweyzunge unsir ladunge dir gesant, dorvff weder dw vnd Conrad von der lynde nicht komen sent noch gesant habt vnd freuelichen vssen blebin das vns fremde nympt nach dem als dw vns gebunden bist gehorsam zuseyn. Vnd wiewol wir schuldig weren den egnanten von Breslow zu richten zu dir vnd zu deynem freyenstule, So habin wir doch von gnaden wegen das Recht zu desem male vffgeslagen, vnd dorumme so laden vnd heischin wir dich

zu dem dritten vnd leczten mol vnd peremptorie, das dw vor vns gestehist zu dem Rechten vnd den egnanten Conraden mit dir brengist den wir auch mit dessem brieffe heischen vnd laden vff den nehisten Montag nach vnsers Herren vffarttage, so wellen wir ewir beider anclage vnd der von Breslow antwort horen vnd beiden teilen eyn volkomen Recht wedirfaren lassen. Vnd gebieten dir ernstlichen vnd vesticlichen mit dessem brieffe das dw mitsampt Conrad von der lynden vff den egnanten tag vor vns gestehist zum Rechten vnd nicht vssen bleibest, vnd tetistu des nicht, so wolden wir doch zu dir vnd zu deynem freienstule richten In mossen als sich das geboren wurde, dornoch wisse dich zu richten. Geben zu Weyssenburg vndir vnserm keiserlichen vffgedruckten Ing-sigel. Am Freitage noch sandte Anthonii tage nach Cristi geburte vierczehenhundert Jar vnd dornoch in dem XXXVI. jare. vnser Reich des Hungerischen ¶ Im XLIX. des Romischen Im XXVI. des Behmischen Im XVI. vnd des Keyser-tums Im dritten Jare.

Ad mandatum domini Imperatoris
Caspar Sligk Miles Cancellarius.

Die Veranlassung des Rechtsstreits ergibt sich aus der Urkunde nicht. Etwas Besonderes scheint aber in diesem Falle darin zu liegen, dass der Nolleke von Meldreken in dreifacher Eigenschaft dabei betheiligt war. Er war erstens Stuhlherr, denn er wird ausdrücklich so genannt; er scheint zweitens auch das Freigrafenamt bei dem Freistuhl zu Gesseke selbst verwaltet zu haben, wozu er natürlich, wenn er den Königsbann empfangen hatte, vollkommen berechtigt war; denn Heischungen, Ladungen an die Angeklagten gingen doch sonst nicht von den Stuhlherren, sondern von den Freigrafen aus, und die Urkunde spricht bestimmt von einer solchen durch ihn an die Stadt Breslau erlassenen Ladung; er war aber drittens auch als Kläger gegen die letztere, und neben ihm war zugleich Conrad von der Linde als Mitkläger

aufgetreten, denn der Kaiser äussert sich dahin, dass er am festgesetzten Termine, den nächsten Montag nach Christi Himmelfahrt, ihrer beider Anklage und die Antwort der Stadt Breslau hören und ihnen beiden ein vollkommenes Recht wolle widerfahren lassen. Aus der Urkunde selbst ergiebt sich dann ferner noch, dass über den Gegenstand des Streits schon vorher Verhandlungen zwischen Nolleke von Meldreken und der Stadt Breslau gepflogen worden waren, und dass sich der erstere gegen die letztere in einem besonderen Einigungsbriefe verpflichtet hatte, er wolle in der Sache weiter kein Gericht mehr ergehen lassen. Trotz dem aber hatte er die Stadt Breslau später vor sein Freigericht zu Geseke geladen; diese aber hatte sich nun bei dem Kaiser beschwert, den erwähnten Einigungsbrief vorgezeigt und sich erboten vor dem Kaiser zu Recht zu stehen und hier den Klägern zu Ehren und Recht Antwort zu geben. Zwei Citationen, welche hierauf von dem Kaiser an Nolleke von Meldreken ergangen waren, dass er sich vor ihm stellen und der rechtlichen Entscheidung hier gewärtig sein solle, wobei ohne Zweifel auch Conrad von der Linde jedesmal mit erscheinen sollte, waren von diesen beiden unbeachtet gelassen worden, und hierauf kam es nun zu dieser dritten peremptorischen Ladung. Ob sie irgend einen Erfolg gehabt hat, wissen wir nicht. Abgesehen von der grossen Schwäche der kaiserlichen Gewalt, welcher so ungestraft der Gehorsam wiederholt verweigert werden konnte, zeigt sich auch hier wieder, mit welcher Schonung die Kaiser gegen die westphälischen Freigerichte zu verfahren pflegten.

III. In einen sehr langwierigen und verdriesslichen Rechtshandel mit den Fehmgerichten wurde die Stadt Breslau gegen Ende des 15. Jahrhunderts verwickelt. Diese ihren Ausgang von Görlitz nehmende Sache findet sich erzählt und durch beigefügte Urkunden erläutert in der Abhandlung des Görlitzer Senator Crudelius: Von dem

Gerichtszwange der westphälischen heimlichen Gerichte, welchen dieselben im 15. Jahrhundert über die Oberlausitz auszuüben gesucht haben, mitgetheilt von (Anton): Diplom. Beitr. zu den Geschichten und zu den teutschen Rechten. 1777. S. 123—176. Hieraus hat Berck a. a. O. S. 383—389 einen Auszug geliefert. Ausserdem aber hat in neuerer Zeit auch der leider so früh verstorbene Secretair der oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften Dr. Neumann in seiner Gesch. von Görlitz S. 209—217 den ganzen sehr merkwürdigen Process ausführlich dargestellt.

Ein gewisser Nickel Weller, Bürger und Einwohner von Görlitz und westphälischer Freischöffe, wurde 1485 wegen verübter, besonders nach damaligen Begriffen höchst strafbarer Zauberei zur Untersuchung gezogen. Er war nämlich angeschuldigt, ein vor der Taufe gestorbenes Kind wieder ausgegraben, aus dessen Armröhre durch Anfüllung derselben mit Wachs von einer Osterkerze und Weihrauch ein Licht bereitet, dieses angezündet und dabei, um sich Glück zu verschaffen, allerlei Gaukelei getrieben zu haben. Da derselbe diese in Gegenwart seiner Frau und Mutter und eines alten Landmannes vorgenommenen Handlungen vor Gericht einräumen musste, so wurde er zum Tode verurtheilt, auf Bitten des damaligen Landvogts Georg von Stein und einiger andern angesehenen Personen jedoch nicht am Leben, sondern nur mit Verweisung aus der Stadt und Einziehung gewisser Güter bestraft. Aus Görlitz begab sich Weller nach Breslau, und suchte durch Fürsprache des Raths daselbst so wie des Bischofs von Waradein und königlichen Kanzlers Johann seine Wiederaufnahme in Görlitz und Zurückgabe seiner Güter zu bewirken. Der Rath von Görlitz rechtfertigte hierauf in einem deshalb erlassenen Schreiben sein Verfahren so gründlich, dass sich der von Breslau und der genannte Bischof des Bittstellers nicht weiter annahmen. Weller wandte sich nun an den höchsten

geistlichen Richter, den Pabst Innocenz VIII., und wirklich kam es zur Ernennung päpstlicher Commissarien, welche die Angelegenheit untersuchen sollten; auch wurde dem Bischof Johann von Breslau die weitere Beförderung der Wellerschen Sache von dem Pabste aufgetragen. Der Rath von Görlitz wies jedoch die Rechtmässigkeit seiner Handlungsweise auch jenen Commissarien gegenüber nach, und in Folge dessen wurde Weller von diesen sowohl als von dem Bischof zu Breslau und dem Landvogt Georg von Stein ab- und zur Ruhe gewiesen. Hierauf wandte sich derselbe an die heimliche Acht, und zwar traf seine Wahl den Freistuhl Brackel bei Dortmund. Die Hauptverklagte war offenbar die Stadt Görlitz; aber auch gegen Breslau scheint die Klage, wie sich aus dem weiteren Verlaufe ergibt, gleich von Anfang an mit gerichtet gewesen zu sein. Der Gegenstand der Beschwerde gegen die letztere Stadt wird nicht deutlich angegeben; vermuthlich aber lautete dieselbe dahin, dass ihm auch von Breslau in irgend einer Art das Recht verweigert worden sei. Es ergingen nun verschiedene Ladungen gegen beide Städte; in Betreff Breslaus ergibt sich diess nur aus dem Schreiben, was die Stadt später an den König Wladislaw sandte; die an Görlitz gerichteten sind dagegen gleich andern in dieser Angelegenheit gewechselten Schriften noch vorhanden, und auch die Fundorte jener Ladungen sind bekannt geblieben. Die eine fand man am 5. Mai 1490 in dem der Stadt Görlitz benachbarten Ludwigsdorf bei Wenzel Emmerichs Vorwerke am Zaune stecken; eine zweite Vorladung erfolgte am 16. August 1490, und diese wurde in der Dreifaltigkeitskirche bei den Stühlen der Mönche auf der Erde gefunden. Die Görlitzer wurden hier durch Georg Hackenberg, den Freigrafen des Freistuhls zu Volmerstein, welcher nach Inhalt der Urkunde an diesem Tage den Freistuhl zu Brackel, dem es eben damals an einem Freigrafen gebrach, auf Befehl der Stuhlherren bekleidet

hatte, auf Dienstag nach der Octave Allerheiligen vor den Freistuhl zu Brackel bei Dortmund gelegen vorgefordert, und damit wurde die Drohung verbunden, dass im Falle ihres Nichterscheinens an diesem letzten höchsten Pflichttage die strenge schwere Sentenz und Vollgericht über ihren Leib, Leben und Ehre gefällt werden müsste. Anton, Diplomat. Beiträge S. 164. Trotz jener ungewöhnlichen Art der Ladung wandte sich der Rath alsbald an den Kurfürsten von Köln und den genannten Freigrafen, und suchte unter Berufung auf die Privilegien der Stadt um Enthebung von diesem Rechtsstande nach. Der Kurfürst versprach in seiner Antwort, dass er sich der Billigkeit gemäss halten wolle, sobald er von dem Freistuhl zu Volmerstein genügenden Aufschluss erhalten haben werde. Von dem Freigrafen aber ging auf das Schreiben des görlitzer Rathes, wiewohl dasselbe noch vor Ablauf der gestellten Frist, am 8. October 1490 abgesendet worden war, keine Antwort ein.

Vermuthlich sind die an Breslau gerichteten Vorladungen ganz gleichzeitig mit denen an Görlitz erfolgt, und für beide Städte auch derselbe Termin zur Beantwortung der Klage festgesetzt worden.

Nachdem jedoch an diesem Tage aus beiden verklagten Städten Niemand erschienen war, wurde am 14. November 1490 ein Urtheil gegen dieselben gesprochen, und dieses interessante Actenstück (bei Anton a. a. O. S. 171) lautet in etwas lesbarere Form gebracht folgendermassen:

„Allen Fürsten, Herren, Grafen, Rittern, Knechten, Amtleuten, Schultheissen, Bürgermeistern, Schöppen, Räthen, Bürgern und Einwohnern des freien Reichs und anderer Städte, sonst insgemein allen christlichen Mannspersonen, wes Standes oder Condition sie seien, thue ich Georg Hackenberg, ein bewährter Richter und gehuldeter Freigraf des heiligen Reichs nach ziemlicher Reverenz und Gruss zu wissen, dass Einer, genannt Nickel Weller, ein echter,

rechter Freischöppe des Reichs zuvor vor mir mit dem heimlichen Freigericht an dem kaiserlichen freien Stuhl zu Brackel bei der Stadt Dortmund gelegen, um etliche strafwürdige Klage, als er die mit Eiden nach Recht bewährt, behalten und bezeugt hat, die sämtlichen Bürgermeister, Rath, Aelteste, Geschworne, Bürger und Einwohner der Städte Breslau und Görlitz, weltliche Mannspersonen über achtzehn Jahre alt, der nicht Freischöppe ist, vorgeladen, und da sie in Verachtung und Verschmähung der freien Gerichte aussengeblieben sind, verklagt, verfolgt, überwunden, und seinen Spruch, Kosten und Schaden auf sie erstanden hat, Alles nach der freien Gerichte Recht, Inhalts etlicher Urteilsbriefe und anderer Processe dem Kläger darüber versiegelt gegeben: Und wenn nun die vorgenannten von Breslau und Görlitz dem kaiserlichen Freigericht und Gebot ungehorsam allezeit geworden, und ihre Ehre und Recht nicht verantworten wollten, hat mich der vorgenannte Kläger angerufen, und gebeten, eine fernere Verfolgung von Gerichtswegen zu geben. So man nun, als das Recht ausweist, allen Verhärteten, Widerspenstigen, welche Ehre und Recht zu pflegen ungehorsam werden, keine Gemeinschaft thun und pflegen soll: hierum gebiete ich Euch sammt und sonders von kaiserlicher Gewalt, von Rechts und meines Amtes wegen mit diesem Briefe, dass Ihr die vorgenannten verhärteten Ungehorsamen von Breslau und Görlitz nicht hausen, herbergen, sichern, geleiten, beschirmen, beschützen, nicht mit ihnen essen, trinken, kaufen, verkaufen, oder sonst einen Wandel irgend einer Art oder Gemeinschaft mit ihnen haben, oder dass eine solche mit ihnen gepflogen werde, gestatten sollt, bis zu der Zeit, wo sie dem heimlichen Gericht um Pönen und Brüche, und dem Kläger um sein erstandenes Recht genug gethan haben, und dass Ihr nicht dagegen thun sollt bei dem höchsten Gebot und dem darauf gesetzten Rechte; es wäre denn Sache, dass sie

inmittelst der Zeit gebührliche Rede vorbrächten, weshalb sie kaiserliche Gebote billig verachten dürften. Widrigensfalls ich oder ein anderer Freigraf, wenn solches mit Klage angebracht würde, über Euch müsste richten, als Freistuhls Recht wäre, was zu schwer kommen möchte. Urkundlich meines Siegels von Gerichts wegen unten aufgedrückt. Datum anno Domini 1490 feria quarta post Martini episcopi.

Wir mit Namen Heinrich Wessenschloer, Hans von Eckelsheim und Johann Ine von Kassel, alle echte rechte Freischöppen, dass diese copia von Wort zu Wort übereinkommt mit dem Hauptbriefe, dessen zum wahren Bekenntniss haben wir unser Siegel unten aufgedrückt.“

Nickel Weller schlug diese Sentenz, von welcher ihm eine beglaubigte Abschrift ertheilt worden war, in Leipzig, wo eben Markt gehalten wurde, öffentlich an; sie wurde jedoch von dort anwesenden görlitzer Bürgern sogleich wieder abgerissen.

Die beiden Städte Breslau und Görlitz berathschlagten hierauf zu Liegnitz über ihre gegen das Verfahren des Freistuhls zu Brackel zu ergreifenden gemeinschaftlichen Massregeln, und vereinigten sich dahin, ihre Handlungsweise in der Wellerschen Sache und ihr Nichterscheinen vor dem Freigericht in einem eigenen Schreiben, und zwar jede Stadt besonders, zu rechtfertigen, dieses aber dann in Breslau, Görlitz, Leipzig und andern Orten öffentlich anschlagen zu lassen. Ausserdem wandten sie sich an den in Prag angesetzten Landtag, beschwerten sich hier über die Anmassungen der Freigerichte in Abwesenheit des Königs Wladislaw bei den böhmischen Ständen, und baten um deren Intercession bei dem Kurfürsten von Köln und Landgrafen zu Hessen. Diese erfolgte zwar, blieb jedoch wirkungslos, und jener Fürst gab sogar die ausweichende Antwort: dass, wofern ihm die Stühle oder Freigerichte, worin den Breslauern und Gör-

litzern Gewalt geschehen, gemeldet worden wären, er sich darein legen würde, sich aber dermalen, da diess nicht geschehen, zu nichts weiter verbindlich machen könnte.

Weller suchte inzwischen das durch die fehmggerichtliche Sentenz erstrittene Recht auf jede Art geltend zu machen, und begab sich nach Hain an der Elbe und andern meissnischen Orten in der Nachbarschaft der Oberlausitz, um die von Breslau und Görlitz nach Leipzig oder anderswohin reisenden Kaufleute mit ihren Waaren aufzuhalten, und sich so zu einem Schadensersatz zu verhelfen. Aber beide Städte wirkten sich bei dem Herzog Georg Schutz und Geleit dagegen aus. Hierauf suchte Weller den Beistand des Herzogs Albrecht nach, welcher den 1. August 1491 aus den Niederlanden in Meissen angekommen war, und wirklich liess sich dieser von dem Landvogt Sigismund von Wartenberg und dem Rath zu Görlitz Bericht über die Weller'sche Angelegenheit erstatten. Nach erhaltener Kunde zog jedoch auch dieser Fürst seine Hand von ihm ab.

Endlich aber ergingen ein Paar kaiserliche Mandate Friedrichs III., von Linz den 11. December 1491 datirt, worin derselbe einer jeden Einwirkung der westphälischen Freigerichte auf die Unterthanen der Krone Böhmen entgegentrat. Die Veranlassung dazu hatte ein deshalb an den Kaiser gerichtetes Gesuch des damaligen Königs Wladislaw von Ungarn und Böhmen gegeben; dieses aber war wieder durch Bitten der Städte Breslau und Görlitz hervorgerufen worden. Von der Stadt Breslau ist es gewiss, dass sich dieselbe, noch ehe die oben mitgetheilte Sentenz vom 14. November 1490 erlassen wurde, um Schutz und Hülfe gegen die willkürlichen Eingriffe der westphälischen Gerichte bei dem König Wladislaw verwendet hatte; aber auch Görlitz hatte vermuthlich schon um dieselbe Zeit den nämlichen Weg eingeschlagen. Den Hergang in Betreff Breslaus erzählt Samuel Benjamin Klose in dem gelehrten

Werke: Von Breslau. Documentirte Geschichte und Beschreibung. III. 2. S. 415, und die von Schottky in der Schles. Zeitung v. 1857 Nr. 73 geäusserte Ansicht, dass sich die dort angeführte Thatsache auf die Betheiligung der Stadt Breslau an dem Wellerschen Rechtshandel beziehe, ist offenbar als ganz begründet anzusehen.

Nach dem Tode des Königs Mathias (4. April 1490) war die Herrschaft über Schlesien an Wladislaw, der bisher schon König in Böhmen gewesen war, übergegangen. Auf ein Schreiben, welches Wladislaw aus Ofen Freitag vor Mariä Geburt 1490, also Anfang Septembers, wegen einer der Stadt zugemutheten Pulverlieferung nach Breslau sandte, erliess der Rath von Breslau einige Tage nachher eine Antwort, worin derselbe dem König mancherlei Anliegen vortrug, und worin es unter Anderem auch heisst:

„Allergnädigster König, es sind auch die obgemelten Rathmanne und alle Einwohner von achtzehn Jahren an, vor die Freien Schöppen und Freigericht in Westphalen geladen, und abermals aufs härteste gefordert bei Penen und Urtheil über Leib, Ehren und Gut. Und solchen Anziehen, als sie denn pflegen, haben sie sich geschützt und am ersten vorgebracht ein Privilegium K. Karl IV. das auch durch K. Siegmund verändert und bekräftigt ist, darin nicht allein sie, sondern auch die löbliche Kron zu Böhmen begnadet sind, und also vorsehen, dass sie billich solches Ueberlasts entladen sein solten; nachdem sich dieselben Schöppen und ihre Vorfahren vormals damit haben abweisen lassen, und Gnüge gehabt in gleichen Sachen. Zum andern haben sie auch vorgezogen die Reformation, die zur Zeit durch die Kurfürsten zu Frankfurt gemacht ist, dass sie niemanden vor ihre Gerichte laden und nöthigen sollen, es sei denn, dass ihm Rechts versagt sei, und so ferner protestirt und die Ding angestellt, am besten sie gewusst haben. Bitten sie auch demüthig, E. K. M. wolle ihnen gnädig darin rathen und

sie schützen, damit sie solcher alter Freiheit nicht beraubt und zu Kost, Mühe und Arbeit gedrungen werden.“

Bei der Abfassung dieses Schreibens war also das oben mitgetheilte Urtheil gegen die Städte Breslau und Görlitz, welches erst am 14. November 1490 erging, noch gar nicht gefällt worden. Dagegen ist die abermalige Ladung, deren darin Erwähnung geschieht, wohl die vom 16. August 1490, vorausgesetzt, wie es allerdings höchst wahrscheinlich ist, dass die Ladung auf Dienstag nach der Octave Allerheiligen an Görlitz und Breslau an demselben Tage erlassen worden war. Mit dem Privilegium Karls IV. ist vermuthlich die goldene Bulle Cap. 8 gemeint; von Kaiser Sigismund aber scheint in Streitigkeiten, welche die Stadt Breslau zu seiner Zeit mit den Fehmgerichten hatte, eine Befreiung derselben von jeder fremden Gerichtsbarkeit noch besonders ausgesprochen worden zu sein; auch deutet die angeführte Stelle selbst auf solche frühere Misshelligkeiten hin. Die zu Frankfurt errichtete Reformation, auf welche der breslauer Rath Bezug nimmt, ist wohl der frankfurter Reichsabschied von 1442 § 13. 14. (die sogen. Reformation Friedrichs III.), worin ausdrücklich bestimmt wird, dass man niemanden vor die heimlichen Gerichte fordern, heischen oder laden solle, als in solchen Sachen, die an sich als Fehmbrüche dahin gehörten, und wo vor dem ordentlichen Richter nicht Schutz und Recht erlangt werden könnte. Vgl. Wächter a. a. O. S. 189.

Das eine der beiden oben erwähnten kaiserlichen Mandate d. d. Linz d. 11. December 1491 findet sich bei Anton a. a. O. S. 173 mitgetheilt, und lautet im Wesentlichen folgendermassen:

„Wir Friedrich von Gottes Gnaden Römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Hungarn, Dalmatien, Croatien etc. König, Herzog zu Oesterreich, zu Steier, zu Kärnthen und zu Crain, Graf zu Tirol, entbieten allen und

jeglichen Churfürsten, Fürsten, geistlichen und weltlichen, Prälaten, Grafen, freien Herrn, Rittern, Knechten, Hauptleuten, Vizthumen, Vögten, Pflegern, Verwesern, Amtleuten, Schultheissen, Bürgermeistern, Richtern, Räthen, Bürgern und Gemeinden, und sonst allen andern unsern und des heiligen Reichs Unterthanen und Getreuen, in was Würden, Standes oder Wesens die seien, so mit diesem unserm kaiserlichen Briefe oder glaublicher Abschrift davon ersucht und ermahnt werden, unsere Gnade und alles Gute — — Uns hat der Durchlauchtigste Fürst Wladislaus, König zu Hungarn und Böhmen, unser lieber Oheim und Churfürst vorgebracht, wiewohl er einem jeden auf gebührliches Erfordern gegen seine Unterthanen Recht und alle Billigkeit förderlich ergehen zu lassen willig und geneigt: so sollen doch darüber, auch wider (die) Freiheit, damit die Krone zu Böhmen deshalb von weiland unsern Vorfahren am Reiche, Römischen Kaisern und Königen löblichen versehen sei, etliche sein, und derselben Krone Unterthanen je zu Zeiten mit Westphälischen Gerichten aus angenommener muthwilliger Klage und um Sachen, die daselbst hin zu recht fertigen nicht gehörig, vorgenommen und zu procediren unterstanden, dadurch sie unbilliger Weise beschädiget und zu Schaden gebracht worden, und Uns darauf mit Fleiss ersucht und gebeten, Ihn und die Seinen hierin zu versehen und wehren um solche Handlungen, die obberührter Massen geschehen, als sich von selbst verstehe, unziemlich wären, und die zu dulden sich nicht gebührte. Demnach empfehlen Wir Euch allen und Eurer jedem besonders von Römischer Kaiserlicher Macht ernstlich mit diesem Briefe gebietend, ob Ihr durch jemand, wer der oder die wäre, jetzo oder hiefür auf solches vermeintes Westphälisches Urtheil, Process und Erfolgung wider des ehegenannten Unseres lieben Oheims Unterthanen obberührter Massen angegangen, um Execution angelanget und ersucht würdet, dass Ihr euch dann

dessen nicht annehmet noch beladet, noch ihnen darin einigerlei Hülfe noch Beistand beweiset, noch deshalb keinerlei Handlung wider sie gestattet. Sondern die Personen, so zu des genannten Unseres lieben Oheims, des Königs zu Hungarn und Böhmen Unterthanen Spruch zu haben vermeinen, zu rechter Fürsten Liebe und (an) die Gerichte, dahin sie gehören, weiset, da einem jeden förderlich Recht ergehen soll; daran thut Ihr unsre wissentliche Meinung. Gegeben zu Linz am elften Tage des Monats December, nach Christi Geburt vierzehnhundert und im ein und neunzigsten, Unseres Kaiserthums im vierzigsten Jahre.“

Das andere kaiserliche Mandat wurde unter demselben Datum an die Freigrafen und Freischöppen zu Brackel bei Dortmund, und sonst an alle andern Freigrafen und Freischöppen in Westphalen erlassen. Den Inhalt dieses kaiserlichen Befehls theilt Klose a. a. O. S. 422, wie es scheint, aus dem Originale mit, welches sich seiner Angabe zufolge damals im breslauer Rathsarchiv befand, und vielleicht auch heute noch dort verborgen liegt, ohne aufgefunden werden zu können. Der Kaiser verbot hier allen genannten Personen, gegen die Unterthanen des Königs Wladislaw in irgend einer Art mit Ladungen und anderen Processen zu handeln, und etwas vorzunehmen, zu richten und zu urtheilen. Denn der König Wladislaw habe ihm, dem Kaiser vorbringen lassen, dass das Königreich Böhmen mit sammt seinen Einwohnern und Zugehörigen durch die römischen Kaiser und Könige von allen äusseren und fremden Gerichten exemirt und gefreiet sei. Wofern also sie, die Freigrafen und Freischöppen, gegen jene Unterthanen des Königs Wladislaw etwas vornehmen, handeln, richten, urtheilen und procediren möchten, so wolle er von römisch kaiserlicher Machtvollkommenheit, dass dasselbe alles und jedes kraftlos, nichtig und untauglich sein solle.

Gegen die Stadt Görlitz haben noch nach Wellers Tode

sein Sohn Wolfgang und sein Eidam Urban Schwerdtner 1502 die von jenem so lange Zeit hindurch verfolgten Ansprüche aufs Neue geltend zu machen und die Wiedergewinnung ihres Vermögens durchzusetzen gesucht. Unter Mitwirkung einflussreicher Gönner, welche sich für die Wellersche Familie verwendeten, scheint es 1512 doch noch zu einem gütlichen Vergleiche gekommen zu sein, von dessen Inhalt aber nichts Näheres bekannt ist.

Aber auch die Stadt Breslau scheint die Wellersche Angelegenheit durch die erwähnten kaiserlichen Mandate noch immer nicht als beendet angesehen zu haben. Bei den in neuester Zeit auf meinen Wunsch vorgenommenen Nachforschungen ist im rathhäuslichen Archiv daselbst eine Urkunde zum Vorschein gekommen,¹⁾ worin die Rathmannen von Breslau noch in den letzten Tagen des J. 1492 einem Magister Johann Behr Vollmacht ertheilen, sie und die ganze Gemeinde bei den westphälischen Freigerichten und namentlich dem Gericht und Stuhl zu Brackel bei Dortmund gelegen in dem Wellerschen Rechtshandel zu vertreten, und falls es nöthig sein sollte, vor dem Freistuhl zu Brackel auch persönlich zu erscheinen. Aus dem Inhalt der Vollmacht scheint es jedoch fast, als ob dieselbe hauptsächlich nur unter Voraussetzung der Eventualität ertheilt worden wäre, dass die Stadt von einzelnen Freistühlen, insonderheit dem zu Brackel, in dieser Sache noch weitere Belästigungen zu erfahren haben sollte. Der Bevollmächtigte aber sollte in solchem Falle unter Vorlegung der der Krone Böhmen und der Stadt Breslau ertheilten Privilegien gegen jede Gerichtsbarkeit der westphälischen Freigerichte über die letztere protestiren, und durchaus nichts einräumen, was ihren Rechten und Frei-

¹⁾ Dieselbe ist von H. Syndikus Anders aufgefunden und mir gütigst zum Gebrauch überlassen worden. Sie ist auf ein Pergamentblatt in fol. geschrieben, und das Siegel der Stadt gleich unter der Schrift aufgedrückt. Im Archiv hat sie die Signatur: E. 24. c. erhalten.

heiten in irgend einer Art zuwider sein könnte. Ob von der Vollmacht noch Gebrauch gemacht worden ist, erfahren wir nicht. Der Wortlaut der Urkunde ist folgender:

Wir Ratmanne der Stat Breslaw bekennen vnd tun kunt öffentlich mit disem briue vor allermenniglich, Das wir gemechtiget vnd gancze volkomene macht gegeben haben wie danne czu recht vnnnd gewonhait yn form vnd weysze billich gescheen sal nichts noch gelossen, Deme Namhaftigen Magistro Johanni Behr desim czaiger vnd deshalb en czu vnsirm Sindico vnd procurator erwelt, mechtigen och vnnnd geben Im hiemit ganteze volkommene macht yn der sachen, besundirn so wir belanget vnnnd angeczogen, als wir vnns erkunden, von etczlichen Westfalischen Gerichten vff ansuchen vnd furbringen eynis genant Wellernickel, yn solchen sachen von wegen vnnnd yn vnserm, desir Stat, Mitburger vnd Samlunge nahmen mechtiglich czutun vnnnd czulassen vnd der Kaiserlichen Majesteten brieff priuilegia begnadungen vnd freyhaiten Vns vnd vnserer Stat yn gemeyn, adir yn sunderhait gegeben vnnnd vorlihen an allen den enden wo sich geburn adir notdurfft sich erfordern, vorczubringen derselben howbtbriue gloubhafftig Vidimus adir Transsumpt, czubitten vnd czunemen, Och dieselben adir solche Transsumpt czuvbirantworten czurequiriren, czuoffenbarn vnd Insinuiren, czubeczewgen doby vnd czuprotestiren. Vnd allis das czuthun nichts awsgenomen dassich czu solchir sache beqweme nutcz vnd furdirlich irzeigen gesehen wirt, Och ap not seyn an eynichirley ortern vor Gerichten adir auswenig derselben vnnnd besundirn vor dem Westfalischenn Gericht vnd Stul czu Brackel bey Dorthmunde gelegen von Vnsirn wegen czuerscheynen, doselbst der keyserlichen Majesteten brieff vnnnd der lobelichen Cronn czu Behmen vnd Vnns gegebene vnnnd Vorlihene priuilegia vorczubringen Zuvbirantworten, Die bitten vnd begern vffczunehmen czurequiriren doselbst ouch vnd protestiren vnd allis das

sust zutun dasto not sein, Och ap eynicherley solche sache sich irgeben würd dy sunderlichen gewalt vnd macht irfordern welde dann hirynne ausgedruckt vnd erczaigt wirt, Ydach also das yn solche Gerichte allenthalben nichts hoher bewilligt werd nochgelossen vnd vorbracht, denn vff form vnd weise eynir excusacion vnd abslahunge solchir obgedochten vormeynten Gerichte ynnhalt vnserer priuilegia, dorezu wir Im yn der mosse macht vnd gewald geben vnnd nicht furder noch yn keiner andern weysze, Ap och wes eynichirley anders vorgenommen adir geschege besundern vnsirn freyheiten vnd priuilegien entkegen, Wollen wir mit desir vnnsir macht vn begriffen sein, Vnnd des czu Orkund haben Wir vnnsir Stat Inngesigel an disen brieff drucken lossenn. Geben am ffreitage nach der Geburt Cristi vnsirs herrnn, ym Czweyvvnnde Neunczigsten Jar der wenigerz czal.

Die letzten Worte: der wenigerz czal, sind nur ein übrigens bedeutungsloser Zusatz, womit in der Datirung die Zehner im Gegensatz des oft und so denn auch hier ganz weggelassenen Jahrhunderts bezeichnet werden.

IV. Das oben erwähnte an alle Freigrafen und Freischöppen in Westphalen gerichtete Verbot Friedrichs III., sich irgend eine Gerichtsbarkeit gegen die Unterthanen des Königs Wladislaw anzumassen, hat keinesweges die beabsichtigte Wirkung gehabt, wie die folgende Darstellung ergeben wird.

Die königliche Universitätsbibliothek in Breslau hat vor einiger Zeit eine Handschrift von einem Privatmanne käuflich erworben, in welcher sehr verschiedenartige Quellen des deutschen Rechts zusammengetragen sind, und welche jetzt als „Sächsisches Lehnrecht II. Fol. 8 a“ daselbst bezeichnet ist. Der ziemlich starke Codex in Fol., auf Papier geschrieben, ist seinen meisten Bestandtheilen nach offenbar im 15. Jahrhundert angefertigt, aber die jüngsten und letzten Stücke sind erst am Anfange des 16. Jahrhunderts

beigefügt worden. Das Hauptstück des Ganzen ist das sächsische Lehnrecht mit der längeren Glosse; an dieses aber schliessen sich mancherlei stadtrechtliche Quellen, zum Theil polizeilichen Inhalts an, wie eine Hochzeitordnung von Breslau, ferner eine beträchtliche Anzahl magdeburgischer Schöffennurtheile, von denen sehr viele ungedruckt sind, und Urkunden über verschiedene Gegenstände. Mitten unter diesen Documenten hat nun auch ein fehmggerichtliches Urtheil Platz gefunden, welches der Freigraf Jacob mit den Hunden 1496 gegen einige Einwohner von Schlesien ergehen liess. Dasselbe lautet, von der höchst uncorrecten Fassung, worin es in der Handschrift erscheint, befreit, folgendermassen:¹⁾

¹⁾ Der Vollständigkeit wegen theile ich es hier auch in derjenigen Form mit, die es in der Handschrift an sich trägt.

Ich Jacob mit den Hundenn Ein geordenter Richter vnd ein gewirdiger ffreygreffe des Heyligen Romisschen Reichis der koniglichen dingstat zcu der breyttenn Eychenn gelegenn, Eyner der ffreyen gref-finschafft von Hundenn. Des gewirdiget von dem Hochgebornen ffürsten in got vattir vnnnd Herrn Herrn Hermans von gottis genodenn Ertzbischoff tzu Kölenn, vnnnd Hertzog vnd ffürste zcu Westvalenn, Erczt-Kanzler des Heyligenn Romisschen Reichis In Italienn, Landtgroffenn zcu Hessenn etc. Meynes genedigen Herren des edeln vnnnd Wolgebornen Herren Johan groffe tzu Nassaw tzu Viandenn vnnnd tzu Tietz vnnnd meyn Stuelherren gemeyniglich Thuen Kundt vnnnd bekennen offinbar vor dem Hochmechtigisten Durchlauchtigisten ffürsten vnnnd Herren vnnnd König Maximiliano altzeyt mehrer des Heyligen Romisschen Reichis König tzu Vngern Dalmacien Croacien Hertzog In Osterreich zcu Styre tzu Kärnten vnd Krayn, Hertzog vnd groffe tzu Tyrol etc. meynen allir-gnedigistenn liebenn Herren, vnd fort allir seyner Ko. Mt. vnd des Heyligen reichis liebenn getrawen Kurfürsten, ffürsten vnd Herren Ertzbischoffen, Bischoffenn vnd Hertzogenn vnd Groffenn, Marggrauen Burggrauen Grauen Bannerherren Rittern Amachtmannen, Heuptmannen, Foigthen Schulthissen Richtern vnd allen gewirdigten ffreygroffen vnd allenn echten Rechtenn freyscheppenn des Heyligen Heymlichen freyen gerichtes. Allen Ersamen Reichstetenn Andern Steten vnd fort allenn frohmen lewten die diesen meynen brieff Innehalt vornehmen, Sehen lezin offte horenn lezin, Eyn itzlicher Nach seynen gebore Meynen wil-ligen ffruntlichen dinst grus vnd alles gut Bethennde vnnnd begerende

„Ich Jacob mit den Hunden, ein geordneter Richter und ein gewürdigter Freigraf des heiligen Römischen Reiches, der königlichen Dingstatt zu der breiten Eiche gele-

demutigklich vnnnd dinstlich vnd gutlich tzuwissenn, vnnnd Thuen Kund eynen itzlichen Nach seynen Stande vnnnd gebore. Das ich von Swerer clage wegen des erbaren Cristoffel bidermann von Bresslaw Eynn Echte recht ffrey Scheppenn des Heyligen ffreyen gerichts vnnnd ein Anwaldt seyner mit erbenn Ztu gebörlicher tzeytt vnnnd gerichts rechte forderunge an dem vorgeschribenn ffreyenn Stul geheysschenn vnd geladenn hat, Nach Innehalt seyner Citationn, vnd vorkundisz briffe mit namen die Strengen Herren, Johann Polagk von Kaymekaw Ritter vnd ein Heupmann der Ko. Mt. ztu Polin, vnd den festenn Ernst Zchammer. vnnnd die ersamen Burgirmeyster der Stat Grossennglogaw, grosser Gewalt halben Sie an seynen Swcherrn gelegt haben vnnnd von dem lebin tzu dem tode brocht habenn, Sunder alle scheppin Orteyll, Auch Im das seyne wedir got vnd ehre vnnnd vnnnerlangit allis rechten genomen hann vnnnd Im auch Ztugesagit beystand tzu thuen, Alles abegetretenn seyennde vnd nicht gehalldenn, vnnnd En ein solchen Notin gelossin. Dor Inne sie iren Erenn vnd gelübden missefallig wordin seyn Auch sich an das heylig frey gerichte nicht vorantwort vnnnd vorachtet, vnnnd der vorgenannte cleger Hot vor mir ffreygroffenn obingemelt ein gerichte erlangit, mir vnnnd eynem itzlichen gewirdigten ffreygroffenn Ober die vorclagittenn tzu richten geböre. vnd mit Orteyl vnnnd rechte uff sie erworren worgemacht bewert Als freystulis Recht ist Erczawget Innehalt noch seyner Clage uff den Schadenn Nemlich Newnhundert Vngr. guldenn von ufgeende Koste Zcerunge Hindernisse vnnnd Schadenn bisz uff dise tzeyt gelich ist Sunder die Heuptsachenn beweist vnnnd behallden nach freyen Stules rechte. Doruff ist dem Egemeltenn Christoffell dem Cleger ein gerichte vor mittelst die ffreyenn vnnnd freyenn Scheppenn mit Ortell vnd Rechte erkant. Das Im nw weytter seyner Erwonnener Beberten worgemachten behaldin vnd beweysten sachen nymant mit eynigerley rechte entgeen. Ader moge niderlegenn wedirsprechenn mit geistlichem ader weltlichenn Rechte, vnnnd mit Ortel vnnnd rechte erworren hat, So das her mag die Egenanten beclagittenn, vnnnd alle die Ihenenn, die diser sachen tzu thuende habenn Ir leip vnnnd gut mag nehmenn, mit komer ader ane komer, In holtze in felde, In alle des heyligen Reichis Strossenn, vff wassir lande sande vnd forst, In gerichtten ader awszwendig In allen Reichstetin Andern Stetin Dorffern Mergkten flectenn Nichts awszgescheydenn, geweldiglich tzu füren. Ab ym das mit (nutz?) seyn worde halden sulch ir leyb vnnnd gut bisz So lange em vmb seyne erwonnene bewerte sache genug gescheen sey. Wedir all sulche keyserlichen koniglichen kommer Alsdenn keyne preuilegien Statuten ffreyheyttynne ader geleytte, wie die gegebenn seint Ader gegeben mogen wer-

gen, innerhalb der freien Grafschaft von Hunden, dessen gewürdiget von dem Hochgebornen Fürsten in Gott Vater und Herrn, Herrn Herrmann von Gottes Gnaden Erzbischof

denn die Ensullen ouch keynen eyntzag Noch widerstant thuen Sunder allentmenniglich tzu disem keyserlichen vnnnd koniglichen komer geheyschenn Ader entwandt werdenn. die sint pflichtig dortzu gunne hüllffe beystand rot vnd thot tzu thueen. vnd die genen dem Cleger ader seynen Anweldern widerstand Intrag tetenn vnd ermant hüllffe awszgingen. vff die ist mit Ortel vnnnd Rechte erkant, Das sie so hoch vnd vollkomen erworren vnd erlanget sint als die vorlagitten vnnnd Er mit bewanten vnd alle Iren erbenn Vnnnd ist mit Rechte irkant, wehme diser Cleger disze briff vnnnd Sachin gebende bewelende vnd vfflüssen worde, So gantz volle macht vnd Crapft habin sall In allir mosse Als der selbige briff dem Cleger uff die beclagitten egenant erworren vnnnd erstandenn ist vnnnd wer ouch disen briff von des Clegers wegen Innehot vnd vorbrengit, dem sint alle dy rechte vorbealdenn So weyt das orteils briff awszdrücket gleich als dem Cleger dorynne mit nahmen bestymmet ist. alle die puncten vnd Artigkel Seint vor mir ffreygroffenn Jacob mit den Hunden In dem vorgeschribnen freyenn stuhle In gerichte mit gefrogtemm vnnnd geweistem Ortell vnnnd recht Noch ennander Erworren Erstanden tzu gelossenn mit sweigend volwort der vmbstender vnd des freyen gerichts vnd ich freygroffe mein geborlich Orkund doruff empfangen han Noch freyen stules rechte Szo recht ist. Hirumbe so bitte ich Jacob mit den Hunden ffreygroffe obgemelt von keyserlicher vnd königlicher gewalt vnnnd von macht wegen meynes gerichts amichtis des heyligen Romischen Allen Kurfurstenn Fürstenn Herren Rittern Knechten Allen Reichstetin Andern Stetin Allenn Richtern die diesen brieff ader worenn Copien horent lezenn, vnd tzu disem keyserlichen komer ermanet vnnnd geheischen werden. Das sy dem Kleger mit allem keynen widerstant noch Intrag thuen geistlich noch werntlich Sunder Im dortzu gunne hüllffe vnd roth thuen Im das nicht tzu wegern Als ir von rechte pflichtig seytt, vnd warnemen das die ffreyen scheppen sint bey denn Eydenn vnd globdenn die sie dem heyligenn recht gethon hann. vnd die genen die nicht freyscheppenn seint bey der Sweren pene funftzigk pfund feynes goldes koniglicher busse tzuuermeyden. Disz allis nicht andirs tzu haldenn So lange das die erwonne vorlagitten woren blick vnd scheyn ertzeygen, das sie von diser komer Sentencia mit wissenn vnnnd willenn des Clegers geabsoluiet vnd quitiret seyn Noch freyenstules rechte. Alle die Ihenen die widertetenn vnd vngehorsam wordenn mir ader cynem andern ffreygroffen vormeldet wordenn, Müsste dorumbe fordern vnd uff sie procediren. Als sich noch freyenstuhls rechte geborte. Hie bey abir vnd an sint gewest Die Erbaren Johannes Ehorn von tzingelsungen, Hans dorsz von bracht, Grunwalt von Hunden, Heylinna von

zu Köln und Herzog und Fürst zu Westphalen, Erzkanzler des heiligen Römischen Reiches in Italien, Landgraf zu Hessen u. s. w., meinem gnädigen Herrn, dem edlen und wohlgebornen Herrn Johann, Graf zu Nassau, zu Vianden und zu Dietz und meinem Stuhlherrn gemeiniglich, thue kund und bekenne offenbar vor dem hochmächtigsten, durchlauchtigsten Fürsten und Herrn und König Maximilian, allzeit Mehrer des heiligen Römischen Reiches, König zu Ungarn, Dalmacien, Croacien, Herzog in Oesterreich, zu Steyer, zu Kärnthen und Krain, Herzog und Graf zu Tyrol u. s. w. meinem allergnädigsten lieben Herrn, und weiter allen Seiner Kön. Majestät und des heiligen Reiches lieben getreuen Kurfürsten, Fürsten und Herren, Erzbischöfen, Bischöfen und Herzögen und Grafen, Markgrafen, Burggrafen, Grafen, Bannerherrn, Rittern, Amtmännern, Hauptmännern, Vögten, Schultheissen, Richtern und allen gewürdigten Freigrafen und allen echten rechten Freischöppen des heiligen heimlichen freien Gerichts; allen ehrsamten Reichsstädten, andern Städten und weiter allen frommen Leuten, die dieses meines Briefes Inhalt vernehmen, sehen, lesen oder hören lesen, einem jeglichen nach seiner Gebühr, meinen willigen freundlichen Dienst, Gruss und alles Gute bittend und begehrend demüthiglich und dienstlich und gütlich zu wissen, und thue kund einem jeglichen nach seinem Stande und Gebühr: Dass ich von schwerer Klage wegen des ehrbaren Christophel Bidermann von Breslau, eines echten rechten Freischöppen des heiligen freien Gerichts und eines Anwalts

Sewert, Herr Henpmann von merckebuchhussenn, Gothart paris, Meyster Johan vonn wenzfeller, vnd noch vil mer frohmer lute, vnd das tzu woren erkenthniss der worheit han ich Jacob mit den Hunden obingemelt, meynes gerichtes Ingesiegel vunden An disen briff gehangen, von geheyssche des gerichtes Ich mich des bekenne, Gebenn am dornstage Nach Sinte Paulus tage conuersionis Im Jore vnsers Herren Christi geburdt M CCCC L XXXX VI.

seiner Miterben, zu gebührlicher Zeit und Gerichts rechter Forderung an den vorgeschriebenen freien Stuhl geheischet und geladen hatte, nach Inhalt seiner Citacion und Verkündigungsbriefe mit Namen die strengen Herrn, Johann Polagk von Kaymekaw, Ritter und ein Hauptmann der Königlichen Majestät zu Polen, und den festen Ernst Zhammer, und die ehrsamten Bürgermeister der Stadt Gross-Glogau, grosser Gewalt halber, (so) sie an seinem Schwager (sweherrn) gelegt haben und von dem Leben zu dem Tode gebracht haben, sonder alle Schöppenurtheile, auch ihm das Seine wider Gott und Ehre und unerlanget alles Rechts genommen haben, und ihm auch zugesaget Beistand zu thun, Alles abgetretend seiend und nicht gehalten, und ihn in solchen Nöthen gelassen, darin sie ihren Ehren und Gelübden missfällig geworden sind, auch sich an dem heiligen freien Gerichte nicht verantwortet und verachtet. Und der vorgenannte Kläger hat vor mir Freigrafen obengemeldet ein Gericht erlangt, mir und einem jeglichen gewürdigten Freigrafen über die Verklagten zu richten gebühre, und mit Urtheil und Recht auf sie gewonnen, wahrgemacht, bewährt, als Freistuhls Recht ist, erzeuget nach Inhalt seiner Klage auf den Schaden, nämlich neunhundert ungrischen Gulden von aufgehenden Kosten, Zehrung, Hinderniss bis auf diese Zeit gleich ist, sonder die Hauptsache, bewiesen und behalten nach freien Stuhles Rechte. Darauf ist dem ehegemeldeten Christophel, dem Kläger, ein Gericht vermittelt der freien und freien Schöppen mit Urtheil und Recht erkannt: dass ihm nun weiter seiner gewonnenen, bewährten, wahrgemachten, behaltenen und bewiesenen Sache niemand mit einigerlei Recht entgehen, oder möge niederlegen, widersprechen mit geistlichem oder weltlichem Recht; und mit Urtheil und Recht gewonnen hat, so dass er mag den ehegenannten Beklagten und allen denjenigen, die dieser Sache zu thun haben, ihren Leib und Gut (mag) nehmen, mit Kum-

mer oder ohne Kummer, in Holz, in Feld, in allen des heiligen Reiches Strassen, auf Wasser, Land, Sand und Forst, in Gerichten oder auswendig, in allen Reichsstädten, andern Städten, Dörfern, Märkten, Flecken, nichts ausgeschieden, gewaltiglich zu führen; ob ihm das nützlich sein würde, halten solchen ihren Leib und Gut bis so lange ihm um seine gewonnene, bewährte Sache genug geschehen sei. Wider allen solchen kaiserlichen königlichen Kummer alsdann keine Privilegien, Statuten, Freiheiten oder Geleite, wie die gegeben seien oder gegeben mögen werden, die sollen auch keinen Eintrag noch Widerstand thun, sondern allermänniglich, (die) zu diesem kaiserlichen oder königlichen Kummer geheischet oder entwandt werden, die sind pflichtig, dazu Gunst, Hülfe, Beistand, Rath und That zu thun, und diejenigen die dem Kläger oder seinen Anwälten Widerstand, Eintrag thäten und ermahnter Hülfe ausgingen, auf die ist mit Urtheil und Recht erkannt, dass sie so hoch und vollkommen erworben (überwunden) und erlangt sind als die Beklagten und ihre Mitverwandten und alle ihre Erben. Und ist mit Recht erkannt, wem dieser Kläger diesen Brief und Sache geben, befehlen und auflassen würde, so ganz volle Macht und Kraft haben soll in aller Maasse, als derselbe Brief dem Kläger auf die Beklagten ehegenannt erworben und erstanden ist, und wer auch diesen Brief von des Klägers wegen inne hat und vorbringt, dem sind alle die Rechte vorbehalten, so weit das der Urtheilsbrief ausdrückt, gleich als dem Kläger darin mit Namen bestimmt ist. Alle die Puncte und Artikel sind vor mir Freigrafen Jacob mit den Hunden in dem vorgeschriebenen freien Stuhle im Gericht mit gefragtem und gewiesenem Urtheil und Recht nach einander gewonnen, erstanden, zugelassen mit schweigendem Vollwort der Umstände und des freien Gerichts, und ich Freigraf meine gebührliche Urkunde darauf empfangen habe nach freien Stuhles Recht, so recht ist. Hierum so

bitte ich Jacob mit den Hunden Freigraf obgemeldet von kaiserlicher und königlicher Gewalt und von Macht wegen meines Gerichtsamtes des heiligen Römischen (Reichs) alle Kurfürsten, Fürsten, Herrn, Ritter, Knechte, alle Reichsstädte, andere Städte, alle Richter, die diesen Brief oder wahre Copie hören lesen, und zu diesem kaiserlichen Kummer ermahnt und geheischt werden, dass sie dem Kläger mit Allem keinen Widerstand noch Eintrag thun, (weder) geistlich noch weltlich, sondern ihm dazu Gunst, Hülfe und Rath thun, ihm das nicht zu weigern, als ihr von Recht pflichtig seid, und wahrnehmen das, (diejenigen) die freie Schöppen sind, bei den Eiden und Gelübden, die sie dem heiligen Recht gethan haben, und diejenigen die nicht Freischöppen sind, bei der schweren Pön von funfzig Pfund feines Goldes königlicher Busse zu vermeiden; dieses Alles nicht anders zu halten, so lange bis dass die überwundenen Beklagten wahren Blick und Schein erzeugen, dass sie von dieser Kummer Sentencia mit Wissen und Willen des Klägers absolvirt und quittirt sind nach Freistuhls Recht. Alle diejenigen, die widerthäten und ungehorsam (würden) mir oder einem andern Freigrafen gemeldet würden, müsste (ich) darum fordern und auf sie procediren, als sich nach Freistuhls Recht gebührte. Hierbei aber und an sind gewesen die ehrbaren Johannes Ehorn von Tzingelsungen, Hans Dorss von Bracht, Grunwalt von Hunden, Heylinna von Sewert, Herr Hauptmann von Merckebuchhussen, Gothart Paris, Meister Johann von Wenzfeller, und noch viel mehr fromme Leute, und dessen zur wahren Erkenntniss der Wahrheit habe ich Jacob mit den Hunden obgemeldet meines Gerichtes Insiegel unten an diesen Brief gehangen, von Geheisch des Gerichtes ich mich dazu bekenne. Gegeben am Donnerstage nach Sanct Paulus Tage conversionis, im Jahre unseres Herrn Christi Geburt MCCCCLXXXV¹⁰.“

An dieses Urtheil knüpfen sich nun einige zur Erläuterung desselben dienende Bemerkungen.

Der Kläger, der nicht bloss für sich selbst, sondern auch als Anwalt seiner Miterben auftritt, wird ausdrücklich als ein echter rechter Freischöppe des heiligen freien Gerichts bezeichnet, und diese Angabe ist insofern immer interessant, als sie jeden Zweifel darüber, ob sich deren überhaupt auch in diesen östlichen Gegenden befunden haben, beseitiget. Biedermann ist übrigens wahrscheinlich der wirkliche Zuname desselben, und die Vermuthung liegt sehr nahe, dass man es hier mit derselben Person zu thun hat, von welcher in der durch Stenzel herausgegebenen Fortsetzung des Kloschen'schen Werkes die Rede ist. Script. rer. Siles. Bd. 3. S. 70. „Christoph Bedirmann, heisst es daselbst, musste im Gefängniss sitzen und sollte auf zehn Jahr die Stadt räumen, darum, dass ihm ein Ehemann verboten hatte, mit seinem Weibe nichts zu schaffen zu haben und in sein Haus nicht zu gehen; das er nicht gehalten, sondern in Abwesenheit desselben in sein Haus bei Nacht gegangen, und eine Nacht bei seinem Weibe geblieben. Dadurch der gute Mann, sein Weib und ihre Freunde zu Schanden und Schmach kommen sein; und derselbe Bedirman vormals dergleichen mehr gethan, desselben ihm ein ander Recht sollte widerfahren sein, das ihm zu Gnaden, um seiner frommen Eltern willen in die obberührte Busse gesetzt ist. Aber auch die Stadtverweisung wurde ihm auf Fürbitte des Bischofs Johann von Waradein erlassen.“ Dabei mag es auffallend erscheinen, dass sich dieser letztere auch hier wieder, wie in dem Wellerschen Rechtshandel, eines Verurtheilten annimmt. Was die Beklagten anbetrifft, so entspricht Zchammer wohl dem Namen Tschammer, welchen eine seit Alters namentlich in der Gegend von Grossglogau begüterte adelige Familie noch heute führt. Ueber die Thatsache, welche den

Anlass zur Klage gegeben hatte, habe ich bis jetzt nirgends eine genauere Auskunft finden können.

Der Freigraf Jacob mit den Hunden ist eine auch sonst wohl bekannte Persönlichkeit, und wird in Urkunden aus dem Ende des 15. Jahrhunderts als Freigraf des Freistuhls zu der breiten Eiche (to Bredenek) öfters erwähnt. Vgl. Harpprecht, Staatsarchiv des Cammerger. Th. III. S. 116. 118. K. Ph. Kopp, Verfassung der heiml. Gerichte S. 157. § 141. Usener, die Frei- und heimlichen Gerichte Westphalens S. 19. 50. 176. 178. Die Dingstatt an der breiten Eiche lag in der Freigrafschaft Hundemen, an den Grenzen der Kölnischen Diöces und der Grafschaft Nassau. Kopp a. a. O. S. 156. 157. § 139. 140. Als seinen Stuhlherrn aber nennt der Freigraf den Grafen Johann zu Nassau, zu Vianden und zu Dietz, und hierbei mag bemerkt werden, dass die im Luxemburgischen gelegene Grafschaft Vianden, franz. Vienne, nachdem die eigenen Grafen derselben 1335 mit Gottfried III. ausgestorben waren, durch dessen Tochter Adelheid, welche sich mit Otto, Grafen von Nassau vermählte, an dieses Haus gelangt war.

Die Beklagten waren, wie diess grade bei den westphälischen Fehmgerichten ein sehr oft wiederkehrender Fall gewesen ist, auch hier nicht erschienen, und demnach wurde nun das obige Urtheil erlassen. Beachtenswerth erscheint in demselben besonders der Gebrauch des Wortes Kummer, was in der älteren Sprache so viel als Festnehmung, Festhaltung, Haft, Beschlagnahme bedeutet. Schmeller, Bayer. Wörterbuch Th. 2. S. 299. Hieraus erklärt sich der Sinn der Worte, dass der Kläger berechtigt sein solle, den Beklagten Leib und Gut, mit Kummer und ohne Kummer zu nehmen. Eine von dem Kläger etwa bewirkte Festnehmung der Beklagten wird dann, da dieselbe durch dieses Erkenntniss gerechtfertigt erschien, selbst als kaiserlicher und königlicher Kummer bezeichnet, und mit Rücksicht auf jenen In-

halt nennt sich das Urtheil auch eine Kummersentencia. Ob und was für Folgen dasselbe jedoch gehabt habe, darüber hat sich durchaus nichts ermitteln lassen.

Andere einzelne Fälle einer von westphälischen Fehmgerichten ausgeübten oder wenigstens in Anspruch genommenen Gerichtsbarkeit über Schlesien sind mir bis jetzt nicht bekannt geworden.

A n h a n g.

Beschreibung des in Braunschweig in alten Zeiten üblich gewesenen Fehmgerichts.

Mitgetheilt aus Rehtmeier, Braunschweig-Lüneburgische Chronica Th. I. S. 626, wo sich bemerkt findet, dass diese Schilderung „ex libro judicii in arch. Sen. Brunsvic. lit. A. n. 2.“ entlehnt sei.

(Vgl. oben S. 3. Note.)

Wo men des vemedinges scal beginnen.

1. Wanne de heren, de in dem rade sint, willen ein vemeding leggen, des mach men aldüs beginnen.

2. Des rades meystere twene, de nemen to sick cyne ofte twene mann, de namhaftegesten und wisesten, de dar sin, unde bespreken sik undereinander, wo on dunke, ofte des richters nod si, van daghe weghene des ghemeynen volkes umme duye, eder dat also vele begrepen weren, eder vorsepyet weren, dat men to bylke leggen moste.

3. Nu is dat wol waulik, dat desser herren dre ofte vere dat ok bringen mosten ju der oversten enen eder twene ute dem Hagen, ute der Nyenstad, unde ute den andern Wichelden, unde undersetten dat mit on, dat it hemelik bleve.

4. Desse dre herren ofte vere, de moten komen to middernacht up den kerkhof sunte Martenes, unde beboden de anderen ute deme rade, dat se tosamene komen.

5. So mot men allererst besetten unde bewaren der sta d dor, alle porten, alle winkele unde stedde, de uppe vrye gan, de brüggen unde scepe, beneden unde boven der stad.

6. Darna deyt men deme vemescrivere witlik, dat he sine ammetes warneme mit dem scrivene, darna dem (den) vemenoten, dat se tosamene bringen, wat on witlik si, unde wat on noch witlik werde. Mach man de tyd hebben, so moghen se den scrivere wes berichten van stad an, is des nicht, so moten se wachten want uppe den vemegraven.

7. Darna alse to dach is, so sendet men de burmestere unne in de wicbelde, unde kundeget den luden, jowelkeme werde van deme hus: de rad ofte de herren willen ein vemeding leggen, se scullen komen uppe den market, wante men de klokken lude, unde nemen des ware.

8. Wante men de groten klokken lud, so sammenet sik de herren, so lud men ok drye to storme, so gad de herren unde dat volk tomale ute sunte Peters dore uppe den vemegraven, so blift de rad uppe deme vornesten bleke, sunte Peters dore negest, unde dat volk geyt to male uppe dat andere del, den graven langes hen, so ropet de bödele to dem volke: gy herren gad in de achte. De ute der olden stad, ute der nyen, ute dem Hagen, Oldenwick unde Sacke, dat se sik bespreken. Wat malkeine wicbelde van duye witlik si, dat bringet se an den vemenoten.

9. De vemenoten bringet dat an den scrivere, de scal sitten uppe den sülven bleke, dar de rad sit, to der vordern halfe, nicht alto nah, wante de dinge berichtet sint, so geyt de scrivere mit der taflen, dar de ghemene rad sit, middene in den creys sitten unde vraghet de herren, oft se dat horen willen, dat he ghescreven hebbe. Dat scullen de herren den scrivere berichten, vnde scullen dat lutteren, wat se vor dat rathe bringen sculle, unde wat underweghene laten sculle. Wat beneden veere scillinge is, dat trid in de veme nicht.

10. Alse dat ghelutteret is, so maket sik de scrivere hen vor dat richte.

11. Unter den dingen scal de vemegreve ein ding hegen, unde setten sik vor middes uppe den graven, dar he hogest is, unde keren sik tygen der stadmuren, dat one alle dat volk seen moghe. Darbi scullen wesen herren ute dem rade, de scal de rad darto senden, unde scullen wesen de voghede unde de vemenoten, oft se willen.

12. Beneden scal wesen dat hilgen scrin unde de vorespreke, de den luden de ede stevene. Alle worde mit uplegene, mit aflegene, scal men holden alle vor deme voghede. De richtere vraghet ok ordele umme alle sake wene he wil.

13. So sprikt de scrivere: herre herr richtere, scal me laden de vromen lude, den ore gut vorstolen is? he antwortet, wat he wil.

14. De scrivere sprekent erst to dem bodele ute der oldenstad. Rāp aldus N. N. gad here vor dat richte, antwortet, des men gik vraghe. Wet de richtere mer personen, noch ene ofte twe, de rapt men ok.

15. Wanne de vrome mann kumpt, so vraghet de richtere, ofte de darbi sitten: Wete gi, we gik juwe gud vorstolen heft? sprikt he, nen: des mot he sik entledegene mit sineme ede to de hilgen. De vorespreke biddet ome der achte, he let one upleggen, unde sprikt also: dat gi des

deves, de gik inwe gud verstolen heft nicht bekennen, unde nicht en weten van siner utvard noch van siner invard, oft ed ju to wetene worde, dat gi one deme rade melden wollen. Dat gik god also helpe unde de hilgen.

16. Meldet he aver den def, so ladet one de bodel to hand unde sprikt: N. N. ek lade gik in dat vemeding, it si mann of vrove, umme also-dan gud, also gi vorstolen hebbet, ene warve, ander warve, dridde warve bi deme halse.

17. Kumpt de def vore, so entledeget he sik mit sines sulves hand allene, so scrift men in dat bok: Talis incusatus pro furto juravit solus.

18. Wart he ander warve bedragen umme duye, de mot sweren sulf sevede, so scrift men one unde alle sine kumpane bi one bi namen, unde scrift: Juravit ipse septimus.

19. Wart he dridde warve bedragen, so mot he treden to dem heten iserne, so mot he sine hande erst waschen mit koldem water, darna vatet he dat hete gloyende isern up, unde drecht dat uppe dat mahl, dat darto besceden is.

20. Scal men ordeles vragen umme dat mal, wo lang it wesen sculle, dat ordel scullen spreken de bodel ofte de scarperichter. Se scollen seggen: negen vote¹⁾.

21. De bodele unde hengere scullen des vures unde des isernes plegen to der luchteren hand des richters up eneme trendel leke.

22. Uppe de vromen lude de vore komet, scrift de scrivere in sine taflen: Comparuit.

23. We nicht vorekumpt, oft he kranck eder nicht to hus en were, unde wat overblift, ofte de rad up stan wolde, dat scal de scrivere in sunderlike cedelen scriven unde dingen in iowelk wicbelde, wor it sik höret, dat it io gherichtet werde vor deme rade.

24. Ok wo men de deve scriven scal in dem boke, dat findet men darinne redeliken utgedrucket in manigen steden, we io soken wil.

1) Diese neun Fuss erinnern an die novem vomeres igniti in L. Angl. et Werin. h. e. Thuring. tit. 14. und Capit. II a. 803. c. 5. (bei Pertz: Capitula, quae in lege Salica mittenda sunt, pag. 113.)

Ich spreche schliesslich mein Bedauern aus, dass mir die Schrift von Homeyer: Ueber die Informatio ex speculo Saxonum, erst zugekommen ist, nachdem bereits 5 Bogen der meinigen gedruckt waren; früher in meine Hände gelangt, würde sie nicht unbenutzt geblieben sein.

zippiti from spec 540^y (1858.1859)

In der Buchhandlung **Josef Max und Komp.** in Breslau sind früher erschienen:

Gaupp, E. T., Quatuor folia antiquissimi alicujus Digestorum codicis rescripta Neapoli nuper reperta nunc primum edita, cum tab. lithogr. 4 maj. 1825. (6 $\frac{3}{4}$ Bogen.) 15 Sgr.

— — Geschichte des deutschen Reiches und des Rechts in Deutschland. Im Grundrisse. Nebst einer besonders an seine Zuhörer gerichteten Vorrede. gr. 8. 1825. (4 Bogen.) 10 Sgr.

— — Das alte magdeburgische und hallische Recht. Ein Beitrag zur deutschen Rechtsgeschichte. gr. 8. 1826. (23 $\frac{1}{4}$ Bogen.) 1 Rthlr. 15 Sgr.

— — de professoribus et medicis eorumque privilegiis in jure Romano. 8 maj. 1827. (5 $\frac{1}{2}$ Bogen.) 7 $\frac{1}{2}$ Sgr.

— — Miscellen des deutschen Rechts. Meist Beiträge zur Geschichte der Standesverhältnisse im Mittelalter enthaltend. gr. 8. 1830. (9 $\frac{1}{8}$ Bogen.) 17 $\frac{1}{2}$ Sgr.

— — Lex Frisionum. In usum scholarum recensuit, introductione historico-critica et annotatione instruxit. 8. 1832. (5 Bogen.) 10 Sgr.

— — Juristische Encyclopädie zum Gebrauche bei Vorlesungen. 8. 1832. (1 Bogen.) 3 $\frac{3}{4}$ Sgr.

— — Das alte Gesetz der Thüringer oder die lex Angliorum et Werinorum, hoc est Thuringorum in ihrer Verwandtschaft mit der Lex Salica und Lex Ripuaria dargestellt und mit erklärenden Anmerkungen herausgegeben. Voraus geht eine Abhandlung über die Familien der altgermanischen Volksrechte. gr. 8. 1834. (27 $\frac{1}{4}$ Bogen.) 2 Rthlr.

— — Recht und Verfassung der alten Sachsen. In Verbindung mit einer kritischen Ausgabe der Lex Saxonum. gr. 8. 1837. (15 $\frac{1}{2}$ Bogen.) 1 Rthlr. 10 Sgr.

— — Die Germanischen Ansiedelungen und Landtheilungen in den Provinzen des Römischen Westreiches. In ihrer völkerrechtlichen Eigenthümlichkeit und mit Rücksicht auf verwandte Erscheinungen der alten Welt und des späteren Mittelalters dargestellt. gr. 8. 1844. (39 Bogen.) 3 Rthlr.

— — Ueber das Verhältniss von Staat und Kirche zu einander. gr. 8. 1846. geh. 5 Sgr.

— — Ueber die Zukunft des deutschen Rechts. Eine germanistische mit besonderer Rücksicht auf die grossen Gesetzbücher der neueren Zeit verfasste Abhandlung. 8. geh. 1847. 15 Sgr.

— — Das deutsche Volksthum in den Stammländern der preussischen Monarchie. gr. 8. geh. 1849. 6 $\frac{1}{4}$ Sgr.

— — Deutsche Stadtrechte des Mittelalters, mit rechtsgeschichtlichen Erläuterungen herausgegeben. Erster Band. gr. 8. geh. 1851. Zweiter Band. gr. 8. geh. 1852. Zusammen 2 Rthlr. 20 Sgr.

— — Ueber die Bildung der ersten Kammer in Preussen und die Stellung des Adels in der Gegenwart überhaupt. gr. 8. geh. 1852. 5 Sgr.

— — Lex Francorum Chamavorum oder das vermeintliche Xantener Gaurecht. gr. 8. geh. 1853. 15 Sgr.

Gaupp, Ernst Theodor,

Von Fehmgerichten mit besonderer Rücksicht auf Schlesien eine
rechtsgeschichtliche Abhandlung

Breslau 1857

Crim. 100 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394344-4